

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4506. — Postkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13093. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.80 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Landesversammlung der U. S. P. Sachsens gegen das Moskauer Diktat.

Nach einem tiefgründigen Referat des Genossen Hilferding, nach längeren Reden der beiden Vertreter des Zentralkomitees und Aufsichtsrats Däumig und Dittmann, denen sich die Debatte anschloß, hat gestern die Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei die Resolution des Landesvorstandes in namentlicher Abstimmung mit 44 gegen 28 Stimmen angenommen, die die Moskauer Bedingungen als unannehmbar ablehnt. Für die Beurteilung dieses Ergebnisses ist noch wichtig, daß zwei Delegierte erklärten, sie und andre hätten deshalb gegen die Resolution gestimmt, weil sie die Frage noch nicht ganz geklärt erachten, bzw. weil sie dem Urteil der Parteimitglieder nicht vorgegriffen wissen wollten. Sie sahen die Abstimmung der Landesversammlung als eine Ueberwälzung an.

Der Landesvorstand hatte ursprünglich auch auf dem Standpunkt gestanden, daß die Abstimmung in dieser Frage dem Parteitag zu überlassen sei. Nachdem aber aus allen Teilen des Reiches Beschlüsse von Kreis- und Bezirksorganisationen und -vorständen gemeldet werden, hielt er es nicht für angängig, daß die U.S.P. Sachsens allein Schweige. Die Landesversammlung konnte an der brennenden Frage, die jedes Mitglied bewegt, nicht vorübergehen.

Der Beschluß der Landesversammlung ist nun freilich noch nicht die Entscheidung der U.S.P. des Freistaats Sachsen. Die Mitgliedschaften, in denen die Erörterung weitergeht oder zum Teil auch erst einsetzt, sind an den Beschluß der Landesversammlung nicht gebunden. Indes ist er deswegen nicht ohne Bedeutung — er geleitet doch schon Rückschlüsse auf die voraussichtliche Haltung der Mitgliedschaften, wenn sie auch noch nicht ganz fest fundiert sind. So ist es sicherlich bemerkenswert, daß von 24 Delegierten Groß-Weipitz 17 mit Ja und nur 7 mit Nein stimmten.

Aus der Debatte ist der Vorschlag des Genossen Friedrich Geyer, der die Bedingungen für unannehmbar erklärt, hervorzuhelien, sofort in neue Verhandlungen mit Moskau wegen Abänderung einzutreten, die noch vor dem Parteitag zum Ziel führen sollen. Wir halten in Uebereinstimmung mit mehreren Rednern diesen Weg für so gut wie aussichtslos. Er entspricht auch durchaus nicht dem Willen der Genossen um Däumig, Stoeker, Hamburger Volkszeitung, die mit allen Mitteln die „Klärung“, d. h. die Scheidung wollen. Deshalb gibt es jetzt nur ein klares Nein oder Ja! Erst die rücksichtslose und möglichst einmütige Ablehnung der Bedingungen wird die Moskauer erkennen lassen, daß die 8. Internationale nur auf der Basis der Selbstständigkeit der Parteien zustande kommen kann.

Der Kampf in Italien.

Die Haltung der Regierung.

Ganz anders, als seinerzeit die rechtssozialistische Regierung in Deutschland, verhält sich die italienische gegenüber den Massenbewegungen, die heute in Italien sich abspielen. Der italienische Arbeitsminister, Professor Labriola, äußerte in einer Unterredung: Die Belegung der Fabriken sei zwar juristisch als eine Beschlagerung aufzufassen und die Industriellen könnten klagen. Wenn es sich jedoch um eine Massenbewegung handle, seien andere Gesichtspunkte geltend, als wenn ein Einzelfall vorliege. Totschlag sei ein zu verabscheuendes Verbrechen. Massenstreik nenne man Krieg, und es gebe Leute, die auch diesen entschuldigen. Heute, wo es sich in Italien um eine Bewegung von 100 000 organisierten Arbeitern handelt, kann man den Aufruhrparagrafen nicht mehr anwenden. Labriola verwies weiter darauf, daß die Arbeiterbewegung bewaffnet sei und staatliches Eingreifen unbedingt zu Blutvergießen führen müsse, das leicht in eine blutige Revolution ausarten könne, was unter allen Umständen vermieden werden müsse. Komme eine soziale Umgestaltung, so soll sie wenigstens mit dem möglichen Minimum an Schädigung des einzelnen eintreten und kein Blutvergießen hervorrufen.

Paris, 11. September. Nach einer Exzessivmeldung aus Rom ist die italienische Regierung bereit, in dem Streit zwischen Arbeitern und Unternehmern zu intervenieren und, wenn es die Arbeiter in ihren Entschlüssen bis zum äußersten treiben sollten, eine Verklärung der gesetzlichen Bestimmungen zu verlangen. In Turin und Genua werden schwere Unruhen befürchtet.

Bedeutungsvoller Beschluß der Mailänder Arbeiterkonferenz.

Berlin, 13. September. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus L'Espresso: Die Mailänder Konferenz der Gewerkschaften und Sozialistischen Partei hat mit einer Niederlage der Extremen geendet, indem die Tagesordnung der Sozialistischen Parteidirektion mit

103 500 gegen 591 545 Stimmen für die Tagesordnung der Gewerkschaftsdirektion in der Minderheit blieb. Die Parteidirektion forderte sofortige Ausdehnung der Beschlüsse auf alle Industrien und rückhaltlosen Eintritt mit allen Mitteln in die soziale Revolution. Die Gewerkschaftsdirektion dagegen beschränkt ihren Kampf vorläufig auf den Konflikt der Metallarbeiter mit Unterstützung der übrigen Arbeiterklassen und der sozialistischen Partei zum ausgesprochenen Zweck des Kontrollrechtes der Gewerkschaften über die Betriebe zwecks Einleitung der Sozialisierung. Die weitere Leitung geht nunmehr in die Zentralleitung der Gewerkschaften über, während die sozialistische Parteileitung in der härtesten Hoffnung auf baldige neue Verklärung des Konfliktes ihre Unterstützung zusagte. Die Parlamentariergruppe fordert von der Regierung die sofortige Einberufung des Parlamentes. Gollere de la Serra befragt die Untätigkeit der Regierung, die zugibt, daß 500 Delegierte aus ganz Italien in aller Ruhe die Frage beraten könnten, ob sofort die Resolution erklärt werden solle oder nicht. Inzwischen wurden gestern weitere zahlreiche Fabriken, namentlich Gerbereien, in Turin von den Arbeitern besetzt.

Weitere Ausdehnung der Bewegung.

Mailand, 11. September. 22 Schuhfabriken in Mailand sind am Freitag von den Arbeitern besetzt worden, um zu verhindern, daß die Besitzer der Betriebe Rohmaterialien beschaffen. Das gleiche ist in ungefähr 200 chemischen Betrieben durchgeführt.

Strahlenkämpfe in Triest.

Rom, 11. September. Gestern nachmittags kam es in Triest zu Zusammenstößen zwischen der Volksmenge und Polizisten, wobei ein Polizist getötet und einer verwundet wurde. Von der Menge wurde eine Person gelötet und zehn verletzt.

Triest, 11. September. (Stefani.) Die italienfeindlichen Kundgebungen der Slawen haben sich verstärkt. Gestern abend fanden im Stadtteil San Giacomo Straßenkämpfe statt; Baracken wurden errichtet, die vom eingreifenden Militär bald zerstört wurden. Das Militär gab drei Kanonenschüsse ab; drei Personen wurden getötet. Etwa 100 Personen verhaftet. Die Nacht verlief ruhig; heute morgen wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Berliner Rechtssozialisten zum Wiedereintritt in die Regierung.

Berlin, 13. September. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) In der gestrigen außerordentlichen Bezirksversammlung der SPD. Groß-Berlins kam es zu lebhaften Debatten über die Frage des Wiedereintritts in die Regierung. Der Referent des Abends, Friedrich Schlegel, erklärte, daß er nicht untersuchen wolle, ob der Austritt der SPD. aus der Regierung richtig gewesen sei. Er erklärte schließlich, jetzt aber seien Erscheinungen am politischen Horizont bemerkbar, die die Frage entstehen lassen, ob die Partei weiter zusehen dürfe, ehe ihre Position auf Position verloren geht. Wenn es richtig ist, daß ohne die SPD. nicht regiert werden kann, so muß die SPD. wieder in die Regierung. Auf den Zuruf: Aber nicht mit der Deutschen Volkspartei erklärte er: Mit dem christlichen Bürgertum kann man zusammenarbeiten. Die sehr lebhaft debattierte auch Folgerungen Eduard Bernstein's. Er erklärte, es könnten Verhältnisse eintreten, die die SPD. bewegen könnten, wieder in die Regierung einzutreten, aber man dürfe sich nicht und werde sich noch weniger die Beteiligung am Kabinett aufdrängen lassen. Es dürfe nie vergessen werden, daß U.S.P. und SPD. zu einer großen Familie gehören.

Kein Professorestreik der Erfurter Eisenbahner

Berlin, 13. September. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) Der Berliner Lokalanzeiger meldet: In Erfurt ist es zu größeren Tumulten gekommen. Der Güterbodenarbeiter Kühn war im Zusammenhange mit der Munitionspregnung am Potsdam-Zuge verhaftet worden. Seine Arbeitskollegen hielten auf dem Bahnhof eine Versammlung ab und beschloßen, den Verhafteten zu befreien. Sie zogen vor das Haus des Staatsanwaltes und verlangten die sofortige Entlassung Kühns. Da der Staatsanwalt nicht anwesend war, zog die Menge vor das Untersuchungsgefängnis, wo das gleiche Verlangen gestellt wurde. Als dies abgelehnt wurde, versuchte man, gewalttätig in das Untersuchungsgefängnis einzudringen. Durch das Eingreifen der Sicherheitspolizei wurden die Demonstranten auseinandergetrieben. In einer darauf abgehaltenen Besprechung der Eisenbahner wurde die Haltung der Güterbodenarbeiter nicht gebilligt und der von den Kommunisten eingebrachte Antrag, sofort in den Streik einzutreten, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Für das Selbstbestimmungsrecht!

Von Rudolf Hilferding.

Bis zur Rückkehr der Delegation aus Moskau war es die einmütige, von niemandem in Zweifel gezogene Auffassung aller Parteigenossen, daß die Autonomie der Partei, das heißt ihr Selbstbestimmungsrecht in allen politischen und taktischen Fragen innerhalb des Rahmens ihres Programms unantastbar sein müsse. Jetzt soll dieses Selbstbestimmungsrecht in doppelter Weise beschränkt werden. Einmal verlieren die Mitglieder den entscheidenden Einfluß auf die Leitung. Die Leitung selbst aber wird völlig dem Exekutivkomitee der 8. Internationale untergeordnet. Zugleich ist durch die Bestimmungen über die Zusammensetzung dafür gesorgt, daß im Exekutivkomitee der Moskauer Einfluß der allein ausschlaggebende ist. Ebenjot hätte bestimmt werden können, daß die Leitung aller andern Parteien direkt der Zentrale der russischen kommunistischen Partei unterstellt ist. In der Praxis ist es gewiß das Gleiche.

Die Kontrolle der Moskauer beschränkt sich nun nicht etwa auf die Fragen, die allen angeschlossenen Parteien gemeinsam sind; sie ist auch nicht dazu da, internationale Demonstrationen oder Aktionen anzuordnen. Sie erstreckt sich ebenso auf alle wichtigen politischen Entschlüsse und Handlungen, die jede einzelne Partei in ihrem Lande ausführen will. Die Art und den Zeitpunkt des politischen Vorgehens bestimmt, wenn sie es für nötig hält, die Exekutive, die Leitungen der Parteien sind nur ihre ausführenden Organe.

Es gibt Genossen, die wie Ledebour auf dem Leipziger Parteitag ausführte, meinen, daß ein solches Aufheben der Selbstständigkeit der Partei und Selbstachtung einer revolutionären Partei so sehr widersprechen, daß ihre Annahme schon deshalb ausgeschlossen sei. Andre bemerken sich jetzt, von vornherein die Parteigenossen davor zu warnen, daß man den Verzicht auf jedes Selbstbestimmungsrecht als unwürdig betrachte. Da wir zugeben müssen, daß man über das Maß von Selbstachtung, das der Einzelne oder die Partei zu besitzen hat, nicht diskutieren kann, wollen wir darüber nicht rechten. Die Frage muß aber aufgeworfen werden, ob ein solcher Verzicht überhaupt möglich ist.

Jeder politisch Erfahrene weiß, daß, um eine ernste politische Entscheidung zu fällen, eine Fülle von Momenten zu berücksichtigen ist. Die sozialen Machtverhältnisse der Klassen, die Stärke der einzelnen Parteien, die Stimmung der Zwischenschichten, der sonst Indifferenten, die psychologische Erregung, die der Kampf um das Streitobjekt, in der Gesellschaft auslöst, das Maß der Leidenschaft, die die Stärke des Angriffs oder Abwehrs beeinflusst, all das sind Elemente, die in die politische Urteilsbildung eingehen. Und all diese Momente sind wieder zum Teil sehr komplizierter Art. Ihre Beurteilung setzt sowohl angeborene politische Befähigung als reiche Erfahrung voraus. Vor allem aber ist politischer Urteils nur möglich dem, der selbst in diesem politischen Leben steht, auf den alle diese verschiedenen Einflüsse selbst wirken, der enge Fühlung hält mit der Masse und seiner Partei. Deshalb ist es eine Unmöglichkeit von außen her einer Partei ihr politisches Handeln vorschreiben zu wollen ohne die schärfsten Fehlschlüsse zu begehen. Es ist eine Gefahr, die sich gerade in revolutionären Zeiten noch ungeheurer steigert, daß eine Leitung von oben her die entscheidenden Entschlüsse faßt, statt daß diese durch den Willen der Masse der Parteimitglieder von unten her gebildet werden. Denn die Leitung ist dann stets der Möglichkeit ausgehehelt, daß sie die Stimmung der Masse verkennt und deshalb von ihr im Stich gelassen wird, wodurch die Niederlage gewiß ist. Aber diese Gefahr wächst ins Ungeheure, wenn nun gar diese Beschlüsse, die die bedeutendsten Aktionen betreffen können, von außen bestimmt werden, wenn die Leitung, ohnehin schon losgelöst von dem Bestimmungsrecht ihrer Massen, gar noch dem Druck einer auswärtigen Instanz ausgehehelt wäre. Und die Gefahr würde vervielfacht, wenn diese Leitung selbst unter dem Einfluß ganz außerordentlicher Umstände, abgelehnt von allen raschen Transformationsmöglichkeiten, jahrelang ausgeschlossen von der unmittelbaren Berührung mit der übrigen Partei in Moskau ist.

Was wir früher über das Verhältnis von Leitung und Masse innerhalb der Partei gesagt haben, würde sich wiederholen. Die „straffe militärische Disziplin“ könnte nur entweder Teilnahmslosigkeit oder Rebellion bewirken. Entweder stimmen die Weisungen von außen mit der wirklichen Situation überein und entsprechen deshalb den Auffassungen und Beschlüssen, die sich die Leitung der betreffenden Partei dann wohl schon früher und

schickel bildet hat als die auswärtige Instanz — dann sind sie überflüssig. Oder es soll von außen eine Aktion erzwungen werden, die den inneren Bedingungen des Landes nicht entspricht, kann wird sie nicht besetzt oder führt zur Niederlage.

Deshalb ist die Verwandlung der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands wie jeder andern starken und aktionsfähigen Partei in eine Sektion der 3. Internationale, das heißt heute praktisch der russischen kommunistischen Partei eine blanke Unmöglichkeit, keine Stärkung, sondern eine Gefahr für die revolutionäre Entwicklung.

Wie kommt es aber, daß die Moskauer trotzdem eine solche Forderung erheben?

Zur Beantwortung dieser Frage ist es nötig, sich die Natur der dritten Internationale klarzumachen. Sie ist keine Zusammenfassung der sozialrevolutionären Parteien. Ihr gehören außer der noch zu „reinigenden“ italienischen Partei und den spanischen Anarchisten, keine westeuropäischen Parteien an; dafür umfaßt sie Vertreter, die verschiedenen Staaten und Stämmen Afrikas angehören, die eine revolutionäre, vor allem gegen die englische oder japanische Oberherrschaft gerichtete Tendenz repräsentieren, nicht aber den modernen Sozialismus. Die 3. Internationale ist eben ein revolutionärer Aktionsausschuß, der von der Auffassung ausgeht, daß die revolutionäre Erhebung in Westeuropa unmittelbar bevorsteht. Er sucht die beginnende revolutionär-nationale Bewegung der bisher geschichtslosen Nationen Afrikas mit der sozialistisch-revolutionären Europas zu vereinen. Von der Überzeugung erfüllt, daß die russische Sowjetrepublik nur behauptet werden kann, wenn der Sozialismus auch im entwickelten Westen zum Siege gelangt, sucht die Moskauer Exekutive die Leitung dieses Prozesses zu übernehmen. Ohne auf die Einzelheiten dieser Auffassung einzugehen, überblickt diese doch vor allem die Unmöglichkeit den Weg und den Zeitpunkt der revolutionären Erhebung von außen zu bestimmen. Wir verstehen den Moskauer Anspruch aus der außerordentlichen Situation. Es ist aber gerade umgekehrt wie die Moskauer meinen. Gerade die revolutionäre Situation macht die einzelnen politischen Entscheidungen um so schwieriger und verantwortungsvoller. Gerade dann sind die Machtverhältnisse labil, schwankend, in beständigem Fluße, setzen besondere Vertraulichkeit mit den eigenen Verhältnissen des Landes voraus. Gerade dann sind auch die Entscheidungen weittragender und verantwortungsvoller. Wir müssen die Moskauer Bedingungen deshalb ablehnen, weil sie uns gerade dann, wenn es am wichtigsten, verhindern, selbst Mittel, Wege, Ziel und Tempo der Aktion zu bestimmen. Die Moskauer halten die russische Revolution und die Sicherung ihres Erfolges für einen entscheidenden Inhalt der proletarischen Politik. Darin haben sie Recht. Nicht aber ihre Schlussfolgerung, daß sie deshalb und sie allein die proletarische Politik in allen Ländern leiten und bestimmen können. Das ist ein Anspruch, der unmöglich ist und, wenn durchgeführt, nur auf die Niederlage des Proletariats dieser Länder führen kann. Denn die revolutionären Forderungen, die sich aus der russischen Situation jeweils ergeben und die naturgemäß die russischen Taktiker bestimmen, brauchen durchaus nicht mit den revolutionären Betätigungsmöglichkeiten der anderen Länder übereinzustimmen.

Ein Beispiel: Auf dem Gründungsparteiabend der Deutschen Kommunisten im Dezember 1918 erklärte Kadek, die russische Revolution müsse unter Umständen im Bunde mit dem revolutionären Deutschland im Kriege gegen Frankreich am Rhein verteidigt werden. In dieser Auffassung haben die russischen Kommunisten festgehalten. Deshalb forderten sie die Verwerfung des Versailler Friedens und die Erneuerung des Krieges mit Frankreich. Unter diesem Einflusse haben die deutschen Kommunisten ebenso wie Scheidemann, die Demokraten und die Deutschnationalen die Ablehnung des Friedens gefordert. Die Unabhängige Sozialdemokratie trat für den Frieden ein; ihre energische Aktion, die im richtigen Moment einsetzte, hat damals den Ausschlag gegeben und den Friedensschluß erreicht. Die glänzenden Demonstrationen hatten bewiesen, daß die arbeitenden Massen weit über die Grenzen der Partei hinaus hinter dieser, allein möglichen und richtigen Politik gestanden haben. Die Massen ließen die kommunistische Linie völlig unbeachtet. Wären damals aber die Bedingungen von Moskau bereits angenommen worden, so hätte die Unabhängige Sozialdemokratie ihre Friedensaktion nicht führen dürfen, sie hätte vielmehr den Ausschlag für die Politik Stämpfers und Scheidemann geben müssen! Die Folge wäre aber eine unabsehbare Katastrophe geworden, die Zerreißung Deutschlands und damit der deutschen Arbeiterklasse und ihre völlige Ohnmacht.

Die Frage nach Krieg und Frieden bleibt aber in ihrer ganzen ungeheuren Tragweite bestehen. Als die bolschewistische Herrschaft an den ostpreussischen Grenzen stand, als die Sowjetregierung Bolens in naher Aussicht schien, da rechneten die Russen, daß eine revolutionäre Erhebung in Deutschland in naher Zeit erfolgen könnte. Würde Frankreich, wie man glaubte, etwa durch Besetzung des Ruhrreviers eingreifen, dann wäre die Stimmung in der Deutschland im Bunde mit Rußland den Versailler Frieden gewaltig zerreißend und Krieg gegen Frankreich führen könnte. Die deutschen Kommunisten hätten die Pflicht, mit allen Mitteln für die Kriegspolitik einzutreten.

Der Rückzug der russischen Truppen hat nur die Bedingungen der Ausübung geändert, nicht aber die politische Auffassung selbst. Das polnische Vordringen hat die Lage der russischen Regierung erschwert, ihr Bedürfnis nach Unterstützung gesteigert. Die Unterbindung der Waffenzufuhr nach Polen erscheint nicht genügend. Ganz anders wäre die Hinzulieferung Deutschlands in den Krieg mit Frankreich. Daher die systematische und sich täglich steigende Kriegspolitik der deutschen kommunistischen Partei, die unangesehene Agitation der roten Fahne zur „Aktivität“, zur Aufgabe der Neutralität, zur „revolutionären“ Zerreißung des Versailler Vertrages.

Es besteht kein Zweifel, daß die deutschen Kommunisten mit dieser Kriegspolitik im Einverständnis mit den Russen vorzugehen glauben. Ebenfalls besteht ein Zweifel, daß es sich dabei um eine Frage auf Leben und Tod handelt, um eine Politik, die nach den Machtverhältnissen, wie sie in Deutschland und Frankreich wirklich sind und nicht nur in den Illusionen einzelner Führer sich darstellen, nur mit einer furchtbaren Katastrophe enden kann.

Aber über diese Lebensfrage soll nach den Moskauer Bedingungen das deutsche Proletariat, sollen die arbeitenden Massen gar nicht selbständig entscheiden dürfen. Darüber darf in der Öffentlichkeit der Zeitung nicht unterworfenen Preise nicht diskutiert werden.

Darüber entscheidet auch nicht die Leitung der deutschen Partei, darüber schließlich endgültig das Moskauer Exekutivkomitee!

Und da fragen wir: Wie ist es denkbar, daß irgendein Mann mit selbständigem Urteilsvermögen, irgendjemand mit einer Spur von Verantwortungsbewußtsein einer Partei angehören kann, der solche Bedingungen aufstellt? Ist es denkbar, daß eine westeuropäische Arbeiterklasse gerade in revolutionären Zeiten sich einer Organisation unterwirft, die jede Selbstbestimmung, jede Selbstbestimmung ausschließt?

Das ist undenkbar und deshalb ist es unmöglich unter solchen Bedingungen sich der Moskauer Internationale anzuschließen.

Unsere Partei und die 3. Internationale.

Von Walter Stoeker.

Die vom Moskauer Kongreß beschlossenen Aufnahmebedingungen gelten nicht nur für uns, sondern allgemein für alle Parteien, die sich der 3. Internationale anschließen wollen. Immerhin sind sie natürlich auch auf unsere Partei berechnet. Wenn Genosse Crispian in seinem ersten Artikel sagt, jetzt zeige sich, wer auf dem Leipziger Parteitag die Situation gegenüber der 3. Internationale richtig beurteilt habe, so geht er dabei von völlig falschen Voraussetzungen aus. Es ist doch nur zu verständlich, daß die 3. Internationale gegenüber einer Partei, die so hinstand und lähmend zu ihr gekommen ist, eine gewisse Vorherrschaft wahren läßt. Hätten wir auf dem Leipziger Parteitag sofort ohne die eingetretene hemmenden Begleiterscheinungen, ohne insbesondere das Verbot Hilsbergs, den Anschluß vollzogen, so hätten wir natürlich ganz anders dagestanden. In Leipzig hat man sich am stärksten gegen den Satz meiner Resolution ausgesprochen, der die grundsätzliche Übereinstimmung mit den Thesen der 3. Internationale feststellt. Wertwürdigerweise ist aber von den Gegnern der damaligen sofortigen Anschlusses bis heute noch keine grundsätzliche Differenz festgestellt worden. Auch unsere Delegation hatte keinerlei Antrag, an den Beschlüssen der Moskauer Thesen irgend etwas Grundlegendes zu monieren. Die Russen wissen nur zu gut, daß unsere Partei keineswegs eine völlig einheitliche, homogene Masse ist, sondern daß auch heute noch sehr verschiedenartige Elemente in ihr zusammengefloßen sind.

Während die 3. Internationale, dies hat sich bei allen Beratungen in Moskau gezeigt, den Hauptwert auf eine geistliche und einheitliche geistliche Orientierung unserer Partei im Sinne der Leitlinie der 3. Internationale legt, hat sich die Debatte hier in Deutschland mehrwöchentlich ganz auf das organisatorische Gebiet verlagert, das von der 3. Internationale erst in zweiter Linie bewertet wird. Aber bei unsern deutschen Organisationsleuten ist dies so verständlich. Es ist indes ganz falsch, die Anschließfrage als eine organisatorische Frage zu behandeln. Die tatsächliche Entscheidung ist maßgebend. Entschieden sich unsere Partei wirklich, eine reine, marxistisch-revolutionäre Massenpartei zu werden, die aufräumt auch mit allem hemmenden Reformismus und Opportunismus in ihrer eigenen Reihen, dann ist die Organisationsfrage von untergeordneter Bedeutung. Da sich nun aber die Gegner des Anschlusses besonders auf diese Frage werfen, ist es nötig, darauf einzugehen.

Der meiste Widerspruch ist gegen die von der 3. Internationale verlangte Zentralisierung laut geworden. Hierbei muß man daran denken, daß unsere russischen Genossen eine inausführliche revolutionäre Lehrzeit hinter sich haben, daß sie alle der festen Überzeugung sind, ihre großen revolutionären Erfolge verdanken sie vor allem der Existenz einer wahrhaft revolutionären, geistlich einheitlich orientierten und wirklich stark organisierten Massenpartei. Und es ist wohl sicher, daß die russische Revolution in all den schwierigen Momenten des Bürgerkrieges ohne diese so stark zentralisierte kommunistische Massenpartei (sowie die Anführer der konterrevolutionären Bourgeoisie und der Weisheitsarbeiten) erlegen wäre. Deshalb gehen sie aus ihren praktischen Erfahrungen heraus, den Arbeitern aller Länder, die noch um die proletarische Diktatur kämpfen und die noch vor dem entscheidenden Ringen des Bürgerkrieges stehen, den Rat, sich diese Erfahrungen, der russischen Revolutionen zu Nutzen zu machen und die betreffenden revolutionären Arbeiterparteien auch in dieser Weise umzustellen. Es ist ganz falsch, wenn Genosse Crispian behauptet, nach den Beschlüssen der kommunistischen Internationale sollten „die Bonzen“ unumschränkte Gewalt ausüben und die Masse nur als Kanonensfutter bewertet werden und keine Meinung dürfen geben, als die der „obersten Bonzen“. Es ist mir unverständlich, wie Genosse Crispian ein solches Zerstückeln einer revolutionären kommunistischen Organisation unsern deutschen Parteigenossen an die Wand malen kann. Nichts jählicher als das! Selbstverständlich haben in jeder revolutionären Massenpartei auch die Massen das entscheidende Wort. Aber, was die 3. Internationale wünscht, ist eine wahrhaft geschlossene, aktionsfähige Massenpartei, in der die leitenden Genossen ganz von dem Vertrauen der in der Partei stehenden Massen getragen werden, weil sowohl Führer wie Massen von einer völlig einheitlichen, revolutionären Grundausstattung und einheitlich revolutionärem Willen befeuert sind. Deshalb sprechen die Thesen auch von einem demokratischen Zentralismus. In einer solchen Partei muß und soll allerdings die Zentrale auf Grund der ihr zur Verfügung gestellten Rechte den Willen der Massen vollziehen und dafür Sorge tragen, daß die Partei auch tatsächlich eine wahre Kampfsorganisation bleibt. Es ist ganz falsch, wenn Genosse Crispian schreibt, nach der Ansicht der kommunistischen Internationale „sollen in revolutionären Zeiten Meinungsverhältnisse nicht notwendig, sondern geradezu ein Verbrechen“. Es gibt wohl kaum eine revolutionäre Massenpartei, die so viele Generalkonferenzen, Bezirks- und Kreisversammlungen und auch Reichsparteitage abhält, wie die russische kommunistische Partei. Selbstverständlich gibt es dort wie hier, manche Meinungsverhältnisse, aber eine Partei, die wie die russische, mitten im schwersten Bürgerkrieg steht, muß natürlich verlangen, daß sich alle Genossen, den Mehrheitsbeschlüssen der Partei fügen und Disziplin üben. Das ist, was die russischen Genossen von uns wünschen, weil sie mit Recht annehmen, daß auch wir unmittelbar vor den schwersten Kämpfen stehen. Nicht aber eine Partei, in der ein Teil „Hilf“ und der andere Teil „Holt“ steht, nicht eine Partei, die nach außen hin die verschiedenartigsten Tendenzen zeigt und in der sogar Anhänger und Gegner der proletarischen Diktatur zusammenarbeiten, wie in der unsern.

Ganz abgesehen von den Moskauer Beschlüssen bin ich der Ansicht, daß auch wir in den kommenden schweren Kämpfen, denen wir entgegengehen, eine weit strenger zentralisierte Partei brauchen, als wie wir sie heute haben. Haben wir doch alle aufs tiefste die vielfach so zerstückelten Teilsaktionen der deutschen Arbeiterklasse betrauert, wurde doch damals allenthalben nach einer wirklich einheitlichen Leitung gerufen.

Es ist eine Kränkung von Hilsbergs, wenn er bei der Debatte über den Zentralismus in der Partei sogar auf Anstand Bebel zurückgeht. Genosse Hilsberg ist viel zu klug, um nicht zu wissen, daß man die Organisationsform der damals immerhin friedlichen Epoche nicht mit der heutigen Situation des Bürgerkrieges vergleichen kann, wo sich das revolutionäre Proletariat mitten im Kriegszustand mit der Bourgeoisie befindet und ihr Auge in Auge gegenübersteht, in einer Art des Kampfes, des weißen Terrors, der Massenverhaftungen und Verhaftungen der bewaffneten Junger und des bewaffneten Bürgerkriegs, der Ortschaft und der weißen Garden. Der mit einem ständigen Machtapparat ausgestatteten feindlichen Bourgeoisie muß die kämpfende Arbeiterklasse einen zentralisierten, proletarisch-revolutionären Machtfaktor entgegenstellen. In diesen um Tod oder Leben entscheidenden Kämpfen, kann auch innerhalb der ringenden Arbeiterklasse die Demokratie allerdings nicht immer bis zum i-Punkt-

ausgeübt werden. Wenn Hilsberg weiterhin behauptet, daß die Parteimitglieder auch den Rest eines Einflusses auf ihre Leitung verlieren und einer totalitären Körperhaftigkeit gehorchen müßten, da es Bedingung sei, daß die bekannte legale Leitung sich der illegalen unterordne, so muß ich schon sagen, daß dies eine Perücke an den Haaren herbeigezogene künstliche Konstruktion ist. Weder in den Statuten noch in den Aufnahmebedingungen ist von dieser sogenannten Unterordnung ein Wort zu finden. Da mit einer solchen Bestimmung in den Moskauer Beschlüssen unbeachtet war, habe ich lange suchen müssen, ehe ich die Unterlagen der Hilsbergschen Konstruktion fand. Im 17. Absatz der Thesen über die Aufgaben der Partei heißt es nämlich: „In den Ländern, wo noch die Bourgeoisie oder die gegenrevolutionäre Sozialdemokratie an der Macht ist, müssen die kommunistischen Parteien es lernen, die legale Tätigkeit planmäßig mit der illegalen zu kombinieren. Dabei muß sich die legale Arbeit stets unter der tatsächlichen Kontrolle der illegalen Partei befinden.“ Selbstverständlich kann sich diese Bestimmung nur auf einen Zustand beziehen, in dem sich der Bürgerkrieg so zugelegt hat, daß eine legale Tätigkeit kaum noch möglich ist; und hieraus konstruiert sich Hilsberg eine normale „unbedingte Unterordnung“ der Parteileitung unter die illegale Organisation. Dieser Fall ist bezeichnend dafür, mit welchen Mitteln man Stimmung gegen die 3. Internationale zu machen sucht.

Wir haben den russischen Genossen gesagt, daß in unserer Partei als Reaktion auf den Parteibureaucratismus der alten Sozialdemokratie, der den Willen der Parteigenossen in den Kriegsjahren geradezu gebrochen hat, eine stark autonome und föderalistische Tendenz vorhanden ist, nicht zuletzt gerade in den radikalsten Teilen unserer Mitgliedschaften. Dafür hatte das Exekutivkomitee volles Verständnis, so daß ich überzogen bin, daß gerade diese Frage bei unserm Anschluß die allergeringsten Schwierigkeiten machen wird, denn die leitenden Genossen der 3. Internationale sind sich darüber klar, daß man eine autonom und föderalistisch organisierte Partei nicht in wenigen Wochen oder Monaten zu einer zentralisierten Partei umwandeln kann. Es genügt völlig, wenn diese Genossen bei uns den ersten Willen sehen, unsere Partei zu einer tatsächlich kampffähigen, zentralisierten Macht umzuwandeln. Diese ganze Zentralisationsbestrebungen sind von der 3. Internationale vor allem als Ziel aufgestellt worden. Das Exekutivkomitee ist sich auch darüber klar, daß kaum eine einzige der bereits angeschlossenen Parteien die Zentralisation so stark durchgeführt hat, wie es gewünscht wird, weil fast alle Parteien und Fraktionen den reinen Propagandageist mit sich tragen. Das die Russen nicht daran denken, ihr spezifisch russisches Organisationschema auf die übrigen Länder zu übertragen, braucht man wohl kaum zu erwähnen. Deshalb sind auch alle Einwendungen Hilsbergs gegen die Zentralisierung ein Schlag in die Luft, wenn er sich zusammenphantasiert, die Internationale verlange: bedingungslose Unterwerfung der Masse der Mitglieder unter die Diktatur der Leitung, völlige Vernichtung der Meinungsfreiheit in der Partei. Es ist unglücklich, wie ein Mann wie Hilsberg mit solch überlichem Zeug operiert und damit unsere Arbeitermassen zu beunruhigen sucht. Aber gerade hierbei sollten unsere Mitglieder der bisherigen Haltung Hilsbergs gegenüber der 3. Internationale einwendend sein und sich auf diese Stimmungsmache nicht einlassen. — Es ist übrigens auch von Interesse, daß nicht einer unserer vier Delegierten in Moskau wegen dieser Umstellung auf die Zentralisierung Widerspruch erhoben hat. Wir alle haben allerdings, und zwar insbesondere Genosse Dittmann, mit Recht darauf hingewiesen, daß diese Umstellung in unserer Partei mit unseren Schwerepunkten verbunden sei, eben wegen der völlig andern Einstellung der Masse unserer Genossen. Von irgendeinem „Annehmbar“ oder „Unmöglich“ ist von keinem Genossen die Rede gewesen, im Gegenteil, Genosse Dittmann hat in den Verhandlungen mehrmals darauf hingewiesen, daß gerade er in der Partei bisher immer für eine stärkere Zentralisierung eintrat sei. Der nachträgliche Protest des Genossen Crispian über die angebliche, nur in seiner Vorstellung vorhandene „despotische Herrschaft einer obersten Bonzenmacht über eine Masse geistiger Genossen“ klingt deshalb sehr merkwürdig.

Wer allerdings der Ansicht ist, daß wir in unserm Lande der reinsten Demokratie noch einer langen, friedlichen Entwicklung entgegengehen, weshalb wir nach dem Wunsche Kautskys zunächst die kapitalistische Produktion wieder in die Höhe bringen müssen, der wird für die notwendige Zentralisierung wenig Verständnis haben; der kann mit Recht sagen, daß wir diese Zentralisation nicht brauchen. Wer aber mit uns der Überzeugung ist, daß wir unmittelbar vor entscheidenden Zusammenstößen und Machtkämpfen mit der Bourgeoisie und ihren bewaffneten Soldaten stehen, wird sich der Notwendigkeit der Zentralisierung nicht verschließen können.

Dies über die Zentralisation. Die übrigen Aufnahmebedingungen seien in einem weiteren Artikel besprochen.

Wir sind fest davon überzeugt, daß die Masse unserer Mitglieder bei einem wirklich geistlichen Eindringen in diese Frage volles Verständnis für diese Lehren der russischen Revolution haben werden, daß sie unsere Organisation freudig und willig in der gewöhnlichsten Weise umstellen werden, in dem Bewußtsein, damit die tatkräftige, revolutionäre Kampfsorganisation zu erhalten, die uns zum Siege über die Bourgeoisie führen wird.

Der Siegeszug der Agrarier.

Trotzdem die Erfahrungen der letzten Wochen gezeigt haben, daß die freie Kleinwirtschaft überall zu einer erheblichen Krisisenerregung geführt hat und die Gefahr der Verfallung von Brotgetreide und die Gefährdung der Nahrungsforschung der Großstädte sowie Preissteigerungen für Milch nach sich ziehen muß, ist im volkswirtschaftlichen Ausmaß mit dem Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratischen die Verordnung für die freie Kleinwirtschaft angenommen worden.

Alle Darlegungen, insbesondere die, daß die Voraussetzung, an die jeherzeit der Ausbruch die Einführung der freien Wirtschaft für Milch geknüpft hatte — die Sicherung von 2 Millionen Tonnen Brotgetreide — nicht erreicht sei, blieben unberücksichtigt. Die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses war unter allen Umständen entschlossen, mit dem Befehl, die dem Gewinnstreben der Landwirte gezogen, ein Ende zu machen, und das Ernährungsministerium hat weder den Willen noch die Kraft, sich dem zu widersetzen. Zwar machte der deutschnationalen Abgeordnete Schiele im Ausschusse die Mittelstellung, daß zwischen den drei größten Verbänden der Landwirte und Fleischer ein Übereinkommen abzuschließen sei, nach welchem den Verbrauchern ein Preis für Milchfleisch von 19,50 Pf. das Pfund und für Schweinefleisch von 12—15 Pf. das Pfund auch nach Aufhebung der Mangowirtschaft garantiert werden solle. Aber erstens sind diese Preise doch auch höher als die jetzt geltenden und zweitens wird die nächste Zukunft bereits zeigen, daß diese freiwillige Vereinbarung wohl kaum gehalten wird.

Mit dem Beschluß des volkswirtschaftlichen Ausschusses aber ist die Frage noch nicht erledigt. Die unabhängigen Vertreter im Ausschusse haben einen Zweifel darüber gelassen, daß es ihnen als unverantwortlich erscheint, daß ein so schwerwiegendes Handeln von dieser kleinen Körperschaft gefaßt wird. Das Verlangen des Reichstages muß sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen, damit die Massen der Bevölkerung von dieser Stelle aus erfahren, welche Gefahren ihnen aus diesem Beschluß erwachsen. Die Unabhängige Fraktion des Reichstages wird deshalb die Aufhebung dieser Verordnung beim Ministerrat des Reichstages beantragen.

Der Antrag der bürgerlichen Parteien auf Erhöhung des Preises für Seife und Gerste und Verlangung von Erhöhung der Milchpreise wurde im volkswirtschaftlichen Ausschusse abgelehnt worden. Die Zentrumsvorrede hatten den Termin auf Verlängerung der Frühbrückensarbeiten bis 1. Januar abgeändert und beantragt, ihn durch den 13. Oktober zu ersetzen. Da dies von den Sozialdemokraten nicht mit einem Animo, während die Sozialdemokraten und die Unabhängigen grundsätzlich gegen jede Verlängerung der Frühbrückensarbeiten waren, erzielte der Antrag vom Reichstag. Die Landesregierungen haben daher, wie der Ernährungsminister Derrnes erklärte, von sich aus die Möglichkeit der Frühbrückensarbeiten um vier Wochen zu verlängern.

Die Brotkraktion soll erhöht werden.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages führte die Beratung der Anträge über die Getreidebewirtschaftung zu Ende. Der Vertreter der Reichsgetreidekasse gab einen Überblick über die Versorgung im laufenden Wirtschaftsjahr, aus dem hervorging, daß selbst bei der jetzigen Nation ein Defizit von fast 2 Millionen Tonnen Brotgetreide zu verzeichnen ist, das durch ausländische Einfuhren gedeckt werden muß. Trotzdem wurde beschlossen, die Ausnahmsquote des Brotgetreides auf 85 Prozent herabzusetzen und höchstens 10 Prozent Strohmittel zu verwenden. Ferner wurde die Entschliebung der Unabhängigen angenommen, in der die Regierung ersucht wird, vom 15. September ab die tägliche Mehlration auf 280 Gramm zu erhöhen. Außerdem wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, das Auslandsgetreide so zu verbilligen, daß die bisherigen Mehlpreise beibehalten werden können. Eine höhere Zuteilung von Getreide an die Brauereien fand ebenfalls eine Mehrheit. Die Regierung hatte sich gegen eine Erhöhung der Mehlration ausgesprochen.

Waffenziehungen.

Laut Meldung der Wollischen Zeitung wurde auf dem Berliner Volkshaus am Freitag ein Güterwagen untersucht, in dem sich 1000 Karabiner und eine größere Anzahl von Maschinengewehren befand. Die Waffen wurden beschlagnahmt. Der Abgangs- und der Bestimmungsort der Sendung konnten bisher nicht ermittelt werden.

Die Lage in Oberschlesien.

Wiederaufleben der polnischen Aufstandsbewegung?

Breslau, 11. September. Hier liegen Nachrichten vor, aus denen auf ein bevorstehendes Wiederaufleben des Aufstandes geschlossen wird. Schoppinik wird als Mittelpunkt der erneuten Bewegung angesehen. Versammlungen in diesem Orte liefen keinen Zweifel über die polnischen Absichten. Zahlreiche, durch die von den Polen geschaffene Erregung beunruhigte deutschstämmige Einwohner aus Elzenau, Rosdin und Schoppinik fliehen aus ihren Wohnstätten. Die Meldungen über polnische Gewalttaten dauern fort. Die Stadt Plech ist heute von ihrer französischen Besatzung verlassen worden. Hingegen wurden in Rbnik die Italiener von den Franzosen abgelöst. Im Kreis Rbnik wurde schon am letzten Sonntag in einer polnischen Versammlung angekündigt, Oberschlesien gehöre bereits heute zu Polen. Prekatska und Sainow sollen von den Polen erneut besetzt sein. Auch in Wnslowitz hat gegen eine Polenversammlung stattgefunden, in der ebenso wie in Schoppinik aufreizende Beschlüsse gefaßt wurden.

Der angebliche Geheimbefehl De Ronds gefälcht?

Berlin, 11. September. Wie wir erfahren, haben die deutschen amtlichen Stellen über die Frage der Echtheit des in der Breslauer Wochenschrift veröffentlichten angeblichen Geheimbefehls des Generals De Rond Erkundigungen einzuziehen lassen. Dabei haben sich bisher keinerlei Anzeichen dafür ergeben, daß es sich um ein echtes Dokument handelt.

Verurteilungen wegen Befolgung an den Unruhen.

Kattowik, 11. September. Vor dem außerordentlichen Interimistischen Gericht für Kattowik Stadt und Land wurden in den letzten Tagen eine Reihe von Aufständischen verurteilt. Ein Angeklagter erhielt fünfzehn Jahre Zuchthaus, weil aus seiner Wohnung auf französische Truppen geschossen worden war. Weiter wurde von dem Gericht erkannt wegen Teilnahme am Aufstand mit Waffen auf zwei Jahre Gefängnis, wegen Milderung auf zwei Jahre Zuchthaus, wegen des Besitzes verarbeiteter Gegenstände auf sechs Monate, wegen Uebertretens des Waffenverbotes auf vier Monate und wegen Fahvergehens auf ein Jahr Gefängnis.

Vom Krieg in Osten.

Ueber die Vorgänge im Osten sind heute nur sehr spärliche Meldungen eingelaufen. Die russisch-ukrainische Delegation ist bereits am Freitag nach Kiga abgereist. Die Verhandlungen haben noch nicht begonnen können, weil Polen seine Beschießungsaktion fortsetzt. Wie neuere Meldungen belegen, sind die polnischen Delegierten auch gestern noch nicht abgereist. Von litauischer Seite wird die Nachricht demontiert, daß Litauen vorgeschlagen habe, auch die polnisch-litauischen Streitfälle in Kiga mit zu erledern. Auf Ersuchen Polens soll diese Angelegenheit in der Sitzung des Völkerbundes, die am 16. September in Paris stattfinden wird, geprüft werden. Die beteiligten Regierungen sind aufgefordert worden, Vertreter zu dieser Sitzung zu entsenden. Aus London wird gemeldet, daß Kamenew London am Sonnabend verlassen hat, um nach Kufland zurückzukehren. Krasin ist in London geblieben. Mond George hat vor der Abreise Kamenews noch eine Besprechung mit den russischen Handelsdelegierten gehabt. Dabei sollen aber nicht die mit dem russisch-polnischen Problem im Zusammenhang stehenden Fragen, sondern die Handelsbeziehungen erörtert worden sein. Ueber Paris kommen neue Meldungen aus Finnland, nach denen in Petersburg schwere Unruhen ausgebrochen sein sollen. Eine Nachprüfung der Nachrichten, die auch die Ermordung von Volkstommilitären melden, ist vorläufig nicht möglich.

Die Lage an der Front.

Nach englischen Meldungen hat die neue russische Offensive gegen die Polen begonnen, die bei West-Litwa in zwei Tagen 15 Werst zurückgegangen sein sollen.

Königsberg, Pr., 11. September. An der litauisch-polnischen Front haben die Polen im weiteren Vorrücken die Ortschaften Seiny und Krasnowol besetzt. An der bolschewistisch-polnischen Front von Minsk-Bialystok, östlich West-Litwa, entlang dem Bug wechselseitige Kampfhandlungen. Westlich von Lemberg halten die Polen die Linie Wuj-Rohatyn-Gnila Lipa.

Neue Siegesmeldungen Wrangels.

Kopenhagen, 11. September. Die „russische Gefandtschaft“ in Kopenhagen hat über Wrangels Operationen folgende offizielle Meldung vom 9. September erhalten: Auf der Front bei Dschow waren wie die Koten zurück. Infolge der allmählichen politischen Situation ist es notwendig geworden, unsere Kräfte im nordöstlichen Sibirien zu konzentrieren. Deshalb evakuieren wir ausnahmslos nach Kaban, wo unsere Truppen nicht nur keine Niederlage erlitten, sondern zwei rote Divisionen gefangen, 9000 Gefangene gemacht und acht Kanonen erbeutet haben. Bei diesen Operationen wurde die Anzahl unserer Truppen auf das Zweieinhalbfache vergrößert.

London, 11. September. Die Times meldet aus Konstantinopel, daß laut Berichten aus Schakapol die Truppen des Generals Wrangel, die aus Kaban zurückgezogen waren, in Stärke von 200 000 Mann nach der Küste zurückgezogen sind. Die roten Truppen, die der Dnjepr überschritten hatten, sind vollkommen geschlagen und haben nur noch den Brückenkopf von Kamschann, den die Truppen Wrangels umzingelt haben, in Besitz.

Einigung zwischen Wrangel und Pellura?

Paris, 11. September. Havas meldet über den Zustand in der Ukraine, daß die Aufständischen Zetaterinoslaw und Mikolajew genommen haben. Alle Verbindungen der Bolschewisten mit Dnissa sollen abgeschnitten sein. Pellura habe unter folgenden drei Bedingungen eingewilligt, mit General Wrangel zusammen gegen die Bolschewisten vorzugehen:

1. Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine,
2. Bildung einer einheitlichen ukrainischen Armee, die alle ukrainischen Kontingente in der Wrangelschen Armee vereint, unter ukrainischem Kommando steht und nur in der Ukraine operiert,
3. Wiederherstellung der ukrainischen Verwaltung in allen von den Bolschewisten zurückeroberten Gebieten.

Englische Kriegsmateriallieferungen an Polen?

Prag, 12. September. In einer an die Regierung gerichteten Kundgebung der tschechisch-deutschen Föderation der Eisenbahner heißt es, täglich werde nach Polen Kriegsmaterial geschmuggelt, und zwar in besonderen Wagen, die Platte mit der britischen Flagge tragen und mit der Aufschrift versehen sind, daß sie unter dem Schutz einer englischen Gesellschaft stehen.

Polnische Drohungen an die Tschecho-Slowakei.

Wien, 8. September. Das Krakauer Organ des Vizeministerpräsidenten Dajnoski droht den Tschechen, mit Waffengewalt die tschechische Frage wiederanzuführen. Das tschechische Volk solle Frieden, um Verhandlungen mit der Tschecho-Slowakei zu beginnen, wie diese Verhandlungen aussehen, sei gleichgültig. Jedoch besitze die Tschecho-Slowakei nicht die Millionenarmee Sowjetrußlands.

Vom englischen Gewerkschaftskongress.

Der Generallab der Arbeit.
Amsterdam, 10. September. Allgemeines Handelsblad meldet aus London, daß auf dem Gewerkschaftskongress von Portsmouth die Entschliebung, in der die Schaffung eines Generalstabes der Arbeit zum Zwecke der Förderung der Zusammenarbeit der Gewerkschaften gefordert wird, trotz des Einspruchs von Clones, der erklärte, daß der vorgeschlagene Entwurf auch nicht einen Schritt vorwärts in der gewünschten Richtung bedeute, mit 488 000 gegen 176 000 Stimmen gutgeheißen wurde. Einer Meldung des Telegraph zufolge wird der Generalstab vermutlich auf der Grundlage gewählt werden, daß die Bergarbeiter, die Eisenbahnarbeiter und die Transportarbeiter durch je zwei und die übrigen Arbeiter zusammen durch vier Mitglieder vertreten sein werden.

Ein Zwischenfall.
Amsterdam, 12. September. Auf der letzten Schlußsitzung des Gewerkschaftskongresses in Portsmouth erregte die Erklärung des Mitgliedes Auchen, daß verschiedene Gewerkschaften anlässlich der Wahlen in den parlamentarischen Ausschüssen Stimmen ankaufte hätten. Eine Kommission wurde daraufhin mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragt. Der parlamentarische Ausschuss wird seine Tätigkeit erst nach Abschluss der Untersuchung aufnehmen.

Vorbereitungen für den englischen Bergarbeiterstreik.

Amsterdam, 11. September. Wie Telegraf aus London meldet, ist in der Bergarbeiterfrage eine Änderung nicht eingetreten. In Regierungskreisen weiß man darauf hin, daß neue Vorschläge von Seiten der Bergarbeiter kommen müssen. In Verantwortung einer Anfrage langte der Präsident des Gewerkschaftskongresses, die Erklärung der Regierung habe an der Lage nichts geändert und nicht die mindeste Hoffnung auf irgend eine Regelung gegeben. Damit die Bergarbeiter die Antwort der Regierung in Erwägung zögen, hätte etwas anders in dieser Erklärung stehen müssen, als darin steht. Einer Meldung des Nieuwe Rotterdamse Courant zufolge, hat Mond George nicht die Absicht, in diesem Stadium der Kohlenarbeiter einzutreten, da er sich keine Vorteile davon verspricht. Die Bergarbeiter erwarten, nach der Besprechung mit dem Präsidenten des Handelsamtes Dorne ein Zusammentreffen mit der Regierung zu erlangen, sie sind jedoch darin sehr enttäuscht worden. Die Regierung bereitet alles vor, um den Folgen eines Streiks die Stirn zu bieten.

Paris, 12. September. Nach einer Journal-Meldung aus London ist gestern nachmittags bekanntgegeben worden, daß, falls der Kohlenarbeiterstreik ausbricht, sofortige Rationierungsmassnahmen ergriffen werden. Vom ersten Tage an wird die Zuckerration von 300 Gramm auf 170 Gramm die Woche herabgesetzt. Außerdem werden Fleisch, Speck, Mehl und Milch rationiert werden.

London, 12. September. Der Präsident des Handelsamtes hatte gestern Abend eine Besprechung mit Mond George. Er hat darauf eine Erklärung veröffentlicht, in der er die Aufmerksamkeit des Bergarbeiterverbandes auf seine Weigerung lenkt, nor einem unabhängigen und unparteiischen Schiedsgericht das Wohlbevürdet seiner Lohnforderungen darzulegen. Er meint, daß dieser Streik in der Hauptsache ein politischer Streik sein würde, und unterstreicht die Notwendigkeit, ein für allemal den Grundlag aufzustellen, daß man in Zukunft nur Anträge, die als gefahrlos und gerecht befunden würden, nachkommen werde.

Unterstützung der Bergarbeiter durch die Eisenbahner.

London, 11. September. Bei einer Versammlung der Eisenbahner erklärte der Sekretär des Eisenbahnerverbandes, die Eisenbahner würden den Bergarbeitern in ihrem Kampfe beistehen.

Die internationale Bedeutung des englischen Kohlenarbeiterstreiks.

Der drohende englische Bergarbeiterstreik hat nicht nur die Regierung Englands in höchste Verwirrung verlegt. Die meisten Ententestaaten sind überwiegend auf die Einfuhr englischer Kohlen angewiesen, so daß bei einem Stoden der Zufuhr die ernstesten Schwierigkeiten für sie erwachsen. Zu allem Ueberflusse scheint jetzt auch die Hoffnung auf die amerikanische Hilfe zu verfallen. Der New Yorker Herald berichtet, daß die Wahrscheinlichkeit eines britischen Bergarbeiterstreiks die amerikanische Regierung in große Aufregung verlegt habe.

Dieser Streik würde Amerika vor die Notwendigkeit stellen, ein viel größeres Quantum Kohlen nach Europa zu exportieren. Die Regierung fürchtet, daß die amerikanischen Kohlenarbeiter sich weigern werden, für diese Ausfuhr nach Europa zu arbeiten, denn sie werden diesen Export als eine Arbeit betrachten, die dazu bestimmt ist, die Streikbewegung in England zu ersticken. Die Solidarität der amerikanischen Bergarbeiter wäre in diesem Falle so berechtigt, wie nie zuvor. Alles in allem scheinen demnach die Aussichten für das Unternehmen der englischen Bergleute nicht ungünstig zu sein!

Verchiebung der Genfer Konferenz?

Paris, 12. September. Nach einem Havasbericht ist über die Beteiligung Frankreichs an der Genfer Konferenz noch nichts Bestimmtes festgelegt worden. Diesbezügliche Verhandlungen sind aber im Gange. Frankreich hat gegen den Zeitpunkt der Konferenz formelle Einwände, da diese mit der Brüsseler Finanzkonferenz zeitlich zusammenfällt.

London, 11. September. Das Reutersche Bureau erfährt in gut unterrichteten Kreisen, daß die Verchiebung der Genfer Schadenersatzkonferenz bis zum nächsten Monat als fast unermesslich angesehen wird, da sie mit der Brüsseler Konferenz zusammenfällt an der mehrere der Delegierten ebenfalls teilnehmen.

Arbeitslosendemonstration in Wiesbaden.

Wiesbaden, 12. September. Nach der gestrigen Stadtverordnetenversammlung, in der über die Forderungen der Arbeitslosen beraten wurde, kam es wiederholt zu Tumulten durch Befugter der Tribünen, hauptsächlich Arbeitsloser, besonders als deren Forderungen abgelehnt wurden. Heute veranstalteten die Arbeitslosen Kundgebungen vor dem Rathaus und versuchten, in dieses einzudringen, wurden aber von der Polizei abgedrängt, wobei einige Personen verhaftet wurden.

Sächsische Angelegenheiten.

Freiherrn von Reichenstein's Sexualvorwürfe in Zittau verboten.
Gegen die Sexualvorwürfe des in Dresden wohnhaften Freiherrn von Reichenstein, des bekannten Sachverständigen in vielen Stillschließungsprozessen, macht sich in Zittau eine Erregung unter verschiedenen Schichten der Bevölkerung bemerkbar, die sich insbesondere dagegen wendet, daß die Vorträge über die intimsten Geschlechtsvorgänge ungeniert von Jugendlichen beiderlei Geschlechts besucht und noch dazu ungeniert und in überflüssigen Sälen abgehalten werden. Einen Feldzug dagegen führen die Zittauer und Kirchfelder Pastoralvereine mit ihren Kirchensprechern in Gemeinschaft mit vielen anderen Kirchensprechern, indem sie vor dem Besuch des am Freitag angekündigten Vortrages über „Ehe und Hochzeit“ warnen. Wie es in dem kirchlichen Protokoll heißt, könne nicht gebilligt werden, daß Herr von Reichenstein eine Art der Antikündigung für seine Vorträge wähle, die ohne Zweifel nur die Reugierde reizen sollen, die Lustbarkeit fördern und schließlich nur auf keinen geschäftlichen Gewinn beschränkt zu sein scheinen.

Der Zittauer Stadtrat hat den für Freitag angekündigten Vortrag verboten. Freiherr von Reichenstein hat im Vorjahr auch in Leipzig gesprochen. Wir haben uns damals schon gegen ihn wenden müssen, weil seine Vorträge auf nichts anderes hinausliefen, als auf eine Verstaatlichung resp. Sozialisierung der Produktion und weil die ganze Aufmachung seiner Vorträge, sowie die Art der verwendeten Bilder lediglich auf die Abwertung der Arbeit eingestellt waren. Mit dem Verbot, fürchten wir, ist dem geschäftlich tätigen Freiherrn lediglich ein billiges Postament gegeben worden.

Der Verfassungsausschuss der sächsischen Volkshammer tritt am 29. September wieder zusammen, um die zweite Lesung der Verfassungsvorlage zu beenden. Wahrscheinlich wird auch der Gesetzgebungsausschuss zu gleicher Zeit zusammenkommen. Der Verfassungsausschuss, der die Verfassungsreform auf Beschäftigten durcharbeiten soll, wollte ursprünglich bereits am letzten Dienstag aufzutreten, indessen ist keine Einberufung wieder verlangt worden.

Die Wahlen zum sächsischen Landtag finden nach einer Dresdner Meldung am 14. November statt.

Sachsens Pferdeversicherung an die Entente.
In den Verhandlungen an die Entente wird gearbeitet, daß in Sachsen keine Zwangsversicherung erlassen solle, die sich würde das sächsische Wirtschaftsministerium die Pferde im freien Kauf erwerben.

Aus den Nachbargebieten.

Mädchenhändler in Halle?
Am helllichten Tage wurde eine jungverheiratete Frau in der Größestraße in Halle von einem Mann, der sich für als Arbeiter zu nähern versuchte, gewalttätig in ein zu diesem Zweck in der Nähe bereitstehendes Automobil gefesselt und nach dem Hauptbahnhof entführt. Hier ist es der jungen Frau gelungen, weise geflücht zu entkommen. Das Auto samt seinen Besatzern konnte leider nicht auffinden, da hinführende polizeiliche Streifen in der Nähe war.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer.
Vom 8. bis 10. September tagte in Leipzig der Gewerkschaftskongress der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer. Wolffs Bureau berichtet darüber nachstehendes Bericht:
Die Gewerkschaft umfasst mit ihren 74 000 Mitgliedern 85 Prozent aller Lokomotivbeamten Deutschlands. Die Umbildung der bisherigen Verbände zu einer einheitlichen auf freier gewerkschaftlicher Grundlage arbeitenden Berufsorganisation ist durchgeföhrt. Auf der Tagesordnung standen wichtige Berufsfragen, von denen die Befolungsfrage den breitesten Raum einnahm. Es kam mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß der äußere mitreißende, anfangs volle, fröhliche und körper zermürende Dienst nur durch entsprechende hohe Entschädigung abzuwehren ist. Ein einheitlicher Willen kam dahin zum Ausdruck, daß die gestellten Forderungen zeitliche Einräumung der Lokomotivführer und Maschinenmeister in Gruppe V der Lokomotivführer und Maschinenmeister in VI und eine Evidenzstellung in VII, die nach einem bestimmten Dienstalter oder prozentualen Verhältnis erreicht werden soll, als das Mindestmaß der Forderungen zu gelten haben. Es wird von der gesamten Arbeitnehmererschaft Anerkennung dieser außerordentlichen Forderungen erwartet. Ein besonders lebhafter Unwille kam darüber zum Ausdruck, daß die ganze Befolungsreform sich nun schon monatelang hinflehrt, ohne daß die Beamten praktisch in den Genuss der so dringend notwendigen Besätze kommen. Die Gehaltsbesätze des Vierteljahres April bis Juni sind jetzt, nachdem bereits das dritte Quartal seinem Ende zuneigt, noch nicht verrechnet, viel weniger ausbezahlt worden. Die äußerst bedrückende Lage, in welcher dadurch die Lokomotivbeamten gefangen sind, zwingen sie unter Anrührung der Öffentlichkeit vom Vortrage zu fordern, daß nunmehr mit den zählenden Druckmitteln dahin gewirkt wird, daß die rückständigen Zahlungen sofort erfolgen. Die heftigste Not hat ein derartiges Ausmaß angenommen, daß eine Katastrophe zu erwarten ist, wenn die Forderungen wieder erfolglos abgelehnt der Vorkämpfer am 1. Oktober vorgekommen werden, obwohl die immer dringender werdenden Anschaffungen und die Einkäufe für Herbst und Winter so notwendig mehr Mittel bedürfen. Die Betriebslage im bevorstehenden Herbst und Winter ist durch den Mangel an betriebsfähigen Lokomotiven außerordentlich schwer und es bedarf der ganzen Verantwortlichkeit und Treuehaftigkeit des Personals, um der bestehenden Schwierigkeiten Herr zu werden. Deingend notwendig ist deshalb die Erfüllung der gerechten Forderungen des Lokomotivpersonals. Die Frage ist nicht eine Frage allein des Lokomotivpersonals, sondern der ganzen Bevölkerung. Sie hat das lebhafteste Interesse daran, Verlehr und Wirtschaft zu leben und zu fördern. Darum hofft die Lokomotivführerschaft, das vollste Verständnis der Öffentlichkeit für ihre Forderungen zu finden.

Die Generalversammlung befaßte sich im weiteren mit dienstlichen und beruflichen Fragen, u. a. auch mit der Ausbildung und der Hebung der Berufstätigkeit des Personals. Der Beitritt zur Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten und -Anwärter wurde bedingt beschlossen.

Neue Verhandlungen im Verkehrsgewerbe Sachsens.

Leipzig, 12. September. (W. T. V.) Die geleisteten Tarifverhandlungen im sächsischen Transport- und Verkehrsgewerbe haben die Gefahr von Ausständen außerordentlich nahe gerückt. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sollen in dieser Woche unter Führung der Reichsarbeitsgemeinschaft des Anfuhrerwesens, die in der vergangenen Woche in Berlin getagt hat, neue Verhandlungen aufgenommen werden, um die schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen, die ein Streik für das Wirtschaftsleben mit sich bringen würde, zu vermeiden. Gutem Vernehmen nach werden diese Verhandlungen so bald wie möglich eingeleitet werden.

Von Nah und Fern.

Verunglücktes Flugzeug.
Hamburg, 11. September. Ein Flugzeug von der deutschen Luftreederei, welches sich auf dem Flug von Hamburg nach Berlin befand, wurde auf dem Flugplatz Fuhlsbüttel bei der Landung schwer beschädigt. Der Flugzeugführer und zwei Fluggäste aus Dresden wurden verletzt und hier ins Krankenhaus geschafft.

Berichtswort: In den redaktionellen Zeit: Georg Raft in Leipzig.
Berantwortlich für den Anzeigenteil: Friedrich Viller, Verlags-Verlag Leipzig.
Druck und Verlag: Verlags-Verlag Leipzig. (Kleinverlag Leipzig).
Diese Nummer umfasst 12 Seiten.

Nützliche Bekanntmachungen.

Einschränkung der Benutzung von Zentralheizungen und Warmwasserbereitungsanlagen.

1. Inhaber (Eigentümer oder Mieter) von Wohnungen, die an eine Zentralheizung angeschlossen sind, dürfen nicht mehr als ein Drittel aller mit Heizkörpern versehenen Räume beheizen.

2. In den Räumen, die demnach unbeheizt zu bleiben haben, darf, sofern die Heizungsanlage dieser Räume nicht überhaupt abgetrennt werden kann, eine geringe Öffnung der Heizkörperventile nur dann erfolgen, wenn dies die Art der Zentralheizungsanlage zur Verhütung von Frostschäden erfordert.

3. Eine größere Anzahl Räume, als nach Ziffer 1 zulässig, darf nur beheizt werden, wenn die Räume bestimmungsgemäß geschäftlichen oder ähnlichen Zwecken dienen und hierfür eine Beheizung notwendig ist. Im Zweifel ist der Umfang der zulässigen Heizung nach der Menge der angetakelten Heizkörper zu bestimmen, mit denen unbedingt ausgereicht werden muß.

4. Der Betrieb und die Benutzung zentraler Warmwasserbereitungsanlagen in Gasthöfen, Wohn- und Geschäftsbauwerken ist bis auf weiteres nur von Freitag mittags 12 Uhr bis Sonntag

mittags 12 Uhr jeder Woche gestattet. Ausgenommen hiervon sind bis auf weiteres Anlagen jeder Art in Kranenbauwerken, Kläranlagen und Badeanstalten. Weitere Ausnahmen kann das Kohlenamt bewilligen, wenn dringende Gründe vorliegen.

5. Auf die unter dem heutigen Tage bekanntgegebenen Richtlinien für die Einschränkung des Brennstoffverbrauches wird verwiesen.

6. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden nach § 32 der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 30. März 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000,— Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Leipzig, am 10. September 1920, R.-M. 19.30.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Richtlinien für die Einschränkung des Brennstoffverbrauches.

Im Nachstehenden werden die vom Reichskommissar für die Kohlenverteilung aufgestellten Richtlinien zur Einschränkung des Brennstoffverbrauches erneut bekanntgegeben mit den Änderungen, die durch die bereits erlassenen Verfügungen und örtlichen Verhältnisse bedingt sind:

1. Die den Haushaltungen, Inhabern von Zentralheizungen und gewerblichen Betrieben ausgeteilten Brennstoffmengen sowie vorhandene Vorräte sind so einzuteilen, daß sie mindestens bis Ende April 1921 ausreichen, da bis zu diesem

Zeitpunkte weitere Zuteilungen keinesfalls erfolgen können. Insbesondere kann nach Lage der Verhältnisse auch keine Gewähr für die volle Lieferung der Mengen übernommen werden, für die Kohlenarten erteilt sind.

II. Die Raumtemperatur, gemessen in der Mitte des Raumes, soll in Wohnräumen von vormittags 9 Uhr bis abends 9 Uhr und in Schreibstuben in der Zeit von vormittags 8 Uhr bis höchstens nachmittags 4 Uhr nicht mehr als 18 Grad Celsius betragen.

III. In Verkaufsräumen, Gasthäusern und Gastwirtschaften müssen die Heizungsanordnungen bei Erreichung einer Innentemperatur von 16 Grad Celsius, in Treppenhäusern, Korridoren, Hallen der Gasthäuser bei 5 Grad Celsius Innentemperatur außer Betrieb gesetzt werden.

IV. Bezüglich der Beheizung von Theatern jeder Art, einschließlich der Klubsäle und von Zirkusgebäuden, ferner von Sälen und Räumen für den Gebrauch als Konzert- und Vortragssäle, für die Abhaltung von Festlichkeiten jeder Art, einschließlich der Familienfestlichkeiten und Tanzstunden, endlich von Kirchen wird auf die Bekanntmachung des Reichskommissars vom 7. 1. 1919 verwiesen. Danach ist die Beheizung solcher Räume im allgemeinen verboten.

V. In Fabrikbetrieben soll, sofern die Art der Fabrikation nicht andere Raumtemperatur erfordert, die durchschnittliche Raumtemperatur von 1,5 m Höhe über Fußboden gemessen, 15 Grad Celsius nicht übersteigen.

VI. Krankenbauten und Heilungsheime, die unter berufsmäßiger Aufsicht stehen, bleiben bis auf weiteres von den vorstehenden Vorschriften unberührt.

VII. Museen, Ausstellungshallen, Turnhallen, Versammlungssäle in Lehranstalten dürfen nicht beheizt werden.

VIII. In allen beheizten Räumen sind obere Abflüsse einstellig verstellbarer Glasflügelklappen dauernd dicht abzuschließen. Unnötiges Lüften, welches starke Abkühlung der Räume zur Folge hat, ist zu vermeiden. Das Öffnen der Fenster bei angelegten Heizkörpern hat zu unterbleiben.

IX. Künstliche Lüftungsanlagen dürfen nur bei einer Außentemperatur von über 5 Grad Celsius betrieben werden.

Leipzig, am 10. September 1920, R.-M. 19.40.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Neues Theater.
Montag, den 13. September 1920
1. Teil: **Die Schöne Helena** (4. Folge, Drama)
2. Teil: **Die Schöne Helena** (5. Folge, Drama)

Mittwoch, den 15. September, 1. Teil: **Die Schöne Helena** (6. Folge, Drama)
2. Teil: **Die Schöne Helena** (7. Folge, Drama)

Freitag, den 17. September, 1. Teil: **Die Schöne Helena** (8. Folge, Drama)
2. Teil: **Die Schöne Helena** (9. Folge, Drama)

Sonntag, den 19. September, 1. Teil: **Die Schöne Helena** (10. Folge, Drama)
2. Teil: **Die Schöne Helena** (11. Folge, Drama)

Altes Theater.
Montag, den 13. Septbr.: **Die Schöne Helena** (12. Folge, Drama)
Dienstag, den 14. September: **Die Schöne Helena** (13. Folge, Drama)
Mittwoch, den 15. September: **Die Schöne Helena** (14. Folge, Drama)
Donnerstag, den 16. September: **Die Schöne Helena** (15. Folge, Drama)

Neues Operellen-Theater.
Montag, den 13. Septbr.: **Die Schöne Helena** (16. Folge, Drama)
Dienstag, den 14. September: **Die Schöne Helena** (17. Folge, Drama)
Mittwoch, den 15. September: **Die Schöne Helena** (18. Folge, Drama)

Bruno Kastner
in „**Untreu**“
Komödie in 3 Akten von Roberto Bracco.
Morgen und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Bruno Kastner
in „**Untreu**.“
Sonntag, den 19. September, nachm. 4 Uhr
Evchen Humbrecht.
Vorverkauf: Polik, Coppius, Dietrich und an der Kasse.

Krystal-Palast
Täglich abends 7 1/2 Uhr
Der hervorragende
September-Variété-Spielplan

Sarrasani
Täglich 7 Uhr, Mittwoch auch 3 Uhr.
Vorverkauf: Ury Gebr.
Letzte Woche!
Kolossal-Programm!
Beginn 7 Uhr!
Ein ungekürztes Attraktionsprogramm und die Circusantimime „Mazepa“.

Ganssowei Heute ab 7 Uhr
Ball Donnerstag . . . ab 7 Uhr

Weinpalast Eden
Kurprinzstr. 2. Tel. 15902.
Täglich Moderne Tanaufführungen

Schiller-Schlösschen
Heute Montag **Grosser Damen-Ball**
ab 7 Uhr
Abwechselnd Damen- und Herren-Engagement.

Gosenschlösschen, Eutritzsch.
Heute Montag **Feiner Ball** Abwechselnd Herr- u. Damenwahl. Tanz frei

Paul Baumann
Fischwaren-Groß-Handlung
Tel. 14122 Windmühlenstr. 42
Durch Zufall ist es mir möglich, einen Doppelwagen frische Seefische diese Woche billig zu verkaufen.
Mittel Pfd. 1 Mk., groß Pfd. 2 Mk.
Gratts! Bei 3 Pfund Gratts! 1 Paket Fischgewürs u. 1 Pfd. prima Speisewürste.
Prima Schellfisch, fetter Cahiau, Prima See-Lachs, fetter See-Hoch ohne Kavi Pfund 3.- bis 3.50 Mark.
Große Zufuhr feinsten edler Kieler Blückerlinge Mitte von 30.- Mt. an. Pfund 8.50 bis 7.50 Mt.
Neue feine Bräheringe, Rollmöpse und Kronsardinen.

Bauarbeiter-Verband
Telefon: 8078, Besitztümerin: „elvis“. Telefon: 8078.
Bureau: Gerberstraße 1, III (Hotel Victoria), Zimmer 50-57.
Geschäftszeiten: von 9-1 und 4-1/2 Uhr. Sonntags von 8-1 Uhr.
Achtung, Baudelegierte! Dienstag, 14. September abends 7 1/2 Uhr
Sigung im Volkshaus (Kolonnade).
Erfcheinen aller Delegierten ist notwendig.
Der Vorstand.

Phot. Vergrößerungen
in künstlerischer, lebenswahrer Ausführung fertigt als Spezialität preiswert
Proessdorf
Lohn: Bayersche Str. 41.

Glasscheiben
aller Art im Anschlag bill. Spiegelgläser jeder Größe, 1 St. 30% Rabatt. Repar. f. Fensterrahmen, Kamin- u. Eisen- u. Glasfenster in gr. Ausm. Inbetrieb. A. Glaschker, Tauchstr. 26, Tel. 13390.

Ziehung 29. Sept. bis 4. Okt.
Geld-Lotterie des eingetragenen Vereins **Krüppelhilfe** zu Dresden.
Hauptvertrieb: Alexander Hossel, Dresden, Weisengasse 1.
Höchste Gewinne im Ganzen: 100000
Hauptgewinn: 75000
2. Preis: 25000
3. Preis: 10000
4. Preis: 5000 etc.
Lose à 3.00 Mk., mit Teuerungszuschlag (Postgeld u. Liste 90 Pf.) bei den Staatslotterien - Einnahmen und den durch Plakate kenntlichen Geschäften.
Infolge gemeinsamen Einkaufs mit 5 Geschäften, billig **Teppiche** in allen Größen und **Teppichdecken** in Stoff und Woll. **Rest** für 1 bis 6 Fenster Gardinen, Stores, Hebergardinen, Bettdecken **Seide-Bezüge** in Stoff **Matrahendresse, Küchertische** **Engel** leicht Breuherrnasse 5 gegenüber Althoff

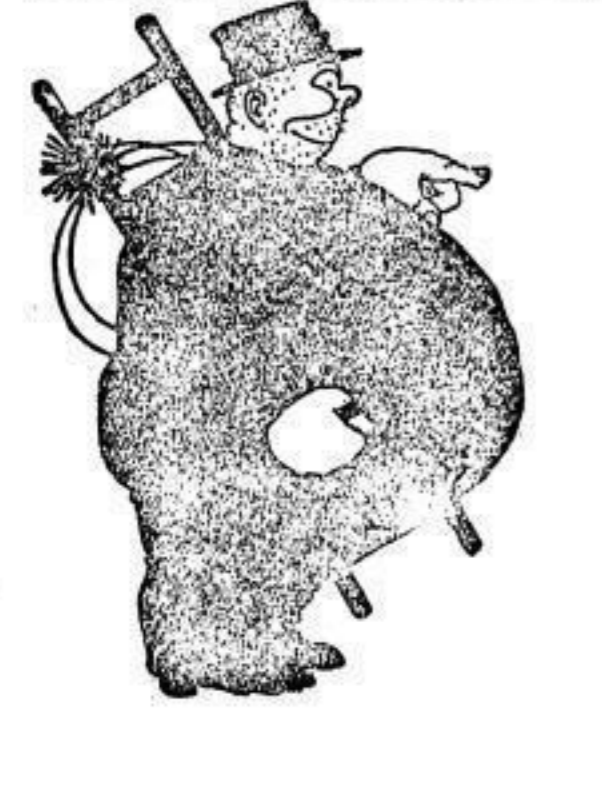
Leipziger Schauspielhaus.
Septentis, 1720. Direktion: Fritz Stegmann. Besuch 1000
Montag, den 13. September 1920
Dienstag, den 14. September 1920
Geldlofen.
Beginn des Winterplans und der Vorstellungen für die Theatergemeinde.
Mittwoch, den 15. September: **Winter Erde**, Donnerstag, den 16. September: **Winter Erde**, Freitag, den 17. September: **Winter Erde**, Samstag, den 18. September: **Winter Erde**, Sonntag, den 19. September: **Winter Erde**, Montag, den 20. September: **Winter Erde**, Dienstag, den 21. September: **Winter Erde**, Mittwoch, den 22. September: **Winter Erde**, Donnerstag, den 23. September: **Winter Erde**, Freitag, den 24. September: **Winter Erde**, Samstag, den 25. September: **Winter Erde**, Sonntag, den 26. September: **Winter Erde**.

Die Jahreskarten
für die **Theatergemeinde Schauspielhaus**
werden abgeben täglich von 10 Uhr bis abends 9 Uhr. Neu-Annahmungen für die Theatergemeinde zur gleichen Zeit. Die Aufnahme der Jahreskarten muß unbedingt persönlich erfolgen, da nach einer Unterbrechung zu teilen ist. Der Ausverkauf ist mitzuzählen.
Fam. Karte 1000, Einzelkarte 500.
Dienstag, den 14. September, abends 7 1/2 Uhr: Serie 8. **Robener Abend.**
Vorverkauf: **Der Kulkat; Die Mummienhand; Die Ruffien der Seele; Der aufbezahlte Neumann.**

Baltenberg
Variété. Täglich abends 7 1/2 Uhr: **Das neue Mess-Variété-Programm**
Theater. Abends 7 1/2 Uhr: **„Das Spiel mit dem Tode“**
Morgen: **„Das Spiel mit dem Tode“**
Mittwoch: **„Abschieds-Benedict für Vater“**
Unter: **„Das Rätsel „Woh““**
Vorverkauf: Tagesk. Ziz.-G. K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Dreilinden
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der glänzende Variété-Spielplan.
10 Attraktionen.
U. a.:
6 Original-Grunathos
M. Kara - La Paquila
Vorverkauf: Tageskass. (Tel. 33405 und 33543), Th. Althoff, Petersstr., Konsumverein, K. Helne-Str.

Nachtkäse
Fam.straße 18
Abendtäglich 7 1/2 Uhr
Erstklassige
Kabarett-Darbietungen
Eiskeller L.-Connwitz
Morgen von 7 Uhr an
Feiner Ball.



Selt und gute Nahrung
braucht Ihr Schuh zu langem Leben. Delwachsware ist Ersatz; — fogen. „Wachsware“ enthält über 70% Wasser, nehmen Sie daher nur
Dr. Gentners Schuhputz Nigrin mit Banderole
aus garantiert reinem Terpentinöl hergestellt. Nigrin enthält alle Stoffe, die das Leder braucht.
Dr. Gentners selbsttätiges Waschwasser Joffa gibt blendend weiße Wäsche.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 13. September.

Parteilangelegenheiten.

Mit-Beipzig. Mittwoch, den 15. September, abends 7 Uhr: Wichtige Funktionärsitzung im Volkshaus.

Parteilangenshaft des Westens. Heute, abends 7/8 Uhr, findet die Fortsetzung der Aussprache über die 3. Internationale in den Westendhallen statt.

Achtung! Connewitz. Dienstag, den 14. September, abends 7/8 Uhr, Funktionärsitzung in der Bibliothek. Erscheinen aller ist unbedingt notwendig.

Eutritsch. Heute, Montag, den 13. September, abends 8 Uhr, Frauenabstimmungsabend im Feldschlösschen.

Stützerthausberg. Morgen Dienstag, den 14. September, abends 8 Uhr, Frauenabstimmungsabend in Stadt Hof. Zahlreicher Besuch ist erwünscht. Besonders dringend werden die Funktionärinnen sowie die Frauen aus den Elternräten eingeladen.

Achtung, Parteigenossen!

Zur Landeskonferenz der Arbeitslosen Sachsens und Thüringens, die am 20. und 21. September stattfindet, kommen rund 100 Delegierte, für die Quartiere gebraucht werden. Wir bitten um umgehende Einleitung von Adressen an den Arbeitslosenrat, Sartoriusstraße 3, 111.

Gruppenrat 11, Metallindustrie. Dienstag, den 14. September, nachmittags 6 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Zimmer 1.

Der Streik der Straßenbahner!

Weber die Verhandlungen des Schlichtungsausschusses, die am Sonnabend stattgefunden haben, teilt die Direktion der Straßenbahn mit, daß der unter Vorsitz des Herrn Oberregierungsrats Dr. v. Schwarze (Kreishauptmannschaft) zusammengetretene tarifliche Schlichtungsausschuss folgendes vorläufige Urteil

- 1. Der Schlichtungsausschuss steht auf dem Standpunkt, daß es gemäß § 16 des Tarifvertrags vom 1. 2. 20 zur Entscheidung der vorliegenden Streitigkeit zuständig ist.
2. Der Schlichtungsausschuss hat beschlossen, die Entscheidung über die Anträge der Großen Leipziger Straßenbahn bis zum 16. 9. 20, 10% Uhr vormittags, in der Kreishauptmannschaft auszusprechen, da diese erst heute zur Kenntnis gebracht worden sind und die Arbeitnehmer noch nicht Gelegenheit gehabt haben, dazu Stellung zu nehmen.
3. Der Schlichtungsausschuss empfiehlt den Parteien, über die Frage der sofortigen Vollbeschäftigung aller Arbeiter (Forderung 1) in Verhandlungen zu treten, nachdem die Arbeitgeberseite erklärt haben, daß die Frage der Wiedereinstellung der drei außer Betrieb gesetzten Linien (Forderung 2) und die Herabsetzung der Fahrpreise und Einführung eines neuen Fahrplans (Forderung 3) bis nach Wiederaufnahme des Betriebs zurückgestellt werden kann. Von der Streikleitung erhalten wir folgende Zuschrift:

Eine gelungene Streikbewegung.

So nennt die freie Presse den Straßenbahnerstreik. Wir halten uns für verpflichtet, kurz auf diese Notiz zu erwidern. Wir können dem Sozialistischen Völkerverein, weiterhin Vorkämpfer für die bürgerlichen Parteien zu leisten. Wir müssen uns aber auf das Entscheidende dagegen verwahren, uns irgendwelche Buischabsichten zu unterstellen. Wir haben niemals eine politische Forderung in die Waagschale geworfen, sondern lediglich die Überzeugung, daß nicht das getan wird im Straßenbahnbetrieb, was im Interesse der Gesamtheit unbedingt notwendig wäre. Wir möchten den Herren Mehrheitssozialisten empfehlen, einmal in die internen Betriebsangelegenheiten der Straßenbahn Einblick zu nehmen. Wenn das Fall sein wird, werden sie nicht mehr den Mut finden, unsere Bewegung zu beschimpfen. Weiter auf den Artikel einzugehen, erübrigt sich, und wir hoffen daß die Öffentlichkeit nachfolgende Schilderung zu würdigen weiß.

Wir möchten nun kurz auf den Gang der Verhandlungen eingehen. Es muß an dem Mitteilungsweiser auffallen, daß plötzlich, nachdem der Betrieb auf Rechnung der Stadt geführt wurde sofort gewaltige Defizite aufstauten. Es ist dieses nicht zu verwundern, wenn jemand den Straßenbahnbetrieb während der Kriegszeit beobachtet hat. Da muß einwandfrei festgestellt werden, daß, genau wie in andern Betrieben, Klaubau getrieben wurde. Das mag an der Beschaffung von Rohstoffen gelegen haben. Aber was nicht zu verstehen ist, daß nun, wo die Rohmaterialien noch bedeutend im Preise gestiegen sind, der Betrieb jodelt abwerfen muß, um all diese vernachlässigten Arbeiten nachzuholen. Nun entsteht die Frage: Wo sind all die gewaltigen Abschreibungen geblieben?

Aber was führte zu der jetzigen Bewegung? Ein Defizit, das von der Direktion auf 13 1/2 Millionen bis Rechnungsjahr 1921 veranschlagt wurde, soll gedeckt werden. Im Juni wurde dem Betriebsrat die Eröffnung gemacht, zu diesem Zwecke circa 350-400 Mann zu entlassen. Der Betriebsrat gab hierzu seine Zustimmung. Die Direktion aber kündigte als erste Linie 150 Mann. Hierüber entstand Streikfertigkeit und durch den Schlichtungsausschuss wurde auf dem Wege der Verhandlung eine Einigung dahin erzielt, daß nicht Entlassungen vorgenommen wurden, sondern Drosselung der Arbeitszeit. Die Direktion verlangte eine zehnprozentige Streckung. Und es wurden durch Stilllegung der drei Linien 7, 30, 13 und durch Herausnahme mehrerer Wagen aus andern Linien ca. 380 Mann arbeitslos gemacht.

Die Arbeiterseite erklärte aus Solidarität und aus Interesse für den Betrieb sowie für die Stadt sich bereit, die Lasten zu tragen. Es wurden Vereinbarungen getroffen, wonach Ledige 9 Tage, Verheiratete ohne Kinder 5 Tage, Verheiratete mit 1 Kind 2 Tage und Verheiratete mit mehreren Kindern 1 Tag im Monat aufsehen sollten. Die Vereinbarungen sollten überwiegend revidiert werden. Auf diese Weise wurden von seiten der Arbeiterseite 450 000 M. zum Nutzen des Betriebs geopfert. Während der Zeit der Streckung haben sich nun Mißstände herausgebildet, die nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden des Betriebs waren, und aus diesem Grunde kam die Belegschaft dazu, die Forderung auf Vollbeschäftigung und Wiederinbetriebnahme der drei Linien aufzustellen. Ob nun Streikfertigkeit oder Überzeugung zu diesem Schritte trieb, möchten wir kurz schildern.

Betrachten wir den Bahnhofsbaubau Eutritsch - ein Millionenbau, der nach der Fertigstellung den berechneten Anforderungen nicht entspricht. Betrachtet man den Pfingst- und Werktagsspenden- und Verkehrsverkehr. Betrachtet wir weiter den Verkehr auf den Linien 10, 15, 3, 17, 18 und 6 zu den Geschäftsstunden, so steht ohne weiteres fest, daß in diesen verkehrsreichen Zeiten gerade auf oben genannten Linien bis zu 100 an Fahrgästen an einem Tage zulässig gewesen werden müssen.

Weiterhin muß die Straßenbahn als städtischer Betrieb erst rund 4 1/2 Millionen von der Bruttoeinnahme abführen, dann müssen gleichzeitig alle Aktionäre mit 4 1/2 Prozent Dividende bedacht werden und dann, wenn diese Gelder abgeführt worden

sind, dann kommen erst die täglichen Kosten in Frage. Somit hat die Belegschaft wohl ein Recht, erregt zu sein.

Wenn dann Vorschläge von seiten des Betriebsrats gemacht werden, um die Sache zu beheben, so erklärt darauf die Direktion: Das sind alles nur kleine Erscheinungen. Auf diese kleinen Summen kommt es nicht an. So sagen wir allerdings: Wenn sich der Betrieb schon nicht rentiert, dann müssen auch die kleinsten Möglichkeiten ausgenommen werden, um alles Geld aufzugreifen. Und wenn uns nun der Herr Völkerverein jurist, wir schaden der Sozialisierung, so sagen wir: Nein, derjenige schadet derselben, der mit geschlossenen Augen an den tatsächlichen Verhältnissen vorübergeht.

Nun zu dem Stand der Bewegung. Dazu müssen wir erklären, daß wir alle Schritte unternommen haben, um den Streik zu Ende zu führen. Vor dem Schlichtungsausschuss ist entschieden, sofort mit der Direktion über die Vollbeschäftigung der Arbeiter zu verhandeln. In der abends 8 Uhr fortgesetzten Verhandlung wirkte nur das Verlangen nach Vollbeschäftigung so stark, daß die Herren die Verhandlung sofort verlassen wollten. Das Verhalten der Unternehmer führte dann gegen 11 Uhr nachts somit zu dem ergebnislosen Abbruch der Verhandlungen.

Auf alle Hinweise, wo die jetzt noch überzähligen Leute untergebracht werden können, erklärte die Direktion, daß es nicht darauf ankommt, die Leute nahrungsbereit zu beschäftigen, sondern darauf, von den Löhnen Gelder zu sparen, also selbst wenn der Verkehr nicht so geregelt wird, wie es dringend notwendig ist. Da müßten wir den Leipziger Neuesten Nachrichten und speziell dem Herrn Völkerverein zurufen: Nicht Streikfertigkeit und Buischabsichten führen die Straßenbahner in den Kampf, sondern die Erfüllung ihrer Existenzmöglichkeit und die Hochhaltung der allgemeinen Interessen.

Nicht freier Tarifbruch liegt vor, sondern ein aufzagezogener Abwehrstreik. Damit dürfte wohl der Leipziger Einwohner der Stand der Dinge etwas klarer erscheinen.

Die Abstimmung, die Sonntag, den 12. 9. 20 geheim und mit teils abgestempelter Stimmzettel vorgenommen wurde, hat ergeben: 2420 Stimmen für Fortsetzung des Streikes, 172 für Aufnahme der Arbeit und 21 Stimmen unglücklich. Damit dürften sich die Neuesten Nachrichten sowie die freie Presse den Gedanken aus dem Kopfe schlagen, daß nur unehrenhafte Elemente Terror ausüben.

Weitere Verhandlungen, die unsererseits mit dem Herrn Völkerverein verlangt wurden, sind mit dem Hinweis: „Erf. Aufnahme der Arbeit und dann weitere Verhandlungen!“ abgelehnt worden. Die Streikleitung.

Zu den Angaben über die Abführung der Bruttoeinnahme muß erläuternd bemerkt werden, daß diese Bruttoeinnahme der Stadtkasse zusteht. Solange die Straßenbahn Privatbetrieb war, mußte sie von ihrer Bruttoeinnahme 5 Prozent an die Stadtkasse abführen. Diese Einrichtung ist auch nach der Verstaatlichung beibehalten worden, daran kann auch niemand Anstoß nehmen. Die Straßenbahn ist ferner verpflichtet, 6 Prozent der Bruttoeinnahme an das Reich abzuführen, dagegen ist jetzt überhaupt nichts zu unternehmen. Die 4 1/2 Proz. Dividende sind die Verzinsung des Anlagekapitals, es muß dazu bemerkt werden, daß die Aktionäre vor der Verstaatlichung in der Regel höhere Dividende bezogen haben.

Die freie Presse beschäftigt sich am Sonnabend in einem Leitartikel mit dem „vom Jaune gebrochenen Streik der Straßenbahner“. Der Artikel soll eine Rechtfertigung der Rechtssozialisten im Stadtverordnetenkollegium sein. Die freie Presse tut so, als ob die Rechtssozialisten die Interessen der Allgemeinheit über die Interessen der Straßenbahner gestellt hätten. In Wirklichkeit haben die Rechtssozialisten mit ihrer Ablehnung des unabhängigen Antrages die Interessen der Straßenbahner und die Interessen der Allgemeinheit schwer geschädigt. Der unabhängige Antrag wollte erreichen, daß der Straßenbahnerverkehr sofort wieder aufgenommen werde. Das hätte gewiß im Interesse der Allgemeinheit gelegen. Um dies zu erreichen, sollten die Straßenbahner zunächst vollbeschäftigt werden. Es sollten weitere Verhandlungen stattfinden, die bis 30. September abgeschlossen sein sollten. Wäre nach dem unabhängigen Antrag verfahren worden dann wären durch die vorläufige Vollbeschäftigung der Straßenbahner bis zum 30. September etwa 300 000 M. nicht geopfert worden. Der Schaden, den die Stadt und die Einwohnerhaft durch die Fortführung des Streikes erleidet, muß aber weit höher als 300 000 M. errechnet werden. Es ist eine Unwahrheit der freien Presse, wenn sie behauptet die Unabhängigen wollten, daß auch die bedeutendsten Forderungen von Streikenden erfüllt werden. Die Redner der Partei, haben im Stadtverordnetenkollegium mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß sie die Interessen der Allgemeinheit und die Forderungen einer Arbeitergruppe sehr wohl abwogen. Das Geschrei der freien Presse hat nur den Zweck, die Schuld der Rechtssozialisten zu vertuschen. Hätte Völkerverein nicht den Antrag der Unabhängigen zu Fall gebracht dann wäre der Allgemeinheit gedient gewesen, und der Rat hätte sich gegenüber den Streikenden nicht den lächerlichsten Standpunkt des „Herrn im Hause“ erlauben können.

Das Rezept des Herrn Rühle.

Rühle von der KPD, gehört zu denen, die in Rußland geweiht sind. Er sprach am Sonntag im Zentraltheater vor zahlreichem Zuhörern über das Thema: „Moskau, die KPD, und wir“. Auf dem Platz hielt er, er wolle über die Verhandlungen mit der russischen Sowjetregierung berichten, im weitestlichen bestand aber sein Referat aus einer auf dem tiefsten Niveau stehenden Rede gegen die KPD. In Rußland, so führte er aus, bestehe noch kein Kommunismus. Rußland werde wohl der letzte Staat sein, der zum Kommunismus komme. Die KPD sei nicht revolutionär. Sie sei im Grunde nichts anderes als die alte Sozialdemokratie. Sie habe beim Kampfe verlagert. Auch die kommunistische Partei laugt nach der Meinung des Herrn Rühle nichts. Die Partei habe eben aufgehört, ein Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse zu sein. Sie sei ein Demagog geworden. Herr Rühle aber ist auch in einer Partei, nämlich in der kommunistischen Arbeiterpartei. Doch er sagt, daß diese Gruppe sich Partei nennt, sei nur ein Schicksalsfehler. Der deutsche Arbeiter sei eben an eine Partei gewöhnt. Herr Rühle, der „arrogante Revolutionär“, entwirft sich also als ein ganz gewöhnlicher Konzeptionskünstler, als ein Opportunist liberaler Sorte, denn wenn man einmal der Meinung ist, die Partei ist ein Übel, so darf man keiner Partei angehören. Herr Rühle beweist sich aber noch in weiteren Widersprüchen. Er will keinen Zentralismus, sondern eine „freie Organisationsform“, er will keine Gewerkschaftsbureaucratie, kein Parteibeamtentum, denn der Beamte sei sein Freund der Revolution. Herr Rühle, der „moderne Revolutionär“, arbeitet hier mit dem alten, längst abgetanen Programm der Vorklassen, jener Bewegung, die schon vor mehreren Jahrzehnten sich vergeblich bemühte, in Deutschland hochzukommen. Herr Rühle höhnt über die Leipziger Volkszeitung, die vor Vorklassen gewarnt hat. Es müsse eben etwas riskiert werden. Geld darauf legt er aber, es dürfen natürlich keine Unbelohnlichkeiten, keine Lorbeeren gemacht werden. Und dieser Mann will ernst genommen werden. Immer wieder zeterie er gegen das Bonzenium, das nur zitterte um seine Pflanz, das Angst hätte, um seine Weiber zu kommen, das die Arbeiter beherrschte. Dabei haben es die Arbeiter jeden Tag in der Hand, das „Bonzenium“ zum Teufel zu jagen.

Der Redner übte Kritik an der kommunistischen Partei in Rußland. Was Dittmann und Crispian über Rußland geschrieben hätten, sei zutreffend, gar nicht übertrieben. Moskau sei keine dritte Internationale. Es sei unmöglich, die russische Taktik auf die ganze Welt zu übertragen. Es gebe kein internationales Schema für die Weltrevolution. Sie verlaufe in jedem Lande anders. Daß die KPD, sich spalte, sei zu bezweifeln. Der KPD-Klub müsse zerlegt werden. Er besaße die Herrschaft

der Parteien. Selbstverständlich soll die kommunistische Arbeiterpartei von der Herrschaft verbannt werden. Herr Rühle ist wohl gegen den KPD-Klub, aber er wünscht, daß sich seine Partei an einem Klub entwickeln möchte. Rühlicheinlich will er sie dann, wenn sie groß geworden ist, in Romo auflösen, denn das Ideal des Herrn Rühle ist die Komintern und der Arbeiterbewegung. Das ist „revolutionär“, erst wenn die Arbeiter völlig zerstückelt sind, werden sie nach Herrn Rühle den Kapitalismus belegen. Herr Rühle ist gegen die „Bonzen“. Aber sie wollen, sie können etwas, und der Arbeiter kann sie nicht entbehren. Sie sollen dem Arbeiter als Berater zur Verfügung stehen. Bestimmte, bestimmen sollen die Arbeiter. Das heißt der Wissende, der Fähige, soll nichts zu tun haben. Das Entscheidungsrecht sollen die Unwissenden haben. Natürlich macht man sich damit bei Verleumdern, die das Ab der Arbeiterbewegung noch nicht begriffen haben, sehr populär. Die Vorklassensmethode des Herrn Rühle müßte nicht dem Proletariat, wohl aber hat das Unternehmertum helle Freude an ihr. Solche Methode kann nicht der Sozialismus, wohl aber der Kapitalismus brauchen, denn solange die Arbeiterbewegung aus Spitzbüchern besteht, wird sie den Kapitalismus nicht überwinden.

Genossen! Was geht vor?

Vom Bezirksbetriebsrat, Eisenbahn-Betriebsdirektion Leipzig, ist, wird uns geschrieben:

Vom Reichsversicherungsamt ist zum 21. September 1920 in Berlin eine Sitzung einberufen. Was will man dort? Einen Schlag führen vielleicht den wundtätigen und einschüchternen, den man je geliebt hat. Die Eisenbahnbetriebsräte von Sachsen will man abwürgen. Genossen! Lieber legt euch, um was es geht. Seid auf der Hut, es geht um Sein und Nichtsein!

Resolution:

Die am Sonnabend, dem 11. September 1920, in Leipzig versammelte Betriebsbetriebsräte erheben heftigen Protest gegen jede Beschränkung, Verringerung und Einschränkung der bestehenden Betriebsräte. Sie werden die stärksten Mittel in Anwendung bringen, um die bestehende Gefahr abzumenden. Mitteil weiterer Rechte will uns eine rücksichtslose Regierung, unter den Vorwänden, die Betriebsräte in ihrer jetzigen Form seien unwirksam, eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution, des Reichsbetriebsrat, unwirksam machen oder rauben. Die Verlesungen verstoßen sich nicht der Gerechtigkeit, daß in den Betrieben der Reichseisenbahn sehr gepart werden kann und muß. Sehen aber die Objekte der Sparmaßnahme nicht in den Betriebsräten, sondern einzig und allein in den höheren Verwaltungsorganen. Die Betriebsräte und die Arbeiterseite weiß, daß die Betriebsräte nicht aus Sparmaßnahme abgemindert werden sollen, sondern lediglich nur deshalb, weil sie als Einbringliche betrachtet werden und den Grenzstandpunkt verletzen.

Ratsbeschlüsse.

Zur Vornahme von Wahlen beschloß man am 22. September 1920 eine gemeinschaftliche Sitzung der beiden städtischen Kollegien abzuhalten.

Der Vorlage über die Herstellung einer Anlage im Gaswerk 11, wodurch der in der Schlacke noch befindliche Koks ausgeschleudert und nutzbar gemacht werden soll, wurde grundsätzlich zugestimmt. Die Höhe des Kostenvertrages wurden nach dem Vorschlage des Verfassungsamtes erhöht.

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 15. September, abends 8 Uhr, statt. Das Kollegium wird u. a. beraten über die Weitergewährung künftiger Hilfe und Arznei auf städtische Kosten an Angehörige von Kriegsteilnehmern. Das Kollegium wird Beschluß fassen über das Schreiben des Stadtverordneten Schöning über Niederlegung seines Amtes. Das Kollegium wird beraten über Bewilligung eines laufenden Beitrages für die Volkshochschule an der Universität. Ueber die Gewährung einer außerordentlichen Beihilfe an die Hochschule für Frauen. Ueber die Frage der weiteren Ausführung der Obstanlage auf den Wäldchen in Witzsch. Ueber die Verpachtung von Land zur Errichtung eines Zirkusgebäudes.

Proletarische Freidenker. Alle Genossinnen und Genossen, die an dem Rufus Herre teilgenommen haben, werden daran erinnert, daß der anschließende Rebellungssturm noch immer stattfindet. Nächster Übungsabend am Mittwoch, dem 15. September, abends 7 Uhr, im Volkshaus. Alle Genossen, die den Wunsch haben, sich rednerisch auszubilden, finden dazu Gelegenheit in unserem Übungsabend.

Deutsche Kinder in Schweden. Die Rückkehr der durch den Verein für Innere Mission nach Schweden vermittelten Kinder findet am Donnerstag, den 16. d. M., nachmittags 6,22 Uhr, statt.

Eperando, die Fremdsprache des Proletariats, ist das Thema einer für nächsten Dienstag nach dem Volkshaus einberufenen Versammlung der Ortsgruppe Leipzig des Deutschen Arbeiter-Eperantistenbundes. Anschließend daran eröffnet die Ortsgruppe diese und nächste Woche zehn Eperandokurse in Leipzig und Markranstädt. Eperandobesprechungsabende finden von jetzt ab jeden Donnerstag im Volkshaus statt. Näheres ist aus den Inseraten von heute und nächsten Sonnabend zu erfahren.

Abortgrubenreinigung. Wie uns das Gesundheitsamt mitteilt, beantragen infolge der Erhöhung der Gebühren für die Räumung der Abortgruben eine große Anzahl Grundstücksbesitzer die Grundräumung selbst vorzunehmen oder durch einen Landwirt ausführen lassen zu dürfen. Wegen vertraglicher Verpflichtung des Rates gegenüber der Leipziger Dünge-Export-Aktien-Gesellschaft und aus gesundheitspolizeilichen Gründen können Genehmigungen jedoch grundsätzlich nicht erteilt werden.

Sarrasani's Schlussschau bringt außer der prachtvollen Zirkuspantomime Nezeppa ein Kollisionsprogramm. Deshalb wird der Vorstellungsbeginn von nun an auf 7 Uhr abends festgesetzt. Das ermöglicht auch den Zirkusbesuchern eine günstige Heimkehrmöglichkeit und wird viele Eltern veranlassen, auch die Kinder in die Abendvorstellungen mitzuführen. Schluß der diesjährigen Sarrasani-Saison ist der 19. September.

Vermieth wird seit dem 1. d. M. der Uhrmacher Alfred Schwarz, 43 Jahre alt, Südstraße 04 wohnhaft. Er ist etwa 1,65 bis 1,68 Meter groß, unterseht, dunkelblond und trägt kurzgeschneittenen Schnurrbart. Bekleidet war er am Tage des Verschwindens mit schwarzem, einreihigem Jackettanzug und braunem, weichem Hut. Der Vermißte ist unverheiratet und irrt vermutlich planlos in der Stadt umher. Bei seinem Betreffen mache man einen Aufsichtsbeamten auf ihn aufmerksam.

Lebensmittelliste für Dienstag, den 14. September.

Für Haushaltungen.

Anmeldung, Hafennährmittel: Vechter Tag - abzugeben 8 E und K der Lebensmittelkarte Reihe Q und Karte 1 für Kriegsgefangene (je 250 Gramm).

Ausgabe, Hafennährmittel: Vechter Tag - bestellt mit 2 E und K der Lebensmittelkarte Reihe Q (250 Gramm).

Erfüllen: Vechter Tag - bestellt mit 3 E und K der Lebensmittelkarte Reihe Q (100 Gramm), Kriegsgefangenenkarte 13 (250 Gramm).

Kofos- und Kunstspeisezeit für Erwerbslose: Ausgabe im Schauamt, Nr. 3001-3000, vormittags 9-1 Uhr.

Für Händler.

Butter: Bezugskartenablieferung.

Landesversammlung der U. S. P. Sachsens.

Die Landesversammlung der U.S.P. Sachsens faßte gestern nach Referat von Hilferding, Däumig und Dittmann und nach längerer Aussprache über

Die politische Situation im Reiche und die Stellung der U. S. P. zur 3. Internationale in namentlicher Abstimmung mit 44 gegen 28 Stimmen folgende Entschliebung:

Die Befreiung aus kapitalistischer Ausbeutung und Knechtschaft kann nur durch die Vergeßenschaft der Produktionsmittel erfolgen. Diesen Kampf für die Vergeßenschaft der Produktionsmittel kann nur die Arbeiterklasse bewußt und einheitlich führen. Er bedingt die Geschlossenheit des bewußt sozialistischen revolutionären Proletariats in Deutschland und in den kapitalistischen Ländern.

Deshalb erklärt die Versammlung, nachdrücklich für einen Zusammenbruch des internationalen revolutionären Proletariats aller Länder, einschließlich Rußlands, zu wirken.

Bei voller Würdigung der schwierigen Lage Sowjetrußlands ist die Arbeiterklasse bereit, Sowjetrußland tatkräftig zu unterstützen, die Landesversammlung vermag aber in den Aufnahmebedingungen nicht den Weg zu sehen, auf dem eine autonome sozialistische revolutionäre Internationale geschaffen werden kann, und empfiehlt dem Parteitag, die Aufnahmebedingungen abzulehnen.

Ein Teil der Delegierten haben nach ihrer Erklärung nur gegen die Entschliebung gestimmt, weil sie den Bezirk nicht vorzuziehen, wollten, die sich dadurch vergewaltigt sehen könnten.

Verhandlungsbericht.

Im Volkshaufe in Leipzig wurde gestern die diesjährige Landesversammlung der U.S.P. Sachsens eröffnet.

Pipinoff würdigte in seiner Begrüßungsrede die schwierigen Verhältnisse, unter denen die Tagung stattfindet und drückte die Hoffnung aus, daß die Landesversammlung ein gut Stück zur Stärkung innerhalb der Partei beitragen und zur Stärkung der Partei für den Kampfsitz führen möge.

Zu Vorsitzenden wurden Pipinoff, Leipzig und Feißner, Dresden, zu Schriftführern Ritter, Dresden, Krüger, Leipzig, Blunz, Wauen, Meyersbach und Deutscher gewählt.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind anwesend 73 Delegierte, 14 Mitglieder der Bezirksorganisationen und des Landesvorstandes, 7 Mitglieder der Volksemanzipation, von denen einige delegiert sind, 4 Reichstagsabgeordnete und von der Zentralkommission in Berlin die Genossen Däumig und Dittmann.

Auf Vorschlag des Landesvorstandes wird beschlossen, den in der Tagesordnung vorgesehenen Punkt 4: Die politische Situation im Reiche und die Stellung der U.S.P. zur 3. Internationale als ersten Punkt zu behandeln. Damit ist ein diesbezüglicher Antrag aus dem 23. Kreis erledigt.

Zwei Anträge vom Bezirk Groß-Leipzig, die Frage der indirekten Steuern und Richtlinien über Kommunalpolitik bez. die indirekten Steuern auf der Landesversammlung besonders zu behandeln, wurden für erledigt betrachtet, da diese Fragen voraussichtlich auf dem deutschen Parteitag erörtert werden.

Hierauf beginnen die Verhandlungen über: Die politische Situation im Reiche und die Stellung der U.S.P. zur 3. Internationale.

Das Referat Hilferdings.

Parteilosigkeiten und Genossen! Die Bilanz der deutschen Revolution steht nicht gerade sehr günstig. Nach dem Zusammenbruch am 9. November hatte das deutsche Proletariat alle Machtpositionen inne. Heute ist das Proletariat aus einer ganzen Reihe Machtpositionen verdrängt. Heute steht uns eine rein bürgerliche Regierung gegenüber. Heute hat sich die kapitalistische Klasse, die nach dem 9. November niedergedrückt und verzwiebelt war, wieder gesammelt und sucht die gegenwärtige Krise auszunutzen, um auf neue der Arbeiterklasse ihr Joch aufzubringen. Wenn wir diese Entwicklung uns erklären wollen, so müssen wir auf eine Reihe politischer und vor allem ökonomischer Erscheinungen eingehen. Es ist eine alte politische Lehre, daß es darauf ankommt, alle Kräfte des Proletariats zu sammeln und ganz bestimmten konkreten Zielen dienstbar zu machen. Weiter kommt es darauf an, die Masse für konkrete politische Probleme zu interessieren, sie dazu zu bringen, daß sie eine Machtposition nach der andern erobert und alsdann alle Kräfte ansetzt, diese Machtposition zu behaupten. Dagegen ist meines Erachtens seit Beginn der Revolution von der deutschen Arbeiterklasse geseht worden. Ich spreche hier von der Arbeiterklasse insgesamt, weil ja die begangenen Fehler nicht Fehler einer einzigen Partei sind, sondern weil gerade die Spaltung in verschiedene Parteien diese Fehler gesteigert und kompliziert hat. Die deutsche Arbeiterklasse hat ihre Kraft nicht benutzt nach dem Zusammenbruch, der die Arbeiterklasse überzählte, als ihr revolutionäres Bewußtsein auf ein Minimum gesunken war. Sie hat es nicht verstanden, die Machtposition zu behaupten, die ihr zugesallen war. Wir hatten damals eine Reihe von Parteigenossen in die Regierung entsandt. Es war ein schwerer Entschluß. Er mußte aber unter dem Druck der Massen doch gefaßt werden. Was geschah nun? Statt die Aktionen unserer Genossen in der Regierung zu stützen, statt die Rechtssozialisten voranzutreiben, wurde sofort der Kampf gegen diese Beteiligung an der Regierung eröffnet und mit den schärfsten Mitteln geführt, um die Genossen aus der Regierung herauszubringen. Ich gebe zu, daß dieser Kampf im guten Glauben geführt wurde. In Wirklichkeit hat dieser Kampf die Position der Arbeiterklasse außerordentlich geschwächt und dazu geführt, daß eine wichtige Machtposition verloren gegangen ist. Es war genau das Gegenteil einer wirklich radikalen Taktik. Dafür müßte ich einen Zeugen anführen, Lenin, und seine Broschüre über die Kinderkrankheiten des Radikalismus. Da heißt es: „Die Bolschewiki haben ihren Kampf gegen die Menschewiki sehr vorzüglich begonnen. Sie haben zu Beginn der Regierungsperiode des Kerenski nicht sofort zum Sturz der Kerenski-Regierung aufgerufen, sondern die Unmöglichkeit ihrer Dauer ohne vorherige Veränderung im Bestand der Sowjets erklärt. Sie haben nicht den Vorschlag der Konstituante proklamiert, sondern gesagt, daß eine solche Republik besser sei als eine Republik ohne Konstituante. Ohne eine solche vorsichtige, ausführliche, umsichtige und langwierige Vorbereitung hätten sie im Oktober 1917 weder den Sieg erringen, noch ihn behaupten können.“ Das muß konstatiert werden, weil immer wieder Angriffe erfolgen wegen genau derselben Politik, die damals von Genossen eingeschlagen wurde, die heute in Massen als konterrevolutionär denunziert werden. Und diese Fehler, die errungenen Machtpositionen nicht gefaßt wurden, sind immer wieder erneuert worden.

Eine solche Politik führt uns nicht weiter. Wir müssen sehen, wie Massen für die Tagesprobleme zu interessieren, wir sollen sie immer wieder treiben und ihnen zeigen, daß jede augenblickliche Lösung ungenügend ist und daß es sich schließlich handelt um die große Frage: Kapitalismus oder Sozialismus. Ein Streit um Formeln, der in Wirklichkeit eine Theorie ist! Das war der Zustand der Partei bis zu den Reichstagswahlen. Von den Reichstagswahlen konnte man erwarten, daß der Zustand sich ändern würde, weil sich dann zeigen müßte, daß hinter der U.S.P. immer stärkere Massen stehen, daß namentlich das entscheidende

großindustrielle Proletariat der Industrie-Zentren sich unserer Partei anschließt. Und da zeigte sich die Auffassung der R.P.D. Seitdem die Partei besteht, ist uns immer gesagt worden: Wir müßten radikaler sein, sonst strömten die Massen zu den Kommunisten. Hier ist der Beweis geliefert worden, daß die Verdrängung der Kommunistischen Partei in Deutschland nicht groß ist.

Gegenwärtig steht die Unabhängige Sozialdemokratie vor ihrer Lebensfrage: Ob sie weiter existieren darf oder nicht, und aus ihren eigenen Reihen wird ihr zugerufen: Ihr müßt zu sterben wissen! Wie ist es zu dieser Krise gekommen? Es ist das Verhängnis der deutschen Revolution, daß sie von Anfang an nicht nach ihren eigenen Gesetzen geführt worden ist, sondern daß immer wieder der Versuch gemacht worden ist, Gesetze aus Rußland, die ihre Bedingungen und Begründung in der russischen Revolution gefunden haben, schematisch auf die deutsche Revolution zu übertragen. Die Gesetze der russischen Revolution wurden als die einzigen revolutionären Gesetze ausgegeben, obwohl die Verschiedenheit zwischen der russischen Revolution und der deutschen augenfällig ist, und obwohl gerade Lenin diese Verschiedenheit sehr gut zusammengefaßt hat. Die russische Revolution unterschied sich von der westeuropäischen Bewegung, indem in Rußland etwas vorhanden war, was in den westeuropäischen Ländern fehlt, nämlich eine Bauernmasse, die revolutionär gestimmt war, die im Gegensatz stand zu den herrschenden Gewalten, und die in dem Augenblick, wo die herrschende Gewalt auf den Schlachtfeldern erschüttert war, aufgetreten ist, um eine bäuerliche Revolution durchzuführen. Wir haben in ganz Westeuropa, vielleicht mit Ausnahme einiger Teile von Italien, nirgends ähnliche Verhältnisse. In ganz Westeuropa ist die Bauernmasse fast ausnahmslos gerade der Teil der Bevölkerung, der gegen die Revolution von vornherein ist. Ganz anders ist es in Rußland. Da hat das Heer der Bauern die Arme verloren, ist in die Helmat zurückgekehrt und hat sich dort das Land angeeignet. Dort hat nun die Bauernmasse das Interesse, das gewonnene Land zu behaupten, und infolgedessen stützt sie jede Regierung, die ihr die Behauptung des Landes gewährleistet. Und jede Regierung ist ihnen konterrevolutionär, die ihren Besitz bedrohen würde. Diese eigenartigen Verhältnisse in Rußland sind unübertragbar auf Westeuropa, und deshalb sind die Gesetze der russischen Revolution keine allgemein gültigen Gesetze für eine westeuropäische Revolution. Gerade das aber wird jetzt der Partei zugemutet: Unsere Partei soll sich umstellen und soll die Weiterführung der deutschen Revolution im wesentlichen der R.P.D. überlassen, die eigentlich auch zugleich die Führerin der russischen Revolution ist, dem Exekutiv-Komitee der 3. Internationale. Das ist der Sinn der Bedingungen, und darüber muß gesprochen werden.

Von dieser Frage hängt nicht nur das Schicksal der U. S. P. ab, sondern das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung und das Schicksal des Sozialismus der Welt überhaupt. Es wird immer wieder gesagt: Es handle sich um die Frage für oder gegen den Anschluß an die 3. Internationale. Diese Fragestellung ist falsch. In der Sitzung der Parteileitung mit der Zentralkommission und dem Beirat ist erklärt worden: Unsere Delegation soll nach Moskau abreisen, um die Verhandlungen zum Anschluß an die 3. Internationale wenn irgend möglich zum Abschluß zu bringen unter einer einzigen Bedingung: Unter Wahrung der Autonomie der Partei! Und es ist damals gesagt worden, daß diese Bedingung der Autonomie der Partei eine Selbstverständlichkeit ist, die von allen vertreten werden soll. Ich habe bereits auf dem Leipziger Parteitag, als ich über die Frage der Internationale referierte, an zwei Stellen sehr deutlich gesagt, daß ich nicht etwa ein Anhänger der 2. Internationale bin, womit ich immer in den verschiedenen Parteiverfassungen getrost wird.

Als wir in der Parteileitung über diese Sachen sprachen, hatte die revolutionäre Entwicklung in Westeuropa Fortschritte gemacht, die Schweizerische Partei, die deutsch-österreichische Partei, die französische Partei, die englische unabhängige Sozialdemokratie, die amerikanische sozialistische Partei hatte den Schritt getan, sie war aus der 2. Internationale ausgetreten. Nun konnte man hoffen, daß wir mit ihnen ruhig der 3. Internationale beitreten und mit ihnen zusammen die notwendige Berücksichtigung westeuropäischer Verhältnisse in Taktik und Politik durchsetzen könnten, die unbedingt notwendig ist. Aber dazu mußte die Bedingung erfüllt werden: Autonomie der einzelnen Parteien in ihren nationalen Angelegenheiten. Es wäre für die ganze Arbeiterbewegung der Welt von ungeheurem Vorteil, wenn es gelang, daß die westeuropäischen sozial-revolutionären Parteien sich zusammenschließen könnten mit der russischen Partei. Wir wollen diesen Anschluß, aber unter Bedingungen, die eine wirklich sozialistische und revolutionäre Politik in Westeuropa möglich machen. Und die Voraussetzung ist eben, daß das Selbstbestimmungsrecht der Parteien gewahrt bleibt, und deshalb muß die Frage nicht lauten: Für oder gegen Anschluß?, sondern: Für oder gegen diese Bedingungen, Erhaltung oder Beseitigung des Selbstbestimmungsrechtes der Massen der Parteigenossen?

Wenn wir uns gegen diese Bedingungen zur Wehr setzen, um wir es in der Erkenntnis, daß ein Anschluß unter den Bedingungen, wie sie von Moskau aus vorgeschrieben sind, in Westeuropa für unsere Bewegungen unmöglich ist. Wir tun es in der Erkenntnis, daß diese Bedingungen bedeuten würden, daß die Kommunistische Partei, die auf Grund dieser Bedingungen ins Leben gerufen wird, ein Selbstbestimmungsrecht führen und nie zu einer wirklichen proletarischen Klassenbewegung werden würde. Es war kein anderer als Karl Marx, der sich gegen jene diktatorischen Bestimmungen wandte, die seinerzeit Lassalle bei Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins einführen wollte. Auch Lassalle glaubte, es sei möglich, daß ein Führer von der Bedeutung und der Persönlichkeit wie er selber diktatorisch über die Massen verfügen könnte, und daß dies eine Vermehrung der revolutionären Stosskraft bedeuten würde. Karl Marx eroberte sich dagegen. Er wies darauf hin: Das Wesentliche sei nicht, daß ein Verein gegründet wird, sondern daß die Arbeitermassen selber zur politischen Partei werden, und das können sie nur, wenn alle Mitglieder als gleichberechtigt mit bestimmen können, wenn alle Aktionen aus dem Willen, aus dem freien Ermessen, aus dem Selbstbestimmungsrecht der Masse erfolgen. Und ebenso wie Marx kämpfte Bedel gegen Schwelger.

Es wird gesagt: Ja das gilt für normale Zeiten, aber nicht für revolutionäre Zeiten! Aber die Erfahrungen des Sozialistengesetzes zeigen, wie ungeheuer wichtig es ist, daß das Selbstbestimmungsrecht gerade in der Zeit der Revolution, in der Zeit der Verfassung, wo wir eine illegale Organisation hatten, das Selbstbestimmungsrecht der Massen in großem Umfang gewahrt bleibt. Was während des Sozialistengesetzes geleistet worden ist, nämlich die Überwindung des Gesetzes, das hätte jedenfalls nicht geleistet werden können von einer Diktatur der Führer und von der Parteileitung. Jeder einzelne Parteigenosse wurde ein Kämpfer und nahm den Kampf auf mit der Polizei für die Verbreitung der illegalen Presse, und alle Beschlüsse wurden besprochen nicht in einem engen Kreise der Führer, sondern in dem großen Kreis der Vertrauensmänner, die wiederum Zusammenhang hatten mit den Massen und als ihre Organe funktionierten.

Marx und Engels waren der Auffassung, daß es in revolutionärer Zeit darauf ankomme, daß nicht eine Diktatur existiere, sondern daß das Selbstbestimmungsrecht der Massen in Geltung selbst. Und wenn wir uns überlegen, was es dann heißt, in revolutionären Zeiten zu leben, so werden wir sehen, daß das unbedingt richtig ist. Was sind denn revolutionäre Zeiten? Solche, in denen die Massen selbst aktiv werden, in denen sie die Führer vorantreiben, in denen ihre Aktion rascher geht, hinaus über das, was die Führer als Ziele haben. Und wenn es dafür einen Beweis gibt, ist es gerade der Verlauf der russischen Revolution. Wie unmarginal utopisch ist es doch, zu meinen, daß die De-

ganisation der Bolschewiki die entscheidende Rolle habe im Verlauf der russischen Revolution. Das ist ein Rückschlag in Anschauungen von Babeuf und Bakunin, und es steht im schärfsten Widerspruch zu Marx. Was war es denn, was den Sieg der Bolschewiki bewirkt hat?

Sie konnten zur Macht kommen, indem sie die Stimmung der Bauern und Soldaten ausnutzten. Nicht infolge ihrer Organisation, sondern infolge des elementaren Dranges der Massen selbst, die die Revolution weiter getrieben haben. Als die Bolschewiki 2 oder 3 Monate vorher versuchten, die Kerenski-Regierung zu stürzen; als sie, gestützt auf die Diktatur der Führer in Petersburg und Moskau einen Aufstandsversuch machten, wurden sie blutig zurückgeschlagen. Es waren eben die Massen nicht zu haben. Gerade die Bolschewiki blieben eine Seite, bis Oktober 1917, bis die militärische Macht zusammenbrach und die Bauern revoltierten. Bis dahin waren die Bolschewiki einflusslos auf die wirkliche Massenbewegung. Nun mutet man uns an, daß wir mit einem ganz anders entwickelten Proletariat unter ganz anderen sozialen Verhältnissen uns eine Organisation geben, die nicht anderes ist als die Übertragung der Bolschewiki-Organisation auf unsere Partei.

Sehen wir uns doch die Bedingungen etwas näher an. Freilich, ich weiß, das ist gegenwärtig nicht radikal! Wir wollen von den Bedingungen nicht sprechen. Wenn wir davon zu reden anfangen, sagt man uns: Reden wir lieber von der Weltrevolution! Und wenn wir davon reden, daß uns diese Bestimmungen vollständig lahmlegen würden in unserer revolutionären Aktion, sagt man uns, wir sollten doch Sowjetrußland unterstützen. Auch gegen diese Verdrängung muß man sich mit aller Schärfe wehren. Es gibt keinen Sozialisten, der diesen Namen irgendwie verdient, der nicht von der Anschauung ausgeht, daß die Solidarität mit dem russischen Proletariat nicht nur ein Gebot der internationalen Solidarität überhaupt ist, sondern daß es das vornehmste revolutionäre Interesse ist, daß man sich gegen jeden Interventionsversuch zur Wehr setzt. Wir wissen, daß jeder Schlag, der gegen Sowjetrußland geführt wird, ein Schlag gegen uns ist. Also es handelt sich nur darum, ob die deutsche Arbeiterbewegung fortschreiten kann, wenn ihr diese Bedingungen auferlegt werden. Nach den Bedingungen verliert die Organisation jedes entscheidende Mitbestimmungsrecht. Vor allem die Beteiligung über die Presse, sowohl die periodisch erscheinende, als auch die nicht periodische. Alle Flugblätter, alle Verlagsanstalten müssen unbedingt unterstellt werden dem Parteivorstand. Es ist unzulässig, daß ein Verlag eine Politik führt, die der Politik nicht ganz entspricht, die von der Zentralkommission gesteuert wird. Das heißt: Die Parteileitung soll jederzeit eine Diskussion über eine Parteifrage zu unterbinden imstande sein. Das ganze geistige Leben der Partei kann stillgelegt werden auf Geheiß der Parteileitung. Und es gibt davon keine Ausnahme. Damit nicht genug: Die Parteileitung verliert praktisch auch über die Parlamentsfrage. Keine Organisation kann mehr einen Abgeordneten ins Parlament senden, ohne die Zustimmung und Genehmigung der Parteileitung. Die parlamentarische Fraktion selbst verliert jede Selbstständigkeit. Jede Rede, die gehalten wird zu einer wichtigen Frage, muß der Parteileitung vorgelegt werden. Die Parteileitung kann den Redner im Parlament bestimmen und ihn den Inhalt der Rede vorschreiben. Es wird auch von vornherein vorgeschrieben, wer die Presse leiten soll. Das müssen zuverlässige Kommunisten sein, und wer das ist, das entscheidet die Parteileitung selbst. Die Parteileitung selbst wird nicht etwa von dem Parteitag in freier Wahl gewählt. Es ist vorgeschrieben, daß zwei Drittel der Parteileitung aus zuverlässigen Kommunisten bestehen müssen, und das wird darin gesehen, daß es Leute sein müssen, die bereits auf dem letzten Parteitag für den unbedingten Anschluß an Moskau gewesen sind. Eine ganze Anzahl, fast die Hälfte des letzten Parteitages, ist damit von vornherein geächtet. Der Parteitag wird von vornherein unter einen ganz außerordentlichen Druck gesetzt. Es wird bestimmt, daß alle diejenigen, welche gegen diese Bedingungen stimmen, ausgeschlossen werden, und es ist gar kein Zweifel mehr möglich, daß auch diejenigen Mitglieder, die sich mit diesen Delegierten und ihrer Haltung einverstanden erklärt haben, zeitlich für den Ausschluß. Die legale Parteileitung, die der Parteitag wählt, ist gar nicht in letzter Instanz das Entscheidende. Das Entscheidende ist eine übergeordnete illegale Parteileitung, und es liegt in der Natur der Sache, daß diese illegale Parteileitung als solute ist, sie kann nicht kontrolliert, nicht öffentlich kritisiert werden. Es ergänzt sich durch Zuzahl, indem sie bestimmt, welche Verantwortlichkeiten aufs neue hinzukommen sollen. Dies bedeutet ein Ausschließen jeder Selbstständigkeit und jedes geistigen Lebens innerhalb der Partei. Die Mitglieder sind nunmehr ausführende Organe einer Leitung, die von oben her bestimmt. Ist das schon in normalen Zeiten unerträglich, so wird es zu einer ungeheuren Gefahr in revolutionären Zeiten; denn in solchen Zeiten kommt es darauf an, daß die Massen selbst zeigen, daß sie von jener Spannung und von jener Energie erfüllt sind, die zur Durchführung der revolutionären Aktion notwendig sind; daß die Presse ein Spiegelbild der Masse bildet, daß die Presse nicht auf eine Order von oben her, sondern nach der eigenen Überzeugung der Redakteure die Massenstimmung widerspiegelt und selbst vorantreibt, wenn der Zeitpunkt einer revolutionären Aktion gekommen ist. Wenn es anders ist, dann möge die Leitung aus den genialsten Leuten zusammengesetzt sein: Sie unterliegen der Gefahr, daß sie sich über die Massenstimmung täuschen, und daß bloß eine Avantgarde folgt. Das bedeutet aber, daß der Angriff niedergedrückt wird, statt zu einem Siege.

Wie sieht es aber nun international? Für die nationalen Parteien gilt die Unterordnung unter die illegale Parteileitung, aber diese selbst untersteht dem Exekutivkomitee der 3. Internationale. Was ist denn das in Wirklichkeit? Es besteht zunächst aus fünf russischen Kommunisten. Sodann sitzen im Exekutivkomitee 10 Vertreter der größten revolutionären Parteien. Ich bin sehr begierig zu wissen, wer diese Vertreter sind. Für Deutschland ist es Ernst Meyer, glaube ich, für Österreich ein Kommunist Rosmann, von dem ich zum erstenmal bei dieser Gelegenheit etwas gehört habe. Für England existiert eine Kommunistengruppe, von der Lenin selbst sagt, sie sei außerordentlich schwach. Ich weiß nicht, ob hinter dieser Gruppe auch nur 500 Arbeiter stehen. In Frankreich wird es sich sehr bald herausstellen, was hinter den französischen Kommunisten steht. Ich habe die Überzeugung, daß das ein ganz kleiner Teil der französischen Arbeiterkraft ist. Es kommen die Italiener dazu, die einzige bisher geschlossene westeuropäische Partei. Wie diese Bestimmungen auf sie wirken werden, werden wir ja bald erfahren. Wer die Verhältnisse und die Personen kennt, für den ist es klar, daß Moskau und das Exekutiv-Komitee ein Neudonnau ist für die Führer der russischen Kommunistenpartei. Es ist ganz lächerlich zu meinen, daß ein angeblicher Vertreter von 10 großen Ländern, die gegenwärtig an Moskau angegeschlossen sind, gegenüber diesen 5 russischen Kommunistenführern eine Selbstständigkeit haben wird. In Wirklichkeit bedeutet es nur, daß die Leitung der deutschen Partei vollständig untergeordnet ist der Leitung der russischen Kommunistenpartei. Es bedeutet, daß das russische Exekutiv-Komitee mit diktatorischer Vollmacht bestimmen kann: über alle anderen Parteien. Nun wird auf S. 16 hingewiesen, nach dem alle diese Bestimmungen mit aller Schärfe formuliert sind. Es wird allerdings gesagt, daß das nun sagen die Kommunisten: Wenn wir uns da anschließen, bringen wir Vermirrung in unsere Anhänger. Das Exekutivkomitee beschließt diktatorisch: Ihr müßt euch der Labour Party anschließen! Das alles zeigt uns, daß die Bedingungen einen ganz bestimmten Sinn haben. Er besteht darin, daß es den Russen in Wirklichkeit ankommt nicht auf die einzelnen Bedingungen, sondern darauf, die westeuropäischen Parteien in Werkzeuge ihrer Politik zu verwandeln.

Ich muß gestehen, als ich die Thesen gelesen hatte, war ich überaus über die ganz falsche Beurteilung der Agrarverhältnisse... Ich muß gestehen, als ich die Thesen gelesen hatte, war ich überaus über die ganz falsche Beurteilung der Agrarverhältnisse... Ich muß gestehen, als ich die Thesen gelesen hatte, war ich überaus über die ganz falsche Beurteilung der Agrarverhältnisse...

Ich muß gestehen, als ich die Thesen gelesen hatte, war ich überaus über die ganz falsche Beurteilung der Agrarverhältnisse... Ich muß gestehen, als ich die Thesen gelesen hatte, war ich überaus über die ganz falsche Beurteilung der Agrarverhältnisse...

Ich muß gestehen, als ich die Thesen gelesen hatte, war ich überaus über die ganz falsche Beurteilung der Agrarverhältnisse... Ich muß gestehen, als ich die Thesen gelesen hatte, war ich überaus über die ganz falsche Beurteilung der Agrarverhältnisse...

Ich muß gestehen, als ich die Thesen gelesen hatte, war ich überaus über die ganz falsche Beurteilung der Agrarverhältnisse... Ich muß gestehen, als ich die Thesen gelesen hatte, war ich überaus über die ganz falsche Beurteilung der Agrarverhältnisse...

Ich muß gestehen, als ich die Thesen gelesen hatte, war ich überaus über die ganz falsche Beurteilung der Agrarverhältnisse... Ich muß gestehen, als ich die Thesen gelesen hatte, war ich überaus über die ganz falsche Beurteilung der Agrarverhältnisse...

Machen wir uns klar, was das bedeuten würde. Ich las bereits im Temps einen Artikel, in dem darauf aufmerksam gemacht wird: Frankreich braucht nichts weiter zu tun, als mit seinen Truppen wieder an den Rhein zu gehen, uns von unserem Industriegebiet abzuschneiden, die Mainlinie zu besetzen... Machen wir uns klar, was das bedeuten würde. Ich las bereits im Temps einen Artikel, in dem darauf aufmerksam gemacht wird: Frankreich braucht nichts weiter zu tun, als mit seinen Truppen wieder an den Rhein zu gehen, uns von unserem Industriegebiet abzuschneiden, die Mainlinie zu besetzen...

Machen wir uns klar, was das bedeuten würde. Ich las bereits im Temps einen Artikel, in dem darauf aufmerksam gemacht wird: Frankreich braucht nichts weiter zu tun, als mit seinen Truppen wieder an den Rhein zu gehen, uns von unserem Industriegebiet abzuschneiden, die Mainlinie zu besetzen... Machen wir uns klar, was das bedeuten würde. Ich las bereits im Temps einen Artikel, in dem darauf aufmerksam gemacht wird: Frankreich braucht nichts weiter zu tun, als mit seinen Truppen wieder an den Rhein zu gehen, uns von unserem Industriegebiet abzuschneiden, die Mainlinie zu besetzen...

Machen wir uns klar, was das bedeuten würde. Ich las bereits im Temps einen Artikel, in dem darauf aufmerksam gemacht wird: Frankreich braucht nichts weiter zu tun, als mit seinen Truppen wieder an den Rhein zu gehen, uns von unserem Industriegebiet abzuschneiden, die Mainlinie zu besetzen... Machen wir uns klar, was das bedeuten würde. Ich las bereits im Temps einen Artikel, in dem darauf aufmerksam gemacht wird: Frankreich braucht nichts weiter zu tun, als mit seinen Truppen wieder an den Rhein zu gehen, uns von unserem Industriegebiet abzuschneiden, die Mainlinie zu besetzen...

Machen wir uns klar, was das bedeuten würde. Ich las bereits im Temps einen Artikel, in dem darauf aufmerksam gemacht wird: Frankreich braucht nichts weiter zu tun, als mit seinen Truppen wieder an den Rhein zu gehen, uns von unserem Industriegebiet abzuschneiden, die Mainlinie zu besetzen... Machen wir uns klar, was das bedeuten würde. Ich las bereits im Temps einen Artikel, in dem darauf aufmerksam gemacht wird: Frankreich braucht nichts weiter zu tun, als mit seinen Truppen wieder an den Rhein zu gehen, uns von unserem Industriegebiet abzuschneiden, die Mainlinie zu besetzen...

Machen wir uns klar, was das bedeuten würde. Ich las bereits im Temps einen Artikel, in dem darauf aufmerksam gemacht wird: Frankreich braucht nichts weiter zu tun, als mit seinen Truppen wieder an den Rhein zu gehen, uns von unserem Industriegebiet abzuschneiden, die Mainlinie zu besetzen... Machen wir uns klar, was das bedeuten würde. Ich las bereits im Temps einen Artikel, in dem darauf aufmerksam gemacht wird: Frankreich braucht nichts weiter zu tun, als mit seinen Truppen wieder an den Rhein zu gehen, uns von unserem Industriegebiet abzuschneiden, die Mainlinie zu besetzen...

diesem Zweipart in der Partei (Große Bewegung), durch die Illusion, daß wir unmittelbar in zwei Monaten oder in sechs Wochen vor der Eroberung der Gewalt stehen, und die durch die noch viel einfältigere Illusion, daß man die Macht erobert, nicht indem man den Kampf entzweien läßt für konkrete Ziele, sondern durch Spaltung und Dellektion.

Wir kommen zu einem letzten Entscheid nicht herum. Ich sehe dieser Entscheidung mit voller Zuversicht und Innigkeit entgegen, und zwar deshalb, weil ich weiß, daß in letzter Instanz nicht Agitation, nicht Propaganda, nicht einzelne Leute die Geschichte machen, sondern daß der Ausgang der geschichtlichen Entwicklung abhängt von den konkreten ökonomischen Verhältnissen. Als wir am 4. Aug. 1914 uns aufbäumten gegen die Kapitulation vor dem Imperialismus, waren wir sehr wenig. Ich weiß noch, wie die Leute kamen und sagten: Wir können ja gar nicht Opposition machen, gehen Sie hinaus nach Norden und Osten in Berlin, wie dort geflaggt ist! Das sind dieselben Leute, die heute unsern Anschluß an Moskau verlangen. Da habe ich gesagt: Sozialist sein, heißt nicht tun, was die Masse jeweils verlangt, sondern eine bestimmte wissenschaftliche Einsicht in die Notwendigkeit des geschichtlichen Verlaufes zu haben, eine bestimmte Einsicht in den historischen Ablauf der Dinge. Und wer diese Einsicht hat, für den gibt es kein Kompromiß mit Wahnsinnigen. Und in dieser Frage ist es auch so. Die Massen sind aufgeregt durch die Krise. Sie möchten, daß irgendwas passiert und ihnen zu Hilfe kommt. Und sie meinen, wer weiß was geschehen ist, wenn sie beschließen, sich an Moskau anzuschließen. Wir werden dieser Massenstimmung nicht nachgeben, was immer geschieht. Die Unabhängige Sozialdemokratie wird erhalten bleiben und wird neu und gekraftigt aus dieser Krise hervorgehen. (Stürmischer Beifall.) Ich habe die Überzeugung, daß es uns möglich sein wird, die Aufgaben zu erfüllen, die uns gestellt sind. Wir sind die Partei des wissenschaftlichen Sozialismus. Wir kämpfen gegen den Reformismus, gegen die Anpassungstendenz des Proletariats an die kapitalistische Wirtschaft. Wir kämpfen einen Kampf um die Durchsetzung des Sozialismus, und wir wollen diesen Kampf führen mit allen Mitteln, die anwendbar sind unter den deutschen Verhältnissen. Aber die Aufrechterhaltung der Partei ist auch notwendig, weil wir überzeugt sind, daß eine andre Taktik eine Gefahr ist, die nur enden kann mit einer stilligen Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung. Es ist kein Vergnügen, heute in der Politik zu stehen, am wenigsten in der proletarischen. Wenn wir es tun, tun wir es aus eigenem Pflichtbewußtsein heraus und aus der Sorge, die uns nie verläßt, aus der Sorge um die deutsche Arbeiterbewegung. Es gibt heute in Wirklichkeit nur zwei Pfeiler und Stützen des Sozialismus in der Welt, zwei Pfeiler, auf die die Zukunft der Menschheit gebaut werden kann; die englische und die deutsche Arbeiterbewegung; einfach deshalb, weil hier die kapitalistische Industrie am meisten entwickelt ist, weil hier das industrielle Proletariat in den größten Massen zusammengedrängt ist und weil diese Bewegung es in sich trägt, daß in Zukunft auch die geistigen Arbeiter in immer größerem Maße in sie einbezogen werden. Und wir wollen nicht, daß diese deutsche Arbeiterbewegung ein Experimentierfeld wird von Genossen, die nur so ihre Macht behaupten zu können glauben. Wir freieten ihnen ab, daß sie besser als wir imstande seien, unsere Kampfinsatzen zu beurteilen. Wir werden weiter kämpfen. Wir werden kämpfen, weil wir wissen — bis unsere Aufgabe erfüllt ist: Bis das deutsche Proletariat mit seiner eigenen Methode an sein Ziel und zum Siege gelangt ist. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) (Parteiunio lallt.)

Aus der Umgebung Leipzigs. Zur Vermittlung.

Während der erste Artikel die herrschende Mißere auf dem Gebiete der Vermittlung und deren unnötige Verteuerung durch den Zwischenhandel behandelte, sollen diese Zeilen praktische Vorschläge bringen, wie dem abgeholfen werden kann.

Es liegt auf der Hand, daß eine einzelne Gemeinde nichts Durchgreifendes vornehmen kann, dazu wären lediglich die Großstädte in der Lage. Bleibt also nur der Zusammenschluß übrig. Der Bezirksverband damit zu betrauen, halte ich nicht für praktisch. Erstens arbeiten die Behörden in solchen Fragen viel zu schwerfällig, man braucht ja nur an die Kommunalverbände zu denken. Zweitens soll ja der Kreis noch weiter gezogen werden, auch die umliegenden Bezirke sollen sich dabei beteiligen können. Bleibt also nur übrig die Gründung einer Genossenschaft. Jede Gemeinde, die sich daran beteiligen will, müßte also Genossenschaftsanteile erwerben, die nach der Einwohner- oder Kinderzahl des Ortes bemessen werden könnten.

Wenn beispielsweise auf jeden Einwohner 1 Mk. Anteil gerechnet würde, so betrüge das Genossenschaftskapital, wenn sich nur alle Gemeinden des Leipziger Bezirks daran beteiligten, 140 000 Mark, also ein Anlagekapital, mit dem etwas anzufangen ist und welches die Gemeinden schon im ersten Jahr durch den billigeren Bezug verdient hätten. Ob das Kapital von Anfang an vollständig oder nur teilweise einzuzahlen wäre, würde die Verammlung respektive die Leitung zu bestimmen haben. Die Art der Geschäftsführung wird durch Gesetz und das aufzustellende Statut bestimmt. Der Sitz der Gesellschaft müßte wohl in Leipzig sein. Die Geschäftsaufkosten würden verhältnismäßig gering sein, handelt es sich doch in der Hauptsache um die Annahme der von den Fabriken geforderten größeren Warenmengen und um Versicherung an die bestehenden Gemeinden, ein Verfahren, das ja jeder Großist bei meist viel kleineren Bestellungen auch einschlagen muß. Eventuell könnten größere Bestellungen, beispielsweise Osterbestellungen, direkt vom Fabrikanten an die Schule gehen, wie es jetzt schon in Markranstädt geschieht. Es fänge also nur ein kleines Personal in Frage, ich glaube, daß ansängs eine Person genügen würde. Da alle Sendungen gegen Barzahlung zu erfolgen hätten, was ja bei den Gemeinden leicht geht, wären Zahlungsschwierigkeiten ausgeschlossen. Es wäre überhaupt jedes Risiko ausgeschlossen, denn da der Bedarf von vornherein feststeht, ist ein Verkalulieren unmöglich. Jeder Schulleiter ist in der Lage, den Verbrauch eines Jahres festzustellen. Hier müßten die Erfahrungen, welche die Schulen bereits gemacht haben, perwertet werden. Angenommen, ein Kind braucht im Jahre zirka 10 Schreihäfte, so sind das bei etwa 25 000 Kindern im Bezirk eben 250 000 Stüd, die bestellt und nach Bedarf abgerufen werden. Ähnlich liegt es bei allen übrigen Artikeln. Hinzu kommt, daß durch den Massenbezug günstiger eingekauft werden kann, als jetzt der Kleinhändler mit seinem geringen Bedarf es kann. Die Produktion, die jetzt vor Ostern sich häuft, weil jeder Kleinhändler sich bald fürs ganze Jahr eindeckt, könnte eine geregelte und stetigere werden. Die Inkosten der Verwaltung dürften sich schon durch den günstigeren Einkauf decken, so daß der gesamte bisherige Händlerneben den Gemeinden verbliebe. Bei der schwierigen Lage der Gemeinden also eine nicht zu vernachlässigende, in die Tausende gehende Summe. Der Standpunkt der Fabrikanten, Gemeinden oder Schulen nicht direkt zu beliefern, kann keinesfalls aufrechterhalten werden, denn dann müßte eben zur Eigenproduktion übergegangen werden. Ich glaube, daß dies nicht notwendig sein wird, es werden sich schon Fabriken finden, die dies sichere Geschäft machen. Hand in Hand mit der geschäftlichen Leitung müßte eine pädagogische Beratung gehen, denn nicht der Kaufmann, sondern der Lehrer hat zu bestimmen, was zeitgemäß, nützlich und praktisch für die Schule ist. Deshalb muß von vornherein die Mitwirkung der Lehrerschaft herbeigeführt werden.

Ich glaube hiermit in Kürze das Nützlichste gesagt zu haben. Soll die Frage bis zum nächsten Frühjahr gelöst werden, ist ja ein langes Handeln notwendig. Deshalb richte ich nochmals die Bitte an alle in Frage kommenden Kreise, sich ernsthaft mit der ganzen Angelegenheit zu beschäftigen. Die Schulvorstände oder Ausschüsse, die Lehrervergänger usw. bitte ich hierzu baldigst Stellung zu nehmen, auf Wunsch bin ich gern bereit, zur persönlichen Aussprache zu erscheinen. Alexander Tunger, Markranstädt, Markt 2.

Das Heim der Leipziger Arbeiter

Zum Wiederaufbau des Volkshauses

Am 10. März dieses Jahres legten Reichswehrruppen das Volkshaus planmäßig in Trümmer. Das stolze Heim der Leipziger Arbeiterschaft wurde zusammengeschossen und in Brand gesteckt. Die Gegner der Arbeiter und die Zeitfreiwilligen jubelten: „Die Zentrale des Leipziger Arbeiterstandes ist in Trümmer gelegt!“ Sie hielten nach dem Niederbrennen und Ausrauben des Volkshauses die Leipziger Arbeiterbewegung für vernichtet oder doch auf lange Zeit hinaus gelähmt. Allerdings! Für einen Augenblick war die Arbeiterschaft erschüttert. Der 14. März, jener Demonstrationssonntag gegen den Kapp-Putsch, an welchem wehrlose Demonstranten, darunter Frauen und Kinder, von fanatischsten Zeitfreiwilligen erschossen wurden, und die folgenden Tage hatten zur Genüge gezeigt, daß Schichten des Bürgertums selbst unter Anwendung von Waffengewalt fähig und willens waren, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken. Dafür zeugen die über hundert Tote und zahlreiche Verwundete, die diesem habschergen Vorgehen der uniformierten Arbeiterfeinde, Studenten und Reichswehr zum Opfer fielen. Immerhin: Es war ein Straßenkampf, wenn auch ein ungleicher. Als aber dann die Ludendorff-Methoden der Zerstörung, wie sie vordem in Frankreich, Belgien und anderwärts angewendet worden waren, auf das Volkshaus Anwendung fanden, auf das völlig unbewehrte Heim der Arbeiterschaft, als das Volkshaus am Nachmittag des 10. März gegen 3 Uhr, fast zur gleichen Stunde, da die Arbeiterschaft die Todesopfer vom 14. März auf dem Friedhof zur letzten Ruhe bestattete, mit den schwersten Kriegsmitteln, Kanonen und Minenwerfern, angegriffen wurde und eine brennende und raubende Soldateska wie eine Horde losgelassener Wilder darinnen haute, — da kam so etwas wie Lähmung über die Arbeiterschaft. Ein solches Vorgehen hatte man denn doch nicht vermutet. Aber die Hoffnung der Bourgeoisie, die Leipziger Arbeiterschaft dauernd zu lähmen, blieb unerfüllt. Der Generallieferant blieb siegreich, die Arbeiterschaft hatte durch ihre ökonomische Waffe den Feind geschlagen. Weiter hatte sie ihn damit noch nicht vernichtet. Aber die Arbeiterschaft stand ungeboren.

Als äußeres Zeichen dieses Unbesiegtseins ging sie sofort daran, ihr zerstörtes Heim wieder aufzubauen. Das Volkshaus mußte wieder errichtet werden, sollte das Organisationsleben der Leipziger Arbeiter und Angestellten und damit die gesamte Arbeiterbewegung nicht Schaden erleiden. Fleißige Hände begannen ihr Werk. Nicht zu klagen galt es, sondern die Hände zu regen.

Jede Architektur ist gebunden an den Zweck des Hauses. An dem Baumeister liegt es, das Nützliche und Notwendige mit dem Schönen zu verbinden. So legen wir den Genossen sechs Entwürfe vor, die von diesem Streben geleitet sind. Wir geben zu jedem Entwurf dem Baumeister das Wort, der in kurzen Umschrieben Zweck und künstlerischen Ausdruck jedes Entwurfs darlegt. Zuvor aber noch einige Worte über den alten Bau und seine Zerstörung.

Unter den Genossen sind nicht allein viele, die sich der Schwierigkeiten der Errichtung eines Gewerkschaftshauses so recht bewußt sind. Groß aber ist die Zahl derer, und namentlich sind es jüngere Arbeiter, die so ein Haus und dessen Einrichtungen als etwas Selbstverständliches betrachten.

Auch das Leipziger Volkshaus ist unter vielen Mühen und Sorgen entstanden. Denn nur die Arbeiterorganisationen mit ihren beschränkten Mitteln sind die Träger auch dieses Unternehmens, und nur der Hingabe der Arbeiterschaft ist dieser Bau zu danken.

Der Stand der Lokalfrage für die Zwecke der Arbeiterbewegung im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts war wenig erhehend. In den meisten Fällen wurden den Gewerkschaften nur in abgewirtschafteten Betrieben Lokale überlassen, die der bürgerlichen Klasse nicht mehr gut genug erschienen. Die Gewerkschaften brauchten immer dringender Räume für die notwendigen Bureaus, für Sitzungen und Versammlungen.

In Leipzig dienten der Universitätslektor in der Ritterstraße, der Rheinische Hof in der Windmühlenstraße, der Römische Hof in der Mittelstraße, Stadt Hannover in der Seeburgstraße und vor allem von 1896 an der Koberger Hof, das letzte Klein-Paris in der Windmühlenstraße, Jahre hindurch den verschiedenen Verbänden als Heim für die Verwaltungskassen. Das erste Arbeitersekretariat befand sich in der Händelstraße.

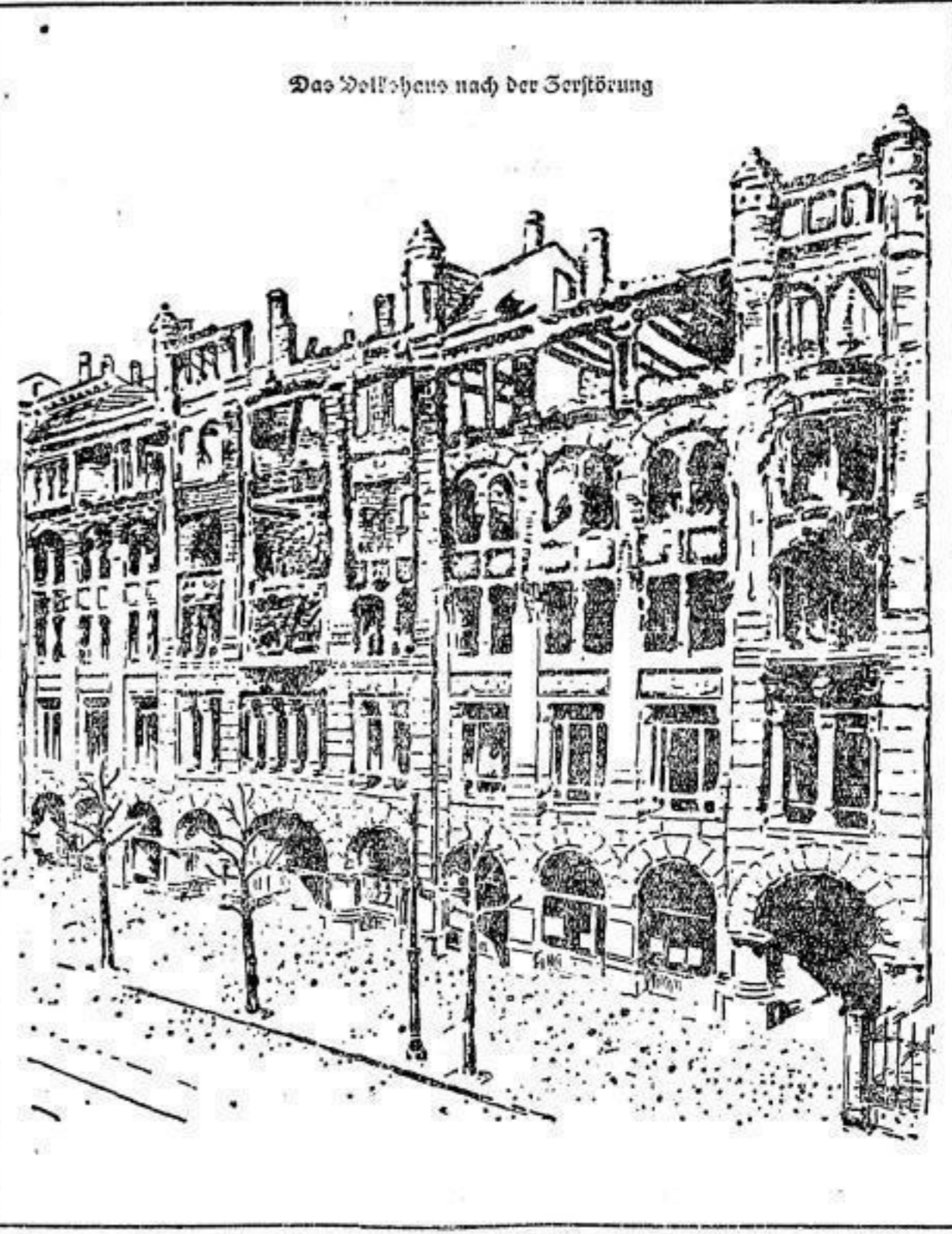
Die räumliche Trennung der Bureaus in verschiedenen Lokalen und Stadteilen wirkte auf die Dauer so hemmend auf die Tätigkeit der Organisationen, daß mit 1900 die Bewegung für die Errichtung eines Gewerkschaftshauses immer stärker einsetzte. Die Zimmerer, Holzarbeiter und Metallarbeiter waren es in erster Linie, die auf Wählfuß dieses Zustandes drängten. Der selbige Geldmangel in den Verbänden bildete jedoch jahrelang ein Hindernis für die rasche Lösung dieser Frage. An großen Plänen und Projekten hat es nicht gefehlt. Schon 1900 wurde der Ankauf des ehemaligen Livoli-Grundstückes in die Wege

geführt, machte sich durch die steigende Entwicklung der Arbeiterorganisationen der weitere Ausbau der Saalräumlichkeiten notwendig, die 1909 mit einem Kostenaufwand von 380 000 Mk. fertiggestellt wurden. In den noch unvollendeten Räumen tagte Anfang September 1909 der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. In demselben Jahre wurde auch das Nachbargrundstück Braustraße 17 mit 70 000 Mk. erworben. Es konnte nach erfolgtem Erweiterungsbau mit einem Kostenaufwand von 38 000 Mk. als Herberge mit 165 Betten im Dezember 1912 seiner Bestimmung übergeben werden. Auf dieser Grundlage und dank der alleseitigen Unterstützung durch die Leipziger Arbeiterschaft begann nun das Unternehmen befriedigend zu arbeiten.

Dann kam das Jahr 1914 mit seinem Völkermorden. Die ersten drei Viertel Jahre des Krieges brachten dem Volkshaus 75 000 Mk. Defizit und es konnte nur durch Anstrengung aller Kräfte vor seinem sicheren Untergang gerettet werden. Nach Überwindung mancher Schwierigkeiten gelang es der Geschäftsleitung, für die Saalräumlichkeiten Militärquartiere, die bis auf 3 Kompanien hin, zu erhalten und in der Herberge 200 Verwundete zur Verpflegung aufzunehmen, was der einzige Ausweg war, um das Unternehmen wieder wirtschaftlich zu beleben. Viele Genossen aus dem Reich haben dadurch die Einrichtungen des Volkshauses kennengelernt; auch Angehörige aus andern Kreisen konnten sich bei diesen Gelegenheiten häufig über das Haus der Leipziger Arbeiterschaft äußern. Daneben wurde versucht, durch Einkauf und Vertrieb von damals noch handelsfreien Waren dem Hause Einnahmequellen zu verschaffen, wozu natürlich auch die Haltung eines größeren Warenlagers notwendig war. Darf ich in jener Höhe mußten von den Leipziger Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zu diesem Zwecke aufgenommen werden. Durch die Warenbestände war die Geschäftsleitung auch in der Lage, im Juli 1916 eine Postkasse zu errichten, um die wachsende Not der ärmeren Bevölkerung, soweit es in ihren Kräften lag, einzuermessen zu verringern. Die Besucherzahl der Kasse ist von 200 am ersten Tag auf 350 täglich gestiegen. Neben all diesen Erweiterungen wurde auch im Sommer 1917 ein Obst- und Gemüsemarkt errichtet, wo allein in diesem Jahre für über eine halbe Million Markt Obst und Gemüse umgekehrt wurden. Die überschüssige Ware wurde konsumiert. Um die Gemüse zu beschaffen, wurden in Unterfranken über 40 Morgen Land angebaut. Durch die Herbeischaffung von Lebensmittel hatte sich unser Unternehmen zu einem der größten Speisehäuser Leipzigs entwickelt; 7000 bis 8000 Portionen Essen



Das Volkshaus vor der Zerstörung



Das Volkshaus nach der Zerstörung

und nicht nur die Hände. Es galt auch die Mittel für den Bau aufzubringen. Denn was von Staatswegen als vorläufige Stütze für das Verbrechen geleistet worden ist, reicht nicht aus. Der Aufbau erfordert das vielfache von dem, was der Neubau vor 15 Jahren benötigte.

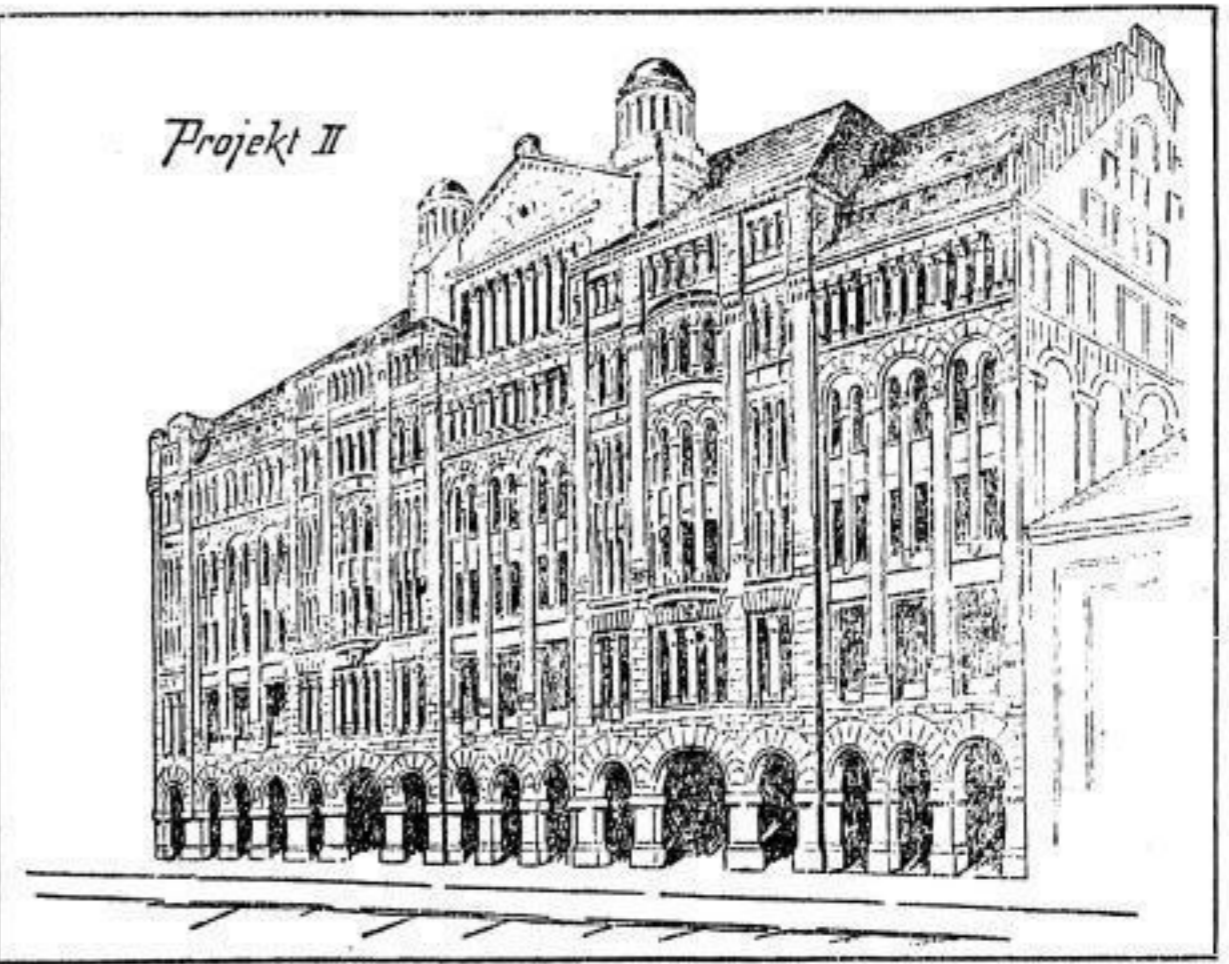
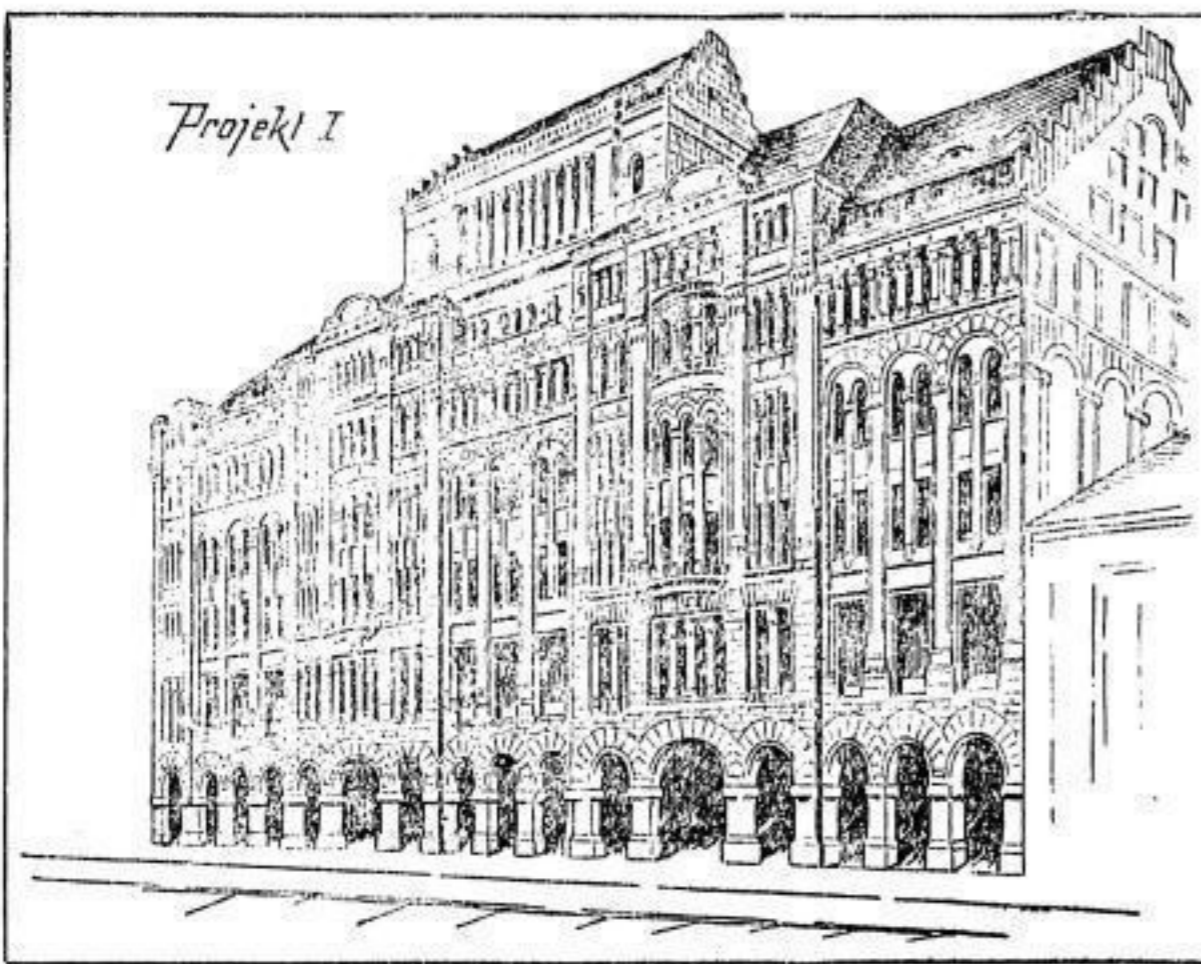
Nunmehr ist die Wiederaufrichtung des Volkshauses soweit gediehen, daß in nicht zu ferne Zeit der Richtkranz geschlagen werden kann. Aber noch ist nicht entschieden, wie das Heim der Leipziger Arbeiter äußerlich präsentiert soll. Zwar läßt sich die Fassade nur unwesentlich ändern, da sie im wesentlichen nach dem stehengebliebenen alten Teil fertiggeführt werden muß, soll nicht ein unshönes Bild herauskommen. Aber die Gestaltung ihres oberen Teiles und namentlich die des Daches ist noch frei, nur in gewissen Grenzen gebunden an die Architektur des alten Baues. Und über diese Gestaltung sollen die Leipziger Partei- und Gewerkschaftsmitglieder mitentscheiden. Sie sollen mitteilen, wie sich in Zukunft ihr Heim dem Blick präsentiert.

geleitet, mußte aber wegen den damals unaufrichtlichen Kosten aufgegeben werden.

Anfang 1904 hatte man endlich unter namhafter Beteiligung des Kartells und verschiedener größerer und kleinerer Gewerkschaften und auch der Partei einen Betrag von 120 000 Mk. zusammen. Nach dem Scheitern einiger anderer Projekte (so war ein Bau in der Querstraße beabsichtigt, und 1901 sollte die Pleite gegangene Leipziger Bank, das jetzige Thomashaus in der Klosterstraße, erworben werden), konnte endlich im April 1904 den Organisationen mitgeteilt werden, daß das ehemals bürgerliche Etablissement Livoli mit seinen Restaurations-, Saal- und Gartenräumlichkeiten, 10 bis 15 Minuten vom Stadtzentrum, als Heim der organisierten Arbeiterschaft gesichert sei. Durch die Opferwilligkeit der Leipziger Arbeiterschaft war es möglich, ein Stammkapital von 370 000 Mk. zur Verfügung zu stellen. Nachdem in den Jahren 1905/06 das Hauptgebäude an der Straßenfront mit einem Kostenaufwand von 420 000 Mk. aufgebaut war,

wurden täglich verabreicht. Um die Leistungen der Küche durch ein Beispiel zu veranschaulichen, sei erwähnt, daß an einem Sonntag neben all den vielen Gemüse- und sonstigen Speisen allein über 2 000 Kilo, aus Kartoffeln hergestellt, verabreicht worden sind.

Das günstige Weihnacht 1917 veranlaßte die Geschäftsleitung, eine Weingroßhandlung zu eröffnen, die das Haus wesentlich unterstützte. Durch alle diese äußeren Anstrengungen der Verwaltung war es möglich, dem Verlustkonto eine Bilanz zu schaffen und nach und nach nicht nur die Gelder zurückzahlen, sondern dem Unternehmen eine gute Reserve zu sichern. Um dem wachsenden Verkehr im Volkshaus, sowie den gesteigerten Ansprüchen zur Unterbringung von Gewerkschaftsbureaus Rechnung zu tragen, wurde das in gleicher Tiefe angrenzende Nachbargrundstück (Vereinshof, Jäger Straße 30) im Mai 1918 für 220 000 Mk. erworben. Der darin befindliche Restaurationsbetrieb wurde in eigene Regie mit übernommen und weitergeführt.



Dann kam im November die Revolution. Das Volkshaus war am 8. November gegen Mittag die Stätte und das Ziel von Tausenden von Proletariern, sowohl Soldaten als auch Zivilisten. Bald waren fast sämtliche Räume sowie der Hof überfüllt von Militär mit allen möglichen Waffen und Geräten. Wie eine Woge stürzte in diesen Tagen Militär und Publikum nach und vom Volkshaus, das die Ueberfülle des eintretenden Publikums nicht annähernd zu fassen vermochte. Aus allen Geschlechtern konnte man die Freude über den endlich gebrochenen Militarismus erkennen. Das Völkermorden hatte sein Ende. Unsere Parteigenossen traten vom Feld und aus der Gefangenschaft zurück. Es gab ein Wiedersehen im Volkshaus. Die Heimkehrenden fanden das Volkshaus noch als ihr Eigentum; es hatte sich durch fünf Kriegsjahre hindurchgerungen, wenn auch manche Räume umschifft werden mußte. Freudestrahler zogen die Parteigenossen mit ihren lieben Familienangehörigen wieder in ihr Heim ein. So manche Genossen sahen sich seit fünf Jahren zum erstenmal wieder. Leider schieden bei diesem Wiedersehen viele, denen im Frieden das Volkshaus eine zweite Heimat war. Der eulde Krieg hatte so manchen Treuen von uns gelassen; sie ruhen in fremder Erde.

Angestellten aus den Kellern herausgeholt. Jedem wurde der Revolver auf die Brust gesetzt und ihm mit Erschießen gedroht. Nachdem alle Angestellten, Männer, Frauen und Mädchen, nach Waffen durchsucht waren, erfolgte eine mehrmalige Durchsuchung aller Räume nach Waffen, Munition, Gefangenen und Geiseln. Die Untersuchung war ohne jedes Ergebnis, nicht einmal eine Kinderpistole wurde gefunden. Unterdessen waren auch sämtliche Kontore und Büroräume der oberen Stockwerke durchsucht, alle geschlossenen Türen und Schränke eingeschlagen worden. Im Weinteller liegen sich einige der Volkshauskellner beim Wein wohl sein, während andre die Zigarren- und Zigarettenkammer vollständig ausraubten, wo allein von einer Marke 80 000 Stück gestohlen wurden.

nungstage an — bis 1884 zurück — vertreten. Vernichtet sind auch die Akten all der auskunftsfähenden und dem Sekretariat vertrauenden Anfall, Invaliden usw. Rentner.

Vernichtet ist die umfangreiche Sammlung alter und neuer Graphik der Lithographen und Steinbrucker, darunter seitens, nie wieder zu beschaffende Exemplare, die kein Museum besaß, und die einen Wert von 240 000 Mk. repräsentierten.

Vernichtet ist die grohartige geologische Sammlung der Steinarbeiter, dazu das gesamte, kulturgeschichtlich so außerordentlich wertvolle Material über die gesamte Steinarbeiterbewegung, das überhaupt nicht wieder zu beschaffen ist.

Alle Gesellenfahrten mit reicher Stickerei und goldenen Nägeln, die Fahne des ersten Leipziger Arbeiterbildungsvereins, dem einst Bebel angehörte, alles alte geschichtliche Wahrzeichen, sind nicht mehr.

Bitteres Weh kommt die an, die seit Jahrzehnten an dem Aufbau des Leipziger Organisationslebens mitgearbeitet haben, die die unendlichen Mühen kennen, die der Erhaltung des Hauses vorausgingen und die mit Stolz auf das Erreichte blicken.

Dann kam der Rapp-Butsch. Die Reaktion wollte auch noch das letzte, was von der Revolution übrig blieb, der deutschen Arbeiterkraft streitig machen. Wie in ganz Deutschland, so nahm auch die Leipziger Arbeiterkraft den Kampf auf. Am Sonntag, dem 14. März, protestierte die gesamte Leipziger Arbeiterkraft in vielen überfüllten Massenversammlungen gegen die freche Herausforderung des Proletariats. Nach den Versammlungen demonstrierten Männer, Frauen und Kinder unter Aufrechterhaltung der Ordnung in würdiger Weise gegen die sich erhebende Reaktion. Die Parteileitung hatte, um alle Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, bereits mit der Behörde verhandelt. Die Arbeiter durchzogen, Freiheitsslieder singend, die von der Behörde freigegebenen Straßen. Die Mäße näherten sich dem Innern der Stadt, dem Augustusplatz, wo (mit polizeilicher Genehmigung) die Demonstration sich treffen wollten. Da gestien Schrei! Maschinengewehre ratterten, Handgranaten plähten, verwundete Frauen, Kinder und Männer riefen um Hilfe — 22 Totel — Die Zeitfreiwilligen schlossen auf wehrlose, stiehende Demonstranten. Zähneknirschend bewaffneten sich die Arbeiter, um die Revolution gegen diese Mörder zu verteidigen. Nach mehrstägigen, heftigen Kämpfen wurde ein Waffenstillstand zwischen beiden Parteien vereinbart. Den Zeitfreiwilligen sowie der Reichswehr — letztere kam den Zeitfreiwilligen zu Hilfe — kam der Waffenstillstand schließlich zu früh; der Waffenstillstand wurde gebrochen. Man wollte auf alle Fälle die Leipziger Arbeiterkraft niederschlagen und, wenn nötig, mit allen modernen Nordwaffen.

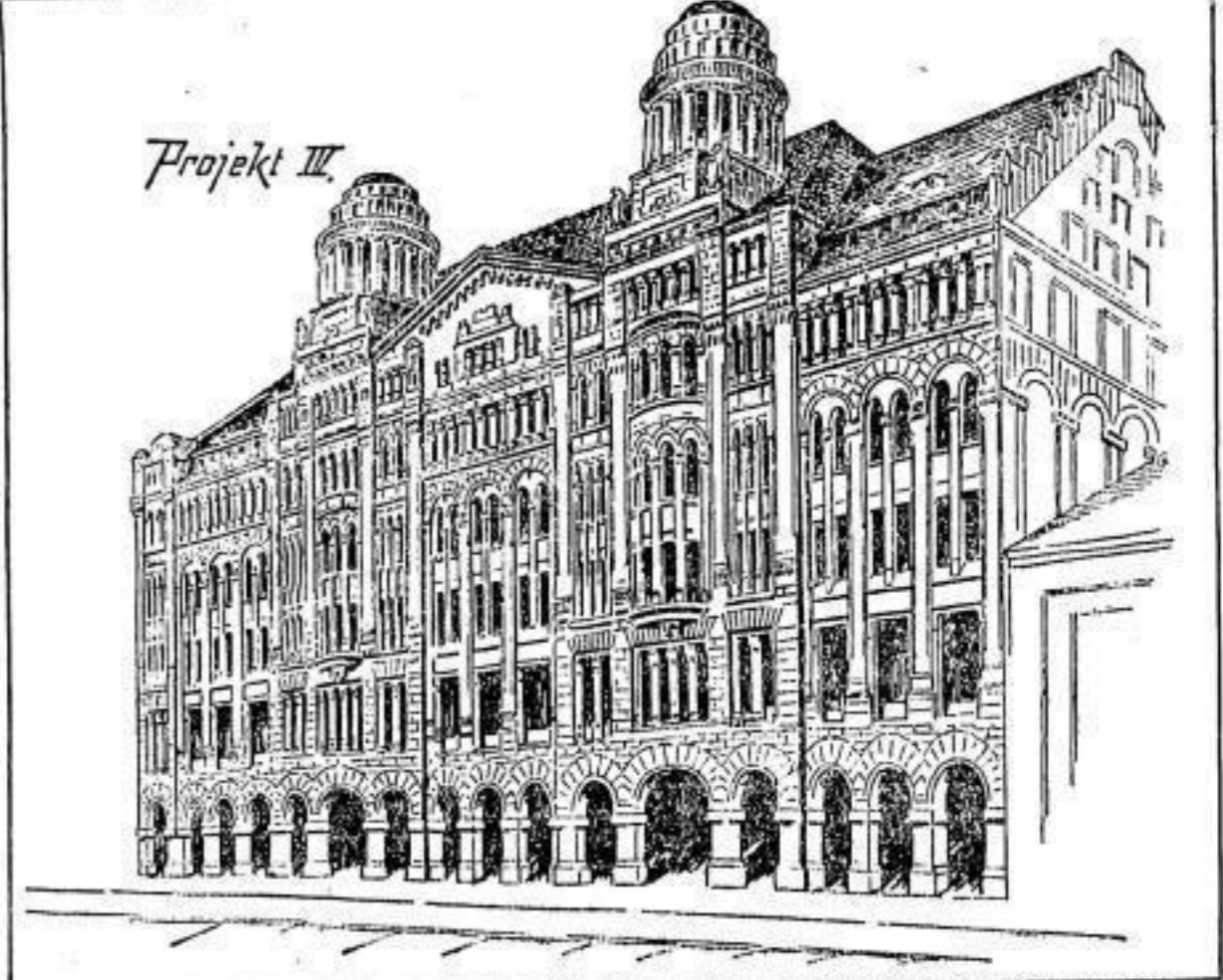
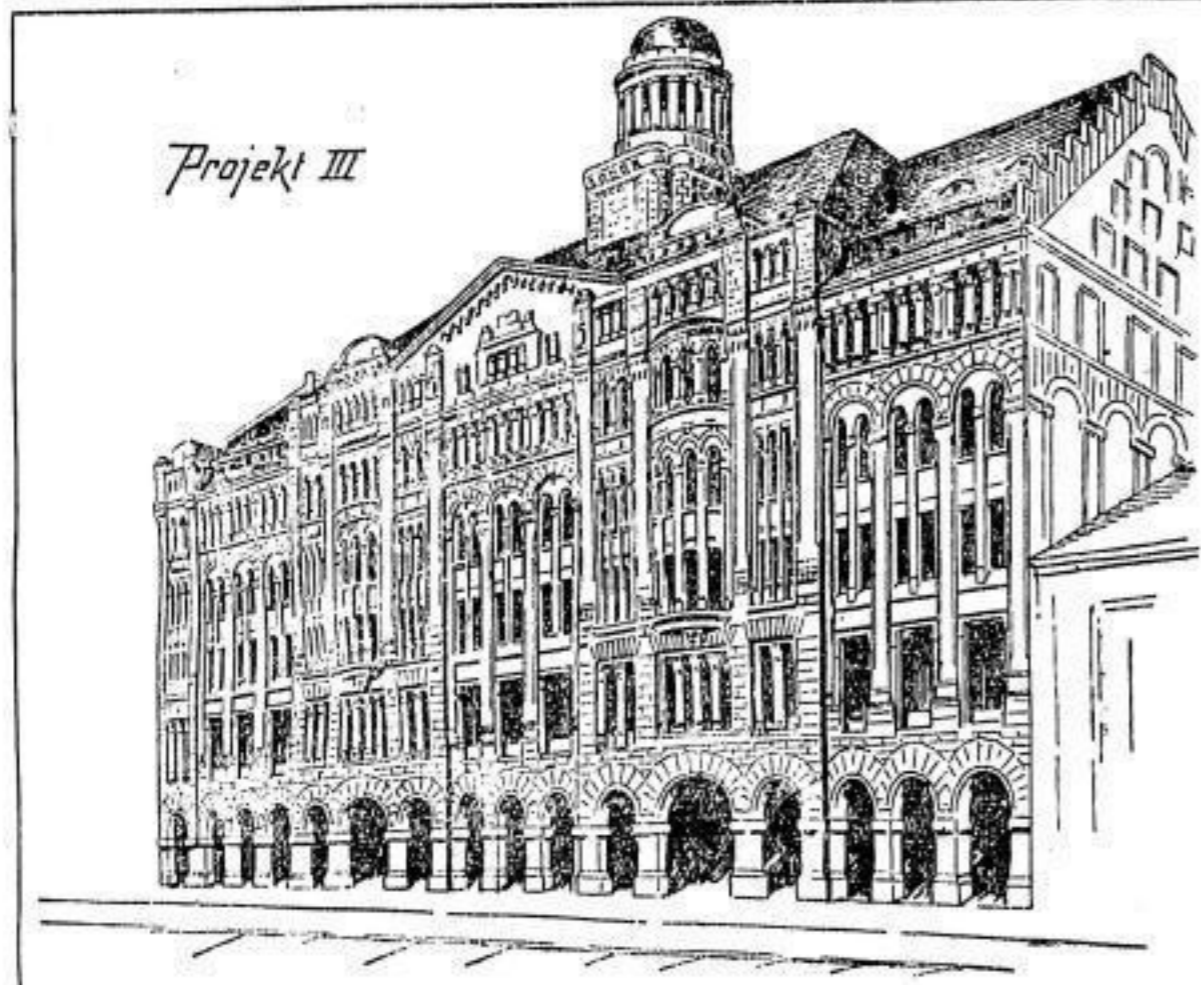
Blötzlich erlöste der Ruf „Feuer!“ Ein beachtenswerter, für die Beurteilung des Brandes bezeichnender Vorgang hatte sich inzwischen in der Wirtschaftliche zugetragen. Von dem dort versammelten Personal und den vielen Gästen wurden die weiblichen Personen durch den Garten entlassen, während die männlichen, 51 an der Zahl, nach der Straße zu dirigiert wurden. Hierbei äußerte ein Soldat: „Die ganze Bude wird in die Luft gesprengt!“ Von mehreren Angestellten, die sich bemühten, aus den im 5. Stock befindlichen Wohnräumen der Angestellten verschiedene Sachen zu retten, wird bezeugt, daß bei ihrem Herunterkommen sowohl aus den Türen des 4. als auch des 2. Stockwerks die Flammen züngelten und auch von einigen Soldaten gerufen wurde: „Nun haben wir euch die Bude angesteckt!“ Alle diese Tatsachen sprechen dafür, daß es sich um eine bewußte, absichtliche Brandstiftung gehandelt hat, die mit der Notwendigkeit militärischer Sicherheitsmaßnahmen nicht das geringste zu tun hatte. Auch die sachmännlichen Aussagen des Branddirektors und verschiedener Feuerwehrleute lassen Brandstiftung als nur zu wahrscheinlich erscheinen.

Geben wir nunmehr dem Baumeister das Wort

Das erste Bild zeigt die frühere Fassade bis zur Zerstörung am 19. März 1920. Das Haus wurde in den Jahren 1885/86 erbaut und erforderte einen Kostenaufwand von 400 000 Mk., ohne die Einrichtung, die Saalbauten und den Grund und Boden, aber einschließlich Küchenanbau und Hofumgestaltung. Die Front ist durch drei Nischen (Vorlagen) aufgeteilt, denen auch die Lage der drei Treppenhäuser und die geräumigen Flureingänge entsprechen. Die Anlage von drei Haupttreppen, die seinerzeit eigentlich einer großzügigen Lösung des Grundrisses widersprach, war an die Bedingungen der Hypothekengläubiger gebunden. Bei Abschließen des Volkshausunternehmens sollten die oberen Geschosse ohne besondere bauliche Veränderung für Wohnzwecke Verwendung finden können. So wird auch die nicht immer im Einklang mit einem Geschäftshaus stehende Aufteilung der einzelnen Räume erklärlich. Aus Sparmaßregeln wurden damals die Decken der einzelnen Geschosse mit Ausnahme der Decken über dem Erd- und dem ersten Obergeschos und über den Herbergsräumen, die aus Zementblechen zwischen Eisenträgern bestehen, als Holzbalkendecken hergestellt. Bei Verwendung von Mastbeden durchwren konnte die feindliche Verstärkung dieses Wertes keinen solchen Umfang annehmen. Das Gebäude hat eine Länge von 47 Metern, eine Tiefe von 15 Metern und eine Hauptgesamthöhe von 21 Metern. Die Fassade ist in romanisierter italienischer Renaissance erbaut und war mit einem Turm von 16 Metern Höhe gekrönt, so daß eine Gesamthöhe von 37 Metern herauskam. Die architektonische Aufteilung des Erdgeschosses mit seinen wichtigen Nischen-Quadern und Säulen steht in angenehmer Wechselwirkung zu den oberen Geschossen, die wiederum in einer pergolaartigen Säulenstellung hervortreten. Die Pilaster bzw. Nischen, die die Gebäudevorsprünge begrenzen, werden im oberen Teile in Nischen aufgelöst, die die Dachaufbauten des fünften Geschosses flankieren. Es sind leider wertvolle Einzelheiten der Werksteinkunst, die seinerzeit von den beteiligten Steinmetzen in fleißiger genialer Arbeit hergestellt worden sind, verloren gegangen. Die Säulenkapitelle, als Würfelkapitelle nach dem romanisierten Renaissancestil mit Arabesken verziert, waren alle verdrückt voneinander in sinneniger Weise ausgebildet. Die seitlichen segmentbogenförmigen Erkerbauten wurden gestützt durch einen schreitenden Bogen, dessen Schlussstein mit einem in Bronze getriebenen Kopf, einen Gesellen und einen Lehrling darstellend, verziert waren. Die

Eigenartig ist auch das Verhalten von Truppen der Feuerwehr gegenüber. Als der erste Zug am Volkshaus ankam, wurde er von vier kaltenden Soldaten gestellt und ihm gesagt, es dürfe kein Tropfen Wasser für Löschung gegeben werden. Ebenso eigenartig war die Stellung eines Leutnants, der von dem Geschäftsführer gebeten wurde, einen Mann als Schutz mit zur Feuerwehr zu schicken und der auf diese Bitte antwortete: „Ich habe keine Leute für diesen Zweck!“

Der Erfolg der Brandstiftung war furchterlich. Die Familie des um das Gelingen des Volkshauses verdienten Geschäftsführers Wicklein, die ihre Wohnung im Hause hatte, konnte nichts retten als die Sachen, die die einzelnen Familienmitglieder auf dem Leibe trugen. Auch die im Hause wohnenden weiblichen Angestellten haben fast ihre ganze Habe eingebüßt. Vernichtet sind Lebensmittelvorräte im Werte von 240 000 Mk.; ebenso die gesamte Hotelkammerlokalität. Die im zweiten und dritten Stock untergebrachten Gewerkschaften — Holzarbeiter, Zimmerer, Textilarbeiter, Bauarbeiter, Transportarbeiter, Fabrikarbeiter, Lithographen und Steinbrucker, Steinarbeiter, Notensetzer usw. — sowie das Gewerkschaftsamt haben alles, alles verloren. Vernichtet ist das sehr schier unbezahlbare Bureauinventar, vernichtet aber auch das gesamte überhaupt unersehliche Aktenmaterial, die Kartotheken und alles, was im mühevollen Aufbau Blatt um Blatt sich angesammelt hatte und Kenntnis gab von rastloser Arbeit im Dienste der vorwärts- und aufwärtstrebenden Arbeiterkraft. Dahin ist die kostbare Bibliothek des Arbeiterssekretariats, die eine unerlöschliche Fundgrube des Wissens auf dem Gebiete des Arbeiterrechts und der Arbeiterversicherung war und in ihrer Reichhaltigkeit wohl nur von wenigen Instituten ähnlicher Art übertroffen wurde; denn alle Zeitschriften über Arbeiterversicherung waren vom ersten Erschei-



Unterstützung des mittleren Erkers hätte nun eigentlich den Pfeiler verhältnismäßig müssen. Es ist aber statt dessen die Mutter, gleichsam den Schoß des Volkes charakterisierend, von ihren lieben Kleinen umgeben, im Ornament zum Ausdruck gekommen. Das Palladio-Motiv der drei mal drei gefopelten Fenster der Kallagen im dritten Obergeschoß hat durch die Frontverlängerung eine schöne symmetrische Ergänzung gefunden und ist durch die Rüstica-Bögen eine Zusammenfassung der drei Obergeschoße mit dem Erdgeschoß dar.

Es folgen nun nacheinander sechs verschiedene Projekte über die Ausgestaltung der neuen, circa 20 Meter längeren Fassade zur allgemeinen Information und Kritik.

Entwurf 1.

Im Projekt 1 kommt bereits das wesentlich vergrößerte Gebäude zur Darstellung, das den früheren Vereinshof, Jäger Straße 30, in sich schließt. Die Front verlängert sich demzufolge von 47 auf 63 Meter. Eine völlige Umgestaltung der früheren Fassadeneinteilung machte sich erforderlich. Sie hat im Anschluß an das noch vorhandene Erd- und erste Obergeschoß bedeutende Schwierigkeiten. Schließlich wurde eine Lösung durch die Wiederholung des Mittelrisalits nach rechts hin als die geeignetste gefunden. Während das frühere Gebäude 11 Bögen umfaßte, kommen jetzt 16 in Frage, so daß die ersten fünf Bögen von rechts nach links betrachtet zum Neubau gehören.

Beim neuen Fassadentwurf ist streng an der alten Architektur festgehalten worden, soweit es sich mit der Neugestaltung irgendwie vereinbaren ließ. Und so konnte auch der reizvolle Dachaufbau des fünften Obergeschoßes, der durch das neu gegliederte Mittelrisalit eine Wiederkehr findet, erhalten bleiben; er hat nunmehr, zu einem Baukörper vereinigt, eine wirkungsvolle mächtige Mittelpartie. Die Betonung dieses Mittelbaus ist das Charakteristischste der fünf Projekte. Das Bild zeigt einen der Gebäudeteile in der Fassade tragenden atroposartigen Aufbau, der besetzt und durch einen massiven feuerfesten Ausbau den Seiten und Stürmen trotzend sich erhebt. Der dadurch entstehende prächtige, gut belichtete Innenraum ist als Archivaal für das graphische Gewerbe in Aussicht genommen.

Entwurf 2.

Die Grundrisseinteilung, sowie insbesondere die Fassadengliederung der sechs Geschoße wiederholt sich in allen Projekten. Als besonders bemerkenswert hervorzuheben ist, daß sich durch die verlängerte Front und durch die Anordnung eines zweiten Mittelrisalits eine Verschiebung der früheren Gebäudemitte ergibt, so daß die jeweiligen Dachaufbauten der neuen Mitte entsprechen mußten. Das frühere Mittelportal erhält ein Pendant in dem ersten großen Erdgeschoßbogen, der mit dem Neubau beginnt. Die hier dargestellte Betonung der Gebäudemitte durch den Dachaufbau zeigt eine Verlegung des Archivaales in das Dachgeschoß, wodurch die Baumassen dem Projekt 1 gegenüber

Die weitere Ausgestaltung des Neubaus (Vereinshof) erfolgt durch den rechtsseitigen Flügelanbau im Hofe eine nicht unwesentliche Vergrößerung bis auf insgesamt 30 Meter Tiefe und Höhe gleich der des Althauses. Erhebliche Schwierigkeiten bereitet die Unterbringung der nunmehr weitläufigeren Heizanlage, bei welcher alle Forderungen der Neuzeit auch in bezug auf die hygienische Berücksichtigung finden sollen. Die Unterflur unter dem Mittelhof in Aussicht genommen. Eine Unterflur dieses Hofes bis zu einer Tiefe von 3 Meter macht sich hierdurch nötig. Im Gegensatz zur früheren Heizungsanlage, bei der alle Räume mit Niederdruckdampf geheizt wurden, sollen nunmehr die Bureauebenen dienenden Räume und Geschosse mit einer Warmwasserheizungsanlage versehen werden.

Entwurf 3.

Die oberen Geschosse erforderten infolge der Vernichtung eine fast totale Neuherstellung, und so konnte es nach den gemachten Erfahrungen kaum fraglich sein, ob Holzhaltendecken oder massive Bauweise angewendet wurde. Die Decken werden daher bis einschließlich der Decke über dem Dachgeschoß in Eisenbeton hergestellt und erhalten überall in den Bureauräumen eine gegen Geräusche isolierende Zwischenschicht nach Art der Koenenischen Blende.

Weiter wird eine Telephonzentrale die Verkehrsverbindungen in und außer dem Hause erleichtern. Bei der Neuaufteilung der Erdgeschoßräume sind nunmehr den Wünschen nach räumlicher Ausdehnung der Räume zu entsprechen. Der Konsumverein erhält die Räume des Neubaus (Vereinshof), auch soll die Verwaltung der Volkszeitung und gegebenenfalls die Gastwirtschaft in den Norden hin verlegt werden, bezw. eine Erweiterung erfahren. Die Räume der oberen Geschosse werden von den Gewerkschaften vollständig beansprucht, wobei sich herausgestellt hat, daß schon jetzt Einschränkungen gemacht und auf die spätere Erweiterung in den Hofgebäuden verwiesen werden muß. Es ist auch gesungen, das graphische Gewerbe, das bis jetzt verstreut in verschiedenen Privathäusern untergebracht ist, auch im Heim der Leipziger Arbeiterschaft mit den übrigen Gewerkschaften zu vereinen.

Die Anflächflächen der Front werden durchweg in Eisenblech, dem sogenannten „Cottaer“, hergestellt; sie bieten so der edlen Steinmetzkunst eine schöne und willkommene Aufgabe.

In dem Turm, der von allen Beteiligten als die richtige Lösung bezeichnet wurde, kommt ein Streben nach Licht zum Ausdruck. Was in dem Projekt 4 durch die zwei Türme nicht erreicht wird, nämlich die Einheit der gesamten Arbeiterschaft zu veranschaulichen, das soll in dieser Lösung gegeben sein. Dieser Entwurf bringt einen wirkungsvollen Turm, der nur wenig gegen die Vorderfront zurückgehoben ist und alle Vorteile der aufgeführten Lösungen vereinigen soll. Nur dadurch wird der frühere Eindruck mit den schon seinerzeit glücklich gewählten Ab-

maße nicht gelindert. In eindringlicher Weise haben die Leipziger organisierten Arbeiter und Angestellten beizubringen, einen Anzeigendienst für den Wiederaufbau des Hauses abzuführen. Auch sind schon namhafte Beiträge gesammelt worden; doch sind noch weitere Mittel einberufen. So richten wir nun den Ruf an die gesamte deutsche Arbeiterschaft und Angestelltenchaft:

Tragt euer Scherstein bei zur Wiederherstellung des Leipziger Volkshauses!

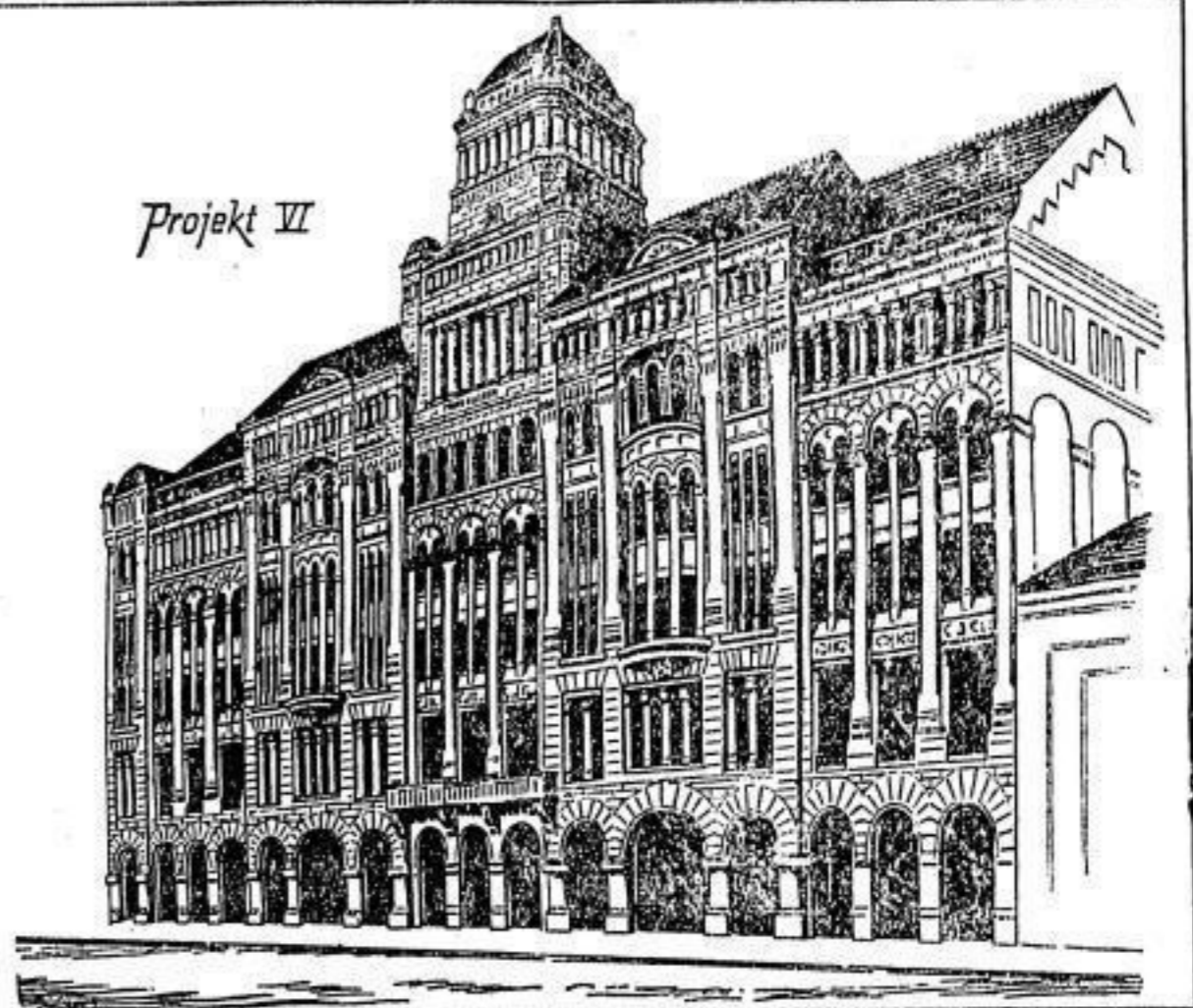
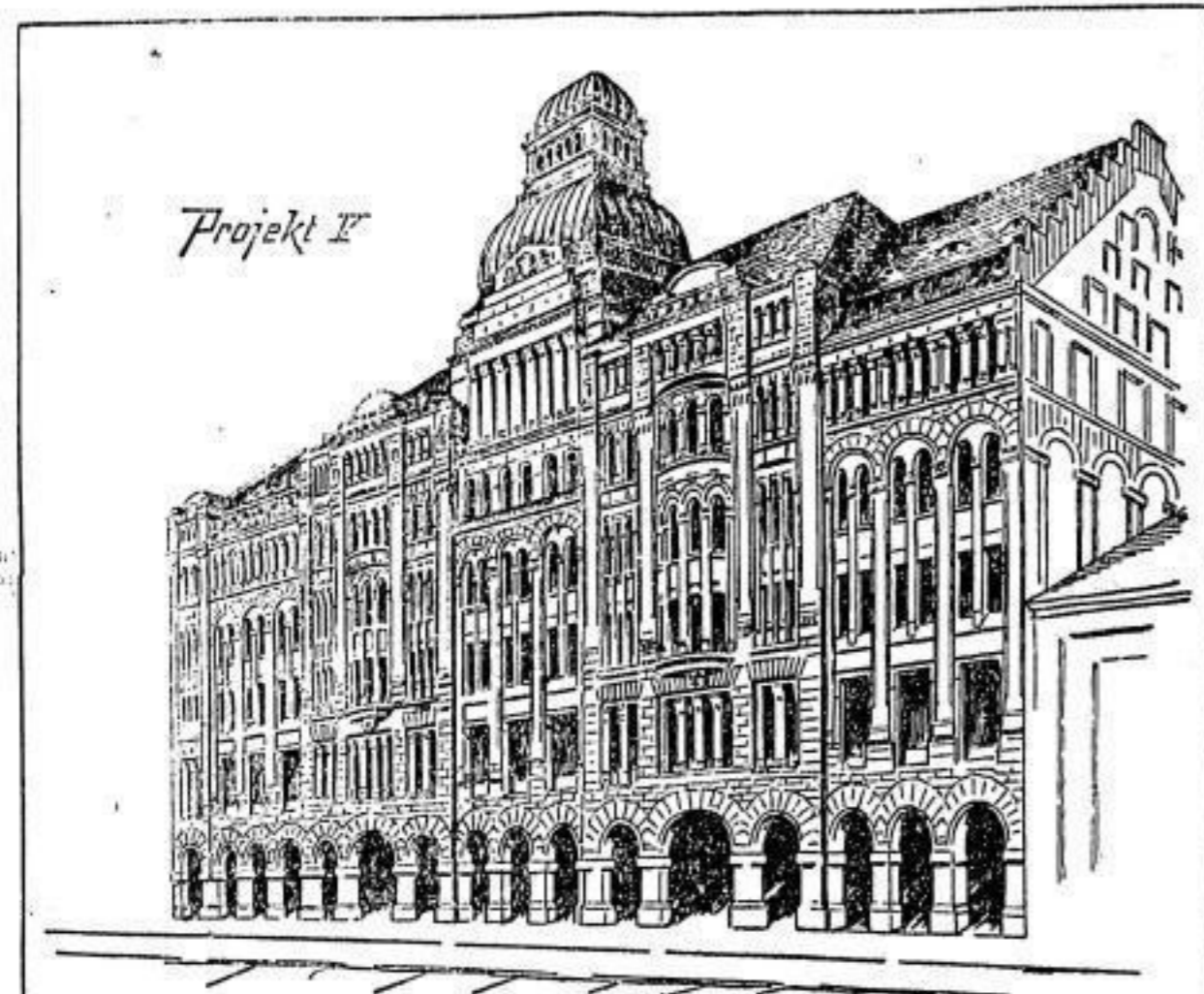
Leipzig ist durch seine zentrale Lage in Deutschland einer der am besten gelegenen Konzentrationen. Leipzig hat so mancher Tagung von Partei, Gewerkschaften, Konsumvereinen und sonstigen Arbeitervereinigungen eine Stätte geboten und gewährt noch oft Konzentration der Arbeiterschaft zu sein. Das Leipziger Volkshaus ist wie nur wenige Volkshäuser geeignet, allen Anforderungen gerecht zu werden. Mühe darum die gesamte deutsche Arbeiterschaft und Angestelltenchaft mitteilen, die Stätte wieder aufzubauen, die nicht nur ein Heim der Leipziger Arbeiterschaft ist.

Mühe sie es tun der Reaktion zum Trost!
Verwaltung des Volkshauses S. m. b. H. Leipzig.

Ein Wort zur Ausstattung des Volkshauses.

Das Heim der Leipziger Arbeiter und Angestellten muß in fast allen seinen Teilen neu hergestellt werden. Auch die vor Brand zerstörten Räume drohen der Hand des Malers usw. Was liegt da näher als der Gedanke, wie sich die Räume in Zukunft präsentieren sollen? Wollen wir nur eine schöne Fassade, während die innere Einrichtung sich so wichtiger zeigt wie die jedes gewöhnlichen Geschäftshauses? Hat das Proletariat nicht eine Kulturmission zu erfüllen, die das Innere ebenso wie das Äußere betont? Und soll dieses Kulturstreben nicht auch Ausdruck finden in den Räumen, die das Eigen der organisierten Arbeiterschaft sind?

Ich meine doch wohl. Hier winkt eine Aufgabe, an der die besten Köpfe mitarbeiten müßten. Könnten die Bureauräume der Gewerkschaften nicht entsprechend dem Charakter der Organisation eine schlichte Aus schmückung erhalten, die der Eigenart des Berufes entspricht? Könnten nicht Decken und Wände Symbole der Arbeit tragen? Der Eintretende würde eine sinnvolle Verkörperung seiner Arbeit sehen, die ihm das Verständnis des Wertes der Arbeit näher zu bringen vermöchte, die ihm den gesellschaftlichen, den kulturellen Wert der Arbeit zeigen müßte, der Arbeit, wie sie eine künftige, eine sozialistische Gesellschaft kennt, die ihm vor Augen führt, was heute ist und was werden sein wird, wenn alle Kräfte auf das eine Ziel, auf den Sozialismus eingestellt werden.



eingeschränkt und die Baukosten verbilligt werden. Obgleich die reizvollen Kuppeltürme, die den Frontgiebel flankieren, einen wohlgezielten Versuch der Dachaufbildung ergeben, hat diese Lösung doch nicht vermocht, es dabei bewenden zu lassen.

Entwurf 3.

Durch die Zusammenlegung der beiden Grundstücke war es möglich, das feierliche Mittelreppenhau in den oberen Etagen anzuschließen und es nur bis zum ersten Obergeschoß, bis zu den Caféräumen, weiter bestehen zu lassen. Der dadurch in den oberen Geschossen gewonnene Raum wird nunmehr für Bureauebene frei. Im Neubau (seitler Vereinshof) erklären aus Gründen der Raumersparnis ein Zugang von der Straße aus erforderlich. Der nördliche Eingang (Portal rechts) dient auch weiterhin neben dem früheren Mittelportal als Zugang zu den im hinteren Teil des Grundstücks gelegenen Saalräumen. Daneben vermittelt die genannte rechte Portal auch den Zugang zum Neubau, in dessen nördlichem Teil die Treppe untergebracht ist. Der Zugang zu den gesamten Bureaus im Frontgebäude erfolgt demnach in Zukunft durch den vorbestimmten nördlichen und den bisherigen südlichen Eingang (Portal links). Die gleichfalls in Betracht kommenden drei geräumigen Treppen, von denen zwei in massiver Bauart hergestellt werden, erhalten eine weitere Verkehrsverbesserung in zwei Personen- und Waren-Aufzügen. Ein bereits bei der Behörde zur Genehmigung eingereichter Fassadentwurf wurde durch diese etwas glücklichere Lösung überholt; er fand auch die Zustimmung des gemischten Bau- und Polizei-Ausschusses, da er den Wünschen nach möglichst bester Lösung der Fronthöhe am besten Rechnung trägt. Der in einer Säulenrotunde mit Kuppel endende sogenannte „Türmchen“ kann nicht als Turmaufbau angesprochen werden. Er bietet einen Vorteil in der geringeren Belastung der unteren Tragkonstruktion. Bei dieser Lösung mußte von der Anordnung eines Archivaales Abstand genommen werden; an diese Stelle treten hier Wirtschaftskammer und andre Räume.

Entwurf 4.

Auch hier gilt das bereits unter 3 Gesagte bezüglich des Archivaales. Eine besonders hervorgehobene Markierung der Mitte ist in diesem Entwurf nicht zum Ausdruck gekommen, was aber den Gesamteindruck nicht mindert. Durch die beiden kuppelartigen Turmaufbauten finden die Mitten der Gebäudeteile eine wirksame Betonung und in der kraftvollen offenen Säulenkuppel und in den speziell romanischen Mitteln einen vorteilhaften Abschluß nach oben. Die Türme sind insgesamt 23 Meter hoch und werden durch einen 19 Meter langen, schalen Tympanon zu einem Ganzen vereinigt. Die Zweiteilung, wie sie hier auf den Besucher wirkt, würde symbolisch den Einheits des wertvollen Volkes widersprechen, also eine kraftvolle Einheit des wertvollen Volkes, wie sie sein soll, nicht verfeinern.

messungen des Turmes am besten gewahrt. Der Archivaal hat hier, wie in Projekt 2, eine bevorzugte Anordnung gefunden und ist durch die vorgebaute Säulenstellung nach außen als sogenannte „Türmchen“ charakterisiert. Der Turm entwickelt sich aus der Rücklage zwischen den beiden Haupt-Risalit und beherrscht die gesamten übrigen Fassadenmassen. Die Mittelteile vorgenannter Säulenabschlüsse erhalten, und stellen gewissermaßen einen Ueberhang zu dem Turm selbst her.

Vielleicht ist dieser Entwurf geeignet, die Einheit der Arbeiterschaft am besten zu veranschaulichen.

Entwurf 6.

Diese für die Ausführung in Aussicht genommene Lösung weicht im wesentlichen nur wenig von dem vorigen Projekt Nr. 5 ab. Es ist nur eine größere Ruhe in den oberen Baumassen — zum Vorteil der Gesamteinteilung — versucht und erreicht worden. An Stelle der giebelartigen Aufbauten über der Mitte der beiden Risaliten ist ein dekorativ geschwungenes und mit Bleigiebelgedecktes Dachfenster getreten. Der Turm selbst ist einfacher und kräftiger gehalten und wirkt in seiner Gesamteinteilung von der Straße sowohl, als auch vom Peterssteinweg aus gesehen, kraftvoll monumental und verkörpert den Einheitsgedanken besonders glänzend. In seiner Formgebung erinnert der Turm in keiner Weise an vorhandene Beispiele und ist derselbe als eine Neuschöpfung anzusehen. Der Begriff „Kuppel“ ist vermieden worden, es ist ein reiner Turmaufbau, der auch den Beifall der für die Genehmigung zuständigen Behörden gefunden hat. Im Stil ist der Turm den unteren Baumassen besonders gut angepaßt. Die vom Turm eingeschlossenen Räume sind gut belichtet und bequem zugänglich. Hinter der obersten Säulengalerie befindet sich ein Umgang, inmitten des Turms befindet sich ein helles geschlossenes Turmzimmer, von welchem aus eine großartige Fernsicht auf das Häusermeer und die weitere herrliche Umgebung Leipzigs möglich ist.

Wir haben der Arbeiterschaft durch diese Bekanntgabe der Projekte Einblick gegeben, in welcher Weise sich der Wiederaufbau unseres am 19. März d. J. zerstörten Hauses vollziehen wird. Dabei haben wir den Wunsch, daß die Arbeiterschaft in voller Harmonie zu ihrem Heim steht:

Damit es allen nuh und fromm
der Tag dem Guten endlich kommt!

Das Heim der Leipziger Arbeiterschaft, das Volkshaus, steht vor seiner völligen Wiederherstellung. Große Opfer an Zeit, Arbeitskraft und Geld sind erforderlich, und sie waren es nicht nur, sie sind es noch. Ohne diese Opfer ist die Vollendung des

Gäbe es da nicht eine Fülle Anregungen für die künstlerisch Begabten in allen Berufsweigen? Gäbe es da nicht eine Konzentration künstlerischer Befähigung in sozialistischem Sinne, einen Wettbewerb in edelstem Sinne, im Sinne sozialistischer Arbeit?

Und wie in den Räumen der Gewerkschaften, so im ganzen Hause. Sollen sich die großen Portale, die Treppenaufgänge, die langen Flure wieder in ihrer alten nüchternen, geschäftshausmäßigen Aufmachung zeigen? Sollen nicht auch die Symbole der Arbeit tragen können und so dem ganzen Hause Charakter geben? Und noch mehr. Sollte es nicht möglich sein, der plastischen Kunst auch im Volkshaus eine Heimstätte zu bieten? So mancher legt nüchternen Wihel verträge eine Statue, einen kleinen Figurenbrunnen, eine lebende Pflanzendekoration. Man lese sich die reizenden Brunnen im und am Durchgang des Alten Rathauses an, den Jungen, der sich den Schwamm über dem Kopf ausdrückt. Ist Ähnliches für ein Arbeiterheim nicht zulässig? Oder ist es nicht vielmehr eine Kulturfrage des Proletariats, sein Heim künstlerisch so schön zu gestalten, als es die Mittel nur immer erlauben? Gewinnt nicht die gesamte Arbeiterschaft davon?

Was von Bureauräumen und Treppenhäusern gilt, gilt auch von den Wirtschaftsräumen. Man ziehe einen Vergleich mit alten süddeutschen Schankstätten, und unsre modernen „Restaurations“ kommen mir vor wie Räume, die nicht um des Gastes willen da sind. Von wirklicher Behaglichkeit jumeist keine Spur. Wählt sich da nicht etwas Ähnliches anbringen wie etwa im Thieringer Hof? Ein Wandfries der Arbeit! — Welch prächtige Aufgabe erwände da unsern Holzbildhauern, Stukkateuren oder Steinmetzen und den Künstlern, die die Arbeit im sozialistischen Sinne verstehen gelernt haben. Und haben wir nicht Sinnprüche besser Art, sowohl aus den Werken unsrer Meister wie auch den Werken der Dichter die in schöner Schrift eine Fierde des Hauses der Arbeit wären? Kurzum, gibt es nicht Anregungen die Fülle, um das Volkshaus auch innerlich zu einem Hause des Volkes zu machen?

Der Arbeiter hat die Menschheit fürchterlich zermüdet, nicht nur körperlich. Die sozialistischen Organisationen haben jetzt mehr denn je eine gewaltige Aufgabe zu lösen, die ihr vom Bürgertum nicht abgenommen wird, nicht abgenommen werden kann, weil das Bürgertum kein Interesse hat an einer geistig und kulturell hochentwickelten Arbeiterschaft. Denn eine solche Arbeiterschaft ist der härteste Feind der bürgerlichen Klassengesellschaft. Um so mehr haben Partei und Gewerkschaften die Verpflichtung, nicht nur die materielle Lebenslage der Arbeiter zu verbessern, sondern ihr ganzes Kulturideal zu heben.

Besser als alle Reden aber sind Taten!
Hilfred Herr.

Zürlinger und seine Zucht.

Von Konrad Voelt.

Zeichnungen von Hans Albert Köpfer.

Die Oberdeutschen liebten das Wort Fortschritt gar nicht; sie hatten Strafe darauf gesehen und sagten für Fortschritt Auswertum.

Uebrigens war in Oberdeutschland die Technik seit 1920 wenig weiter gekommen; es gab sogar noch eine ganze Menge der barbarischen Dampfmaschinen. Die Wasserkräfte wurden einigermaßen ausgenutzt, Wasserkraft war aber nur für den Betrieb von Zementfabriken erlaubt.

Man hätte sich als Kraftquelle auch der Atomenergie bedienen können; denn die Chemie und Synthese der Atome war im vierten Jahrzehnt des Jahrhunderts völlig gelungen. Es wäre also möglich gewesen, sich ganz von der Kohle unabhängig zu machen; man hätte auch das Gold und die übrigen Edelmetalle aus unedlen Stoffen aufbauen und so die Staatskassen bezahlen können. Aber das schien den Oberdeutschen unmöglich; es war diesen Leuten viel lieber, eine große Schuldentafel als Notwand der rückständigen Volkswirtschaft zu begeben. So war die Kohle der Grundstein der Industrie geblieben, und man hatte den verwegenen Forschern, die das Gold der Atomkräfte zu verbreiten gewagt hatten, eine Verhöhrungsgefängnis ins Rückenmark eingespritzt, und den Stein der Weisen einstweilen im Staatsgefängnis deponiert.

Es gab aber ein Gebiet, auf dem wohl oder übel Fortschritte gemacht werden mußten, und das war die Nährstoffchemie. Als die Oberdeutschen endgültig das Heft in die Hand bekommen hatten, blieb die Frage der Ernährung der breiten, unterjochten Bevölkerung zu lösen. Der geringe Wert des oberdeutschen Getreides im Ausland machte die Einfuhr von Getreide und Fleisch unrentabel. Es war im Gegenteil weit angenehmer, einen Teil der im Lande erzeugten Nahrungsmittel nach auswärts zu verkaufen. Man verbot also den unterdrückten, wie Sklaven gehaltenen Volksschichten den Fleischgenuss erst einmal völlig, züchtete nur soviel Vieh, als man eben selbst verzehren mochte, und versüßerte an die Arbeiter eine einseitige Kartoffelkost. Väterlicher Weise sank dabei die Arbeitsleistung der Halblinge und der Masse erstaunlich schnell unter das erforderliche Maß. Es mußte Rat geschäft werden. Die Chemie sollte helfen; aber es war fast zu spät, da die meisten Chemiker wahnsinnig oder gar gestorben waren. Das war so gekommen:

Da es genügend verkaufsfähige chemische Produkte gab, glaubte die Reichsleitung, um Arbeitskräfte frei zu bekommen, neue Forschungen verbieten zu müssen. Die Chemiker wurden zu gemeinen Arbeitern gemacht, erst sollten sie aber noch die Fachansprüche ihrer Kunst verdienen. Eine Stofflichkeitsfremdwortausrottungsgesellschaft ausgewählter Forscher trat zusammen und versuchte sich nicht ohne Glück am Dinitrodiphenyldiazetylen, am Phenylmethylnpyrazolon und selbst am Tetramethyldiaminotriphenylmethan. Die Sache war im Grunde ganz einfach, aber wahrscheinlich hatte die Kartoffelkost die Gehirne der meisten, sonst ganz leidlichen Chemiker bereits zu arg geschwächt; wenigstens starben sie haufenweise zungenlos an der Drehkrankheit. Der Lärm, den sie dabei vollführten, indem sie noch in ihrer Tollheit die neuen Wörter einzuüben versuchten, war so groß, daß man sich gezwungen sah, ihnen die Stimmbänder auszubrechen, was übrigens sehr zu ihrer Heilung beitrug. Einige, unter ihnen Zürlinger, hatten die Entdeckung ihrer Fachsprache immerhin ohne größeren Schaden überstanden.

„Der Eiweißbedarf muß gedeckt werden!“ trug man ihnen auf. Der Nahrungsmittelbeauftragte Oberdeutsch-Domernsart fand das erlösende Wort:

„Nährhefe im Trofen! Koitstrahlkleister!“

Der Rest der Chemikerkunft machte sich an seine Aufgabe. Für die Versuche wurden, mit Ausnahme einiger bevorzugter, zur Destillierbereitung ausersehener Brauereien die nunmehr enderblich gewordenen Brauanlagen des ganzen Landes zur Verfügung gestellt. Das Nähramt gab aber weder Melasse, noch Hefe, noch sonst einen pflanzlichen oder tierischen Nährstoff, sondern nur Koitstrahlkleister und Bodenhefe von Fabrikabwässern, und es blieb nichts übrig, als sich an einen Bazillus zu wenden, der sich mit rein chemischer Nahrung begnügen und doch schnellwüchsig genug sein sollte, um den an ihn gestellten Anforderungen zu entsprechen. Man tannete sich beschänte Spaltspise von früher her und fand auch einen, der recht geeignet schien. Zürlinger erfindet die Großzucht im Sprühregen; der auf Siebe gelehrte, von oben ständig mit Nährwasser übersprühte Bazilleim wucherte üppig, die Stoffwechselprodukte, die das Wachstum beeinträchtigen würden, filterten durch die Siebe ab, und gleichzeitig drückte sich die Bazillenmasse infolge ihres Eigengewichts unten durch die Maschen des Siebes und brachte nur von Zeit zu Zeit entfernt, getrocknet und weiter behandelt zu werden.

Die so erzeugten Nährwerte hätten völlig ausgereicht, sie enthielten einen hohen Prozentsatz Eiweiß und zum Heberflus auch noch ein Del; aber der Geschmack war unersöhnlich, die Schwierigkeit des Produktes verlebte außerdem die Schlände der Zwangsconsumenten, und nach kurzer Zeit wünschte das Volk lieber zu sterben, als weiter von dieser schänen Erfindung zu leben.

Immerhin hatten sich die Staatschemiker bei dieser Fabrikation, weniger durch Geisteskraft als durch immerwährende Versuche, in der Kenntnis der Nährlösungen außerordentlich angewandelt. Es fiel infolgedessen nicht schwer, das Nahrungsproblem auf andere Art zu lösen. Man benutzte die alte Erfahrung, daß der tierische Gewebebaue in einer geeigneten Nährflüssigkeit eine Weile weiterwachsen. Es handelte sich nun darum, dieses Weiterleben zu verlängern und das Wachstum zu beschleunigen, und dies glückte mit Hilfe des Siebverfahrens bei gleichzeitiger, ausgiebiger Durchlüftung fast über alles Erwarten.

Ein Konkurrent Zürlingers, der Chemiker Dotterweid, hatte nämlich ein wachstumsbeschleunigendes Ferment, das bisher nur spärlich aus Schilddrüsenjaft herstellbar gewesen war, auf anorganischem Wege und aus spottbilligen Stoffen zusammenkristallisiert. Dieses dem Nährsprühregen zu-

gelegte Beschleunigungsmittel ließ die Leidenstücke einiger hierzu geopferten Kinder und Schweine zu Kilometerlänge auswachsen. Das Verfahren ähnelte einigermaßen einer Bandweberei. Die Wachstumzone des in Behandlung befindlichen Fleischstückes schob ununterbrochen einen Strang neuer Muskeljaern aus sich heraus, dieser Strang verließ die Fleischkluft durch zwei Dehnungen, wurde gefaltet, gepöfelt, angeräuchert und auf gewaltige Rollen gespult. Die Fabriken lieferten einwandfrei-wohlschmeckende und dabei wohlfeile Ware, aber etwas war recht fatal dabei.



Der Anblick und Genuß des wenn auch künstlichen Fleisches erband in der Arbeiterschaft fast abgestorbene Aufhebungsinstitute, die mit Maschinengewehren gemäßig werden mußten. Das gab Aberlässe, die von den Oberdeutschen als schädlich empfunden wurden; denn die Bevölkerungsdichte hatte sich bereits stark gelichtet. Der Großgottgastverweiser Oberdeutsch-Göhenkewörter rief nun zwar, dem Kunstfleisch einen kleinen Zusatz von Verbildungs-laktodol zu geben, damit dadurch das Volk besänftigt würde. Nach langen Erwägungen und einigen in kleinen Gemeinwesen angestellten Versuchen verwarf man aber diesen Vorschlag. Die Wirkung war bei der Masse zwar ganz vorzüglich, aber die Halblinge, denen die geistige Arbeit oblag, wurden durch das Laktodol arbeitsunfähig. Man hätte also durch ein neues Gesetz einen Unterschied in der bis jetzt gleichen Verpflegung der Halblinge und der Masse machen müssen, und das verließ gegen die Unabänderlichkeit der heiligen Gehege.

(Fortsetzung folgt.)

Wiederverschwinden des neuen Sternes.

So schnell, wie er gekommen, ist der neue Stern im Schwan wieder unseren Blicken verschwunden. In der Nacht vom 21. zum 22. August wurde er von Pamina entdeckt, in der nächsten Nacht von den Eingeweihten beobachtet und an den folgenden Tagen von vielen Tausenden aufgesucht. Als er zuerst wahrgenommen wurde, leuchtete er schon mit der Helligkeit der Sterne 3. Größe, war also bereits sehr bequem mit bloßem Auge zu sehen. Am letzten Abend des 21. August hatte er sein Helligkeits-Maximum mit der Größe 1,8 erreicht; selbst aber vermindert sich sein Glanz wieder schnell. Am 26. August leuchtete er schon als Stern 2., am 29. nur noch als Stern 4. Größe, und am Abend des 5. September hatte er mit der Größe 4,8 beinahe die Grenze der Sichtbarkeit für das bloße Auge erreicht. Gleich andern neuen Sternen in der Strahlungsintensität auf- und abschwankend, leuchtete er vielleicht vorübergehend noch wieder etwas heller auf, nach kurzer Zeit aber wird er dem unbewaffneten Blick verschwinden, um ihm dann für immer verloren zu bleiben. Nur etwa 20 Tage währte also die Sichtbarkeit der Nova Cypri, viel kürzere Zeit als die der zwei letzten hellen neuen Sterne, der Nova Persei 1901 und der Nova Aquilae 1918, deren Glanz allerdings auch den der Sterne 1. Größe übertraf. Mit optischen Hilfsmitteln aber wird man den nun Verlorenen noch lange Zeit verfolgen und feststellen können, wie seine anfänglich heftigen Lichtschwankungen sich allmählich verflachen, um endlich, wenn sich die Feuergewalten des explosierten Gestirns beruhigt haben, nach einigen Jahren ganz aufzuhören.

Aus spektroskopischen Beobachtungen haben wir erfahren, daß auch bei dieser Nova wieder der Sauerstoff eine hervorragende, ja gewissermaßen unheimliche Rolle spielt, denn gerade die von diesem glühenden Gase erzeugten Linien treten ganz besonders intensiv hervor und zeigen zum Teil gewaltige Bewegungen an. Aus der starken Linienverschiebung gegen violett konnte M. Wolfenbüttel am 21. August eine Geschwindigkeit der ausgehenden Strahlung von 767 Kilometern in der Sekunde (ohne Sonnenbewegung) auf uns zu feststellen. Auch von unserer Sonne wissen wir, daß der glühende Wasserstoff bei den Protuberanzen die Hauptrolle spielt, und das Teleskop in Verbindung mit dem Spektroskop oder auch die unmittelbare Beobachtung bei totalen Sonnenfinsternissen zeigt uns, daß jene während aus dem heißen Innern hervorbrechenden Flammenmassen oft mit jähelichter Geschwindigkeit Zehntausende von Kilometern emporstieigen. In dessen das ist, obwohl für den irdischen Menschen schon unsäglich groß, doch nur ein Bild im Kleinen von dem Riesenvorgang einer SonnenerploSION, wie sie sich jetzt wieder weit, weit draußen im unermeßlichen All vor unseren erstaunten Augen vollzogen hat.

Insgesamt mögen heute ungefähr 50 neue Sterne bekannt sein, von denen aber die überwiegend größte Anzahl auf die jüngste Zeit entfällt, in der viele sehr lichtschwache Objekte durch die photographische Platte entdeckt werden. Aus dem Sternbild des Schwans lodert jetzt zum dritten Male ein ferner Weltbrand, ein kosmisches Menetekel zu uns herüber. A. S t e n h e l.

Kleine Chronik.

Altes Theater. (Bygnation.) Der griechische Bildhauer, der sich in die eigene Schöpfung verliebt, worauf ihn Venus Leben einhaucht, ist ein nicht eben originelles Symbol, wie ja Shaw häufig in der Idee seiner Stücke wenig Eigenart zeigt, um so mehr freilich in den Ideen, die er darin zum besten gibt. Die Leute im bürgerlichen Lager (das er angreift) halten diese Ideen im allgemeinen für alzu sehr mit sozialistischer Kritik belastet. Leute im andern Lager, das er keineswegs nachdrücklich vertritt, pflegen eben deshalb, gerade umgekehrt, ein positives Eintreten für soziale Ethik bei Shaw zu vermischen. Schließlich wird es so sein, daß er zu jenen gehört, die sich der Zweideutigkeit aller menschlichen Dinge alzu sehr bewußt sind, als daß sie sich festlegen möchten. Daher denn das dialektische Spiel jener Ideen, die im Laufe des Dialogs dermaßen hin- und hergewirbelt werden, daß es immer anders kommt, als man denkt (wenn man Shaw nicht kennt). Dogmatiker und Programmbonzen verlieren das dann fasslich und reden von Geistesfreiheit, die um ihrer selbst willen da sei. In Wirklichkeit liegt aber der Wert dieser Dinge eben darin, daß der Leser oder Hörer durch fortwährende Widersprüche zum Nachdenken darüber — und zugleich darüber hinaus — genötigt wird.

Wie jenes Symbol im Titel, so ist auch die Handlung selbst fast abgebraucht. Ein Mädel aus dem Lumpenproletariat wird so lange dressiert, bis sie wie eine Herzogin auftreten kann. Der das Mädel dressiert, ist ein Sprachlehrer aus guter Familie, aber rüpelhaft. Shaw bemüht sich nicht, zu zeigen, wie das Experiment allmählich vorbereitet wird, und ist eben so wenig stetig ihm an der Ausübung zu sozialer Satire. Die individuelle Psychologie erscheint ihm wichtiger als die soziale. Und bei der individuellen Psychologie wiederum löst es ihn wenig, die psychologische Entwicklung zu schildern. Das Könnenment ist es, worauf es ihm ankommt, ja geradezu das Könnenment. Auch ein andres Motto unterläßt Shaw auszusprechen, obwohl er es andeutet: daß der Professor in seiner hohen Experimentierlust wie in seinem bürgerlichen Wesen im Grunde viel ungebildeter ist als das Mädchen aus dem Volke mit seinen plumpen Manieren, seiner schiefen Sprache und seinen naiven Instinkten. Aber, wie bemerkt, Shaws Methode besteht eben darin, im Dialog gleichsam all diese Motive nur zu streifen, sie zur Debatte zu stellen, ja sogar ein wenig darüber zu debattieren, aber nur so weit, daß der Leser oder Hörer angereizt und angeregt wird, nun selber nachzudenken. Vielleicht wirkt in dieser Methode die Rücksicht auf das englische Publikum mit, das im Theater früher noch gottverlassener ist als das deutsche. War doch Shaw trotz alledem in England seit jeher fast unmöglich — und ist es vermutlich noch.

Eigentlich müßte man das Stück germanisieren, also etwa den Dialekt von Dover — die del Carlo Schwäbelle ihn — ins Sächsisch übertragen. Doch war die Darstellung sorgfältig bemüht, englische Typen zu geben. Nur fand ich, man spielte alzu sehr darauf hinaus, Gelächter zu erregen, statt bloß Lächeln. Das liegt freilich, neben der Rücksicht auf das primitive Publikum, vor allem an dem oft berührten Mifstand, daß diese Bühne alle Stilen des Schauspielens pflegen zu müssen (und zu können) glaubt. So gesteht seine rein, da die Schauspielerei vor lauter erzwungener Vielfältigkeit nicht mehr den rechten Ton zu treffen wissen. Bei Shaw werden gewisse Stellen entschieden zu stark unterdrückt. Kein Wunder, diese Stillschaltung, wenn man sich so einen Wochenrückblick des Alten Theaters ansieht: Moliere, Meyer-Körster, Sauter, Shakespeare, Möller, Meyer-Körster, Weckend, Shaw. Immerhin sollte man übrigens davon abgesehen, jene stumpere Fassung des „Innimation“ zu spielen, die man früher einmal auf deutschen Bühnen spielen zu sollen glaubte. Im einzelnen gab es recht erfreuliche Leistungen, denen nur eine gewisse Diskretion und Abmässigung fehlte, wie denn sogar der Dialog nicht völlig klar war. Neben Weiss Professor und A. del Carlos Mädel fiel Everts Doolittle auf: ohne besonders echt zu sein, wirkte er sehr ulzig. R. F.

1. Proletarischer Freiendekend. Während in großen politischen Debatten unter dem Eindruck der Moskauer Bedingungen um die Klärung und Scheidung der Geister gerungen wird, geht auch die Arbeit des Proletariats weiter. Eingehend der Worte des Aktionsprogramms, daß in dem Kampfe des Proletariats gegen die überlebte Gesellschaftsordnung zur Erringung und späteren Erhaltung der Staatsmacht alle Mittel angewendet werden müssen, hat es sich der Zentralverband proletarischer Freiendekender zur Aufgabe gestellt, den Kampf gegen die weltigen Mächte aufzunehmen, die besonders in der Gestalt der Kirche und der Religion auftreten und geeignet sind, uns weiter mit Anschauungen und Vorurteilen aus der kapitalistischen Änderrstufe der Menschheit zu befallen. In der richtigen Erkenntnis, daß diese Belastung aus Vergangenheit kein grünten Teile des Kleinbürgertums und auch bei einem Teil des Proletariats noch immer sehr groß ist, will die proletarische Freiendekender hier sozialistische Kulturarbeit leisten, was hauptsächlich durch Vorträge mit freier Ansprache geschehen soll. Der erste dieser Vorträge fand am 10. September im Auguste-Schmidt-Haus statt. Vorträge werden folgen: Der Redner des ersten Abends, Genosse Th. M a n e r, sprach über: Natürliche Lebensanbahnung und Lebensgestaltung ohne Gott und ohne Religion, indem er forderte, daß Vernunft, Wissenschaft und Menschheitsbewußtsein in Zukunft unsere Leitsterne sein sollten. Der Referent wies nach, daß auch die Anschauungen über Gott und Religion nichts Feststehendes und Ewiges sind, sondern nur den jeweiligen Ueberbau der gerade bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung darstellen. — Daß diese Anschauungen, die jedem Sozialisten anzu und läge sind, noch nicht in genügender Tiefen der einzelnen Volksschichten haben bringen können, bewies die Diskussion schlüssig. Auch einige Pastoren beteiligten sich an der Auseinandersetzung. — Die Vorträge- und Diskussionsabende werden fortgesetzt werden. Der Vortrag am 17. September ist besonders wichtig für alle, denen die Erziehung des jungen Proletariats zu wahren Menschen am Herzen liegt. Es wird geistig werden, wo und in welcher Weise die sozialistische Erziehungsarbeit zu bewirkt hat, wenn sie erfolgreich sein soll. Der Lehrer und Genosse Kurt Wedel, Dresden, spricht über: Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen. K.

Wolfsenzert. Es erweist eigentlich kein günstiges Vorurteil, wenn ein Geiger unter drei Säulen gleich zwei Konzerte bringt, bei denen er das Orchester durch das Klavier ersetzt. Das heißt den Nachdruck auf das bloß Technische legen und sich um höhere künstlerische Gesichtspunkte wenig kümmern, während doch gerade ausübende Künstler, wie Philipp Kraun-Meindl und sein Begleiter Franz Dorfmeister, alle Ursache hätten, ihren ersten Willen durch Strenge gegen sich selbst zu dokumentieren. So erbrachten denn auch die Konzerte von Bach und Mendelssohn ebenso wie die Sonate von Mozart nicht viel mehr als den Beweis, daß Kraun-Meindl über einen vollen und reinen Ton verfügt und daß Franz Dorfmeister sich erfolgreich um Anpassung bemüht. F.

Städtische Theater. Am Dienstag wird Gounods Oper Marcarete (Kant) neu einstudiert dem Spielplan wieder eingegliedert. Die Besetzung ist wie folgt: Aline Sanden; Margarete, Hans Uhuann; Faust, Hans Müller; Mephistopheles, Ernst Pöhsing; Valentin, Lucia Mädel-Schlager; Frau Schwartzlein, Walter Schner; Siebel, Fritz die neue heimliche Eintrichung zeichnet; Paul Weichler. Musikalische Leitung: Alfred Schindler. — In der Aufführung von Calderons Lustspiel Das laute Weh mit am Sonnabend im Alten Theater sind die Hauptrollen mit dem Damen Kreis, Otto-Morgenstern und den Herren Altkuhl, Hübner, Zeje-Gött, Bester und Hartmann besetzt. Mitsprachebearbeitung und Inszenierung: Paul Uina.

Schauspielhaus. Die Kasse bleibt auch Dienstag wie üblich von 10 bis 2 Uhr geöffnet. Die Zeichnungsstelle für die Theatergenieude ist gleichfalls wie üblich geöffnet. Schriftliche und telephonische Bestellungen werden entgegengenommen.

Die Leipziger Künstlergruppe 1920 veranstaltet demnächst eine Ausstellung von Neuschöpfungen der Malerei und Plastik ihrer Mitglieder, einladender Gäste aus dem Reich und namensloser Künstler. Der Ausstellung wird eine juristische Schau angegliedert. Interessenten, insbesondere die von der Jury der 6. Leipziger Jahresausstellung zurückgewiesenen Leipziger Künstler, wollen ihre Teilnahmeerklärung und Adresse an die Geschäftsstelle des L. K. G. 1920, Bayerische Straße 38, I. r., baldigst einleiten.